Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt 5

[X] **öffentlich**

[ ] **nicht öffentlich**

Sitzungsdatum: 10.02.11
06.04.11

Drucksachen-Nr.: **V/391**

Beschluss-Nr.: 257/17/11 **Beschlussdatum:** 06.04.11

Gegenstand: Haushaltssicherungskonzept
der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung durch:

[ ] Oberbürgermeister	[ ] Hauptausschuss
[ ] Betriebsausschuss	[ ] Jugendhilfeausschuss
[ ]	[x] Stadtvertretung

Auswirkungen auf den neuen Landkreis Ja [ ] Nein [**X**]

Beratung im:

[ ]	13.01.11	Hauptausschuss	[ ]	17.01.11	Stadtentwicklungsausschuss
[ ]	27.01.11	Hauptausschuss	[ ]	18.01.11	Kulturausschuss
[ ]	19.11.11	Finanzausschuss	[ ]	19.01.11	Schul- und Sportausschuss
[ ]		Rechnungsprüfungsausschuss	[ ]	20.01.11	Sozialausschuss
[ ]	17.01.11	Jugendhilfeausschuss	[ ]		Umweltausschuss
[ ]	18.11.11	Betriebsausschuss	[ ]		

Neubrandenburg, 05.01.11

Dr. Paul Krüger
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

1. Auf der Grundlage der §§ 22 Abs. 3 Pkt. 8 und 43 Abs. 8 der Kommunalverfassung M-V wird durch die Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016 beschlossen.

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, sich im Zuge der Diskussion zur Haushaltssatzung 2011 ergebende Änderungen nach Beschlussfassung im Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2016 einzuarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016.

Begründung:

Der Innenminister des Landes M-V hat mit Erlass vom 12.11.10 die Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 28.01.10 zum Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2015 beanstandet und gefordert, dass die Stadtvertretung über ein (neues) Haushaltssicherungskonzept spätestens bis zum 28.02.11 zu beschließen hat. Das neue Haushaltssicherungskonzept hat die Erreichung des Haushaltsausgleichs gemäß § 16 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik belastbar aufzuzeigen. Das Konzept hat dabei auch eine Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes sowie des Konzeptes zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement zu enthalten.

Die Haushaltssatzung 2011 bildet die Basis für die erwarteten Einsparungen der Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2016. Durch den Beschlusspunkt soll die Übereinstimmung zwischen den Daten der Haushaltssatzung 2011 und dem Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2016 gewährleistet werden. Die mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2011 ggf. geänderten Daten, werden, soweit sie Auswirkungen auf die Darstellungen im Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2016 haben, eingearbeitet.

Weitere Erläuterungen sind dem Haushaltssicherungskonzept zu entnehmen.

Soweit in dieser Vorlage Bezeichnungen in männlicher und weiblicher Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen auch in der Sprachform des jeweils anderen Geschlechts.

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg

2011 bis 2016

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

		Seite
0.	**Vorbemerkungen**	**1**
1.	**Ausgangslage**	**2**
1.1	Haushaltssituation	2
1.2	Analytische Betrachtung zur Ermittlung der Ursachen der defizitären Haushaltslage	3
1.2.1	Einwohnerentwicklung	3
1.2.2	Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen und Steuern	3
1.2.3	Personalaufwendungen	6
1.2.4	Jugend- und Sozialhilfe	6
1.2.5	Freiwillige Aufgaben	8
1.3	Konsolidierungsbedarf	9
2.	**Prüfung von Einsparungspotenzialen**	**10**
2.1	Prüfung der Erhöhung von Erträgen	10
2.2	Prüfung der Senkung von Aufwendungen	11
2.3	Möglichkeiten der Vermögensaktivierung	12
2.4	Sicherung einer aufgabengerechten Finanzausstattung	12
3.	**Umsetzungsstand der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 bis 2015**	**13**
3.1	Sachstandsbericht	13
3.2	Abrechnung der Maßnahmen mit wesentlichen Einsparpotenzialen	30
4.	**Haushaltssicherung im Zeitraum bis 2016**	**32**
4.1	Allgemeine Maßnahmen	32
4.2	Maßnahmen der Fachbereiche	33
4.3	Zusammenfassung über die Auswirkungen der finanziellen Verbesserung der Einzelmaßnahmen bis 2016	50
4.3.1	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt	50
4.3.2	Auswirkungen auf den Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushaltes	51
4.3.3	Auswirkungen auf den Finanzmittelüberschuss bzw. –fehlbetrag des Finanzhaushaltes	52

5. Haushaltsausgleich **53**

6. Anlage 1
Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

7. Anlage 2
Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

0. Vorbemerkungen

Gemäß § 43 Abs. 6 KV M-V ist der Haushalt in jedem Haushaltsjahr auszugleichen. Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, verpflichtet § 43 Abs. 7 KV M-V die Stadt zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darin ist der Zeitraum anzugeben, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Es sind die Maßnahmen darzustellen, durch die die Wiedererlangung der finanziellen Leistungsfähigkeit sichergestellt werden kann.

Der Stadt Neubrandenburg ist es trotz aller Anstrengungen auch mit dem Haushaltsplan 2011 nicht möglich, den Haushaltsausgleich im laufenden Haushaltsjahr und darzustellen. Die Aufgabenerfüllung sowie die Ausgabeverpflichtungen der Stadt sind nicht mehr gewährleistet. Das spiegelt sich insbesondere darin wider, dass

- notwendige Ersatz- und Neuinvestitionen zurückgestellt werden müssen,
- ein erheblicher Substanzverzehr zu verzeichnen ist,
- die Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit seit langem die genehmigungsfreie Grenze überschritten haben und drastisch steigen und
- notwendige Aufgaben nicht mehr umfassend erfüllt werden können.

Der Innenminister des Landes M-V hat mit Erlass vom 12.11.10 die Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 28.01.10 zum Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2015 beanstandet und gefordert, dass die Stadtvertretung über ein (neues) Haushaltssicherungskonzept spätestens bis zum 28.02.11 zu beschließen hat. Das neue Haushaltssicherungskonzept hat die Erreichung des Haushaltsausgleichs gemäß § 16 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik belastbar aufzuzeigen. Das Konzept hat dabei auch eine Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes sowie des Konzeptes zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement zu enthalten.

Das Haushaltssicherungskonzept zeigt zunächst die aktuelle Haushaltslage und die finanzielle Überforderung der Stadt Neubrandenburg auf. Im Weiteren werden eigene Konsolidierungsmaßnahmen dargestellt. Die sich ergebenden Auswirkungen aus der Umsetzung des Landkreisneuordnungsgesetzes (LNOG) auf den Haushalt der Stadt Neubrandenburg sind, soweit sie bekannt bzw. abzuschätzen sind, in die mittelfristige Finanzplanung ab 2012 eingearbeitet. Deshalb werden finanzielle Auswirkungen aus Konsolidierungsmaßnahmen für zu übertragende Aufgaben an den neuen Landkreis nur nachrichtlich ausgewiesen.

1. Ausgangslage

1.1 Haushaltssituation

Die Stadt Neubrandenburg führt ihre Haushaltswirtschaft seit dem 01.01.08 nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden (Doppik). Auf Grund der Systemumstellung, die mit einer grundlegenden Änderung in der Darstellung der Planzahlen verbunden ist, lassen sich die Daten der Vorjahre grundsätzlich nicht mit den Planzahlen ab 2008 vergleichen. Der Ergebnishaushalt bildet nunmehr den tatsächlichen Ressourcenverbrauch eines Haushaltsjahres ab. Durch den inhaltlichen Unterschied zwischen den im kameralen Haushalt ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben und den im Ergebnishaushalt dargestellten Erträgen und Aufwendungen sowie durch die periodengerechte Zuordnung aller Aufwendungen und Erträge sind die Jahresergebnisse seit 2008 nicht mit den Fehlbedarfen bis 2007 vergleichbar.

Auf den Übergang zur Doppik und damit verbundene veränderte Darstellungen im Haushalt sind Ergebnisverschlechterungen i. H. v. insgesamt rd. 7,2 Mio. EUR zurückzuführen. Dazu zählen insbesondere
– Abschreibungen für das gesamte Anlagevermögen,
- Rückstellungen,
- Tilgungen (sind zu erwirtschaften – in der Kameralistik erfolgte eine Zuführung des Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt),
- die Verlustdeckung SIM (Abschreibungen Straßen und selbstgenutzte Hochbauten),
- der städtische Anteil an der Krankenhausfinanzierung (in der Kameralistik im Vermögenshaushalt zu veranschlagen),
– die Trägervergütung Städtebauförderungsmaßnahmen und
- eine strengere Abgrenzung zwischen Instandsetzung und Investition.

Die Haushaltspläne weisen für die Jahre 2008 bis 2011 und den mittelfristigen Planungszeitraum folgende Ergebnisse aus:

Ergebnishaushalt	Ansatz 2008 in TEUR	Ansatz 2009 in TEUR	Ansatz 2010 in TEUR	Ansatz 2011 in TEUR	Planung 2012 in TEUR	Planung 2013 in TEUR	Planung 2014 in TEUR
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	145.898,9	142.586,9	142.691,4	153.115,5	101.477,2	97.303,9	103.879,5
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	156.866,1	158.973,3	162.814,3	168.189,9	105.072,3	104.324,8	105.631,4
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	**-10.967,2**	**-16.386,4**	**-20.122,9**	**-15.074,4**	**-3.595,1**	**-7.020,9**	**-1.751,9**
Finanzergebnis	-8.105,2	-10.671,8	-5.255,3	-10.043,4	-8.239,8	-8.141,4	-8.051,6
Ordentliches Ergebnis	-19.072,3	-27.058,2	-25.378,2	-25.117,8	-11.834,9	-15.162,3	-9.803,5
Jahresergebnis (Jahresfehlbetrag)	**-19.072,3**	**-27.058,2**	**-25.378,2**	**-25.117,8**	**-11.834,9**	**-15.162,3**	**-9.803,5**

Finanzhaushalt	Ansatz 2008 in TEUR	Ansatz 2009 in TEUR	Ansatz 2010 in TEUR	Ansatz 2011 in TEUR	Planung 2012 in TEUR	Planung 2013 in TEUR	Planung 2014 in TEUR
Finanzmittelfehlbetrag	**-15.763,0**	**-20.059,9**	**-25.378,2**	**-15.154,1**	**-5.818,7**	**-7.475,9**	**-2.626,9**

Hauptursachen für den Anstieg des Jahresfehlbetrages 2011 gegenüber dem Vorjahr sind:

- Der Rückgang der Schlüsselzuweisungen für laufende Aufwendungen um rd. 3,8 Mio. EUR und
- die Erhöhung der Verlustübernahme für SIM um rd. 4,3 Mio. EUR (einmalige Rückstellungen verbesserten das Vorjahresergebnis von SIM).

1.2 Analytische Betrachtung zur Ermittlung der Ursachen der defizitären Haushaltslage

1.2.1 Einwohnerentwicklung

Die Stadt Neubrandenburg ist mit 65.137 (Stand am 31.12.09) die drittgrößte Stadt in M-V. Seit Beginn der „Wende" ist die Bevölkerung der Stadt Neubrandenburg um ca. 25.000 Einwohner zurückgegangen. Das entspricht einem Bevölkerungsverlust von rd. 27,5 %. Der Bevölkerungsrückgang ist fast ausschließlich auf Abwanderung zurückzuführen. Die Abwanderung betrifft zum überwiegenden Teil Personen im arbeitsfähigen Alter. Dies verstärkt den demografischen Wandel weiter. Für 2010 ist nunmehr eine leicht steigende Tendenz gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Ob dies tatsächlich eine Trendwende ist, bleibt abzuwarten.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen wirkt sich auf fast alle Bereiche direkt oder indirekt aus. Insbesondere auf die zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel wirkt sich der Bevölkerungsrückgang negativ aus. Außerdem zieht die demografische Entwicklung gravierende Veränderungen im Bereich der sozialen Infrastruktur nach sich. Einerseits sinken also die einwohnerbezogenen Erträge, wie Schlüsselzuweisungen und Steuern und anderseits erhöhen sich die durch den demografischen Wandel bedingten Ausgaben für Sozialleistungen. Auf eine Detailanalyse zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung soll an dieser Stelle verzichtet werden. Hierzu wird auf das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für die Stadt Neubrandenburg verwiesen.

1.2.2 Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen und Steuern

Durch die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer B auf 480 % und der Gewerbesteuer auf 395 % mit der Haushaltssatzung 2010 wurde der seit 2007 rückläufigen Entwicklung der Steuererträge entgegengewirkt.

Nachdem 2010 eine deutliche Verringerung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war, wird nunmehr wieder ein Anstieg des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer erwartet (siehe nachfolgende Tabelle).

Ertragsarten	RE 2003 in TEUR	RE 2004 in TEUR	RE 2005 in TEUR	RE 2006 in TEUR	RE 2007 in TEUR	HH 2008 in TEUR	HH 2009 in TEUR	HH 2010 in TEUR	HH 2011 in TEUR
Grundsteuer A	19,7	18,7	32,8	19,9	21,9	20,0	20,6	25,0	29,0
Grundsteuer B	6.952,0	7.250,5	6.978,9	6.852,2	6.921,6	7.100,0	7.100,0	8.297,0	8.250,0
Gewerbesteuer (brutto)	10.336,8	15.242,0	19.123,1	17.889,4	17.060,0	16.600,0	14.500,0	15.620,0	16.100,0
Realsteuern insgesamt	**17.288,8**	**22.511,2**	**26.134,8**	**24.761,5**	**24.003,5**	**23.720,0**	**21.620,6**	**23.942,0**	**24.379,0**
Vergnügungssteuer	337,4	293,1	208,2	231,5	245,3	229,0	229,0	227,0	287,0
Hundesteuer	187,0	165,2	166,4	208,9	200,0	210,0	210,0	210,0	220,0
Zweitwohnungssteuer	0,0	0,0	45,7	48,5	33,3	40,0	22,0	25,0	27,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.328,2	3.334,4	3.396,3	3.553,4	4.010,6	4.229,6	4.124,2	3.903,2	3.976,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7.871,3	6.601,9	7.970,1	8.021,1	10.462,7	10.377,4	11.207,2	10.562,6	12.050,2
Steuern insgesamt	**29.012,7**	**32.905,8**	**37.921,5**	**36.824,9**	**38.955,4**	**38.806,0**	**37.413,0**	**38.869,8**	**40.940,1**

Im **Realsteuervergleich 2009** hat Neubrandenburg im Vergleich der kreisfreien Städte in M-V mit 591 EUR je Einwohner die höchste Steuereinnahmekraft insgesamt.

		Realsteuer-Istaufkommen			Gewogene Durchschnittshebesätze			Realsteueraufbringungskraft		Steuereinnahmekraft	
	EW am 30.06.09	Grundsteuer A in TEUR	Grundsteuer B in TEUR	Gewerbesteuer in TEUR	Grundsteuer A in %	Grundsteuer B in %	Gewerbesteuer in %	in TEUR	in EUR/EW	in TEUR	in EUR/EW
HGW	53.955	21	3.964	11.858	230	405	395	13.858	257	26.199	486
NB	**65.494**	**34**	**7.005**	**16.946**	**280**	**410**	**375**	**21.700**	**331**	**38.725**	**591**
HRO	200.333	68	19.991	64.474	300	450	450	65.260	326	109.806	548
SN	95.213	41	11.492	19.864	300	500	420	24.547	258	50.775	533
HST	57.585	22	5.152	12.862	300	420	420	14.951	260	26.586	462
HWIS	44.442	28	3.748	4.754	300	390	380	16.058	175	16.848	379
kreisfreie Städte insges.	**517.022**	**214**	**51.352**	**130.758**	**288**	**442**	**423**	**156.374**	**302**	**268.939**	**520**

Im Haushalt 2011 erreichen die Realsteuern dennoch lediglich einen Anteil von rd. 16,8 % und die Steuern insgesamt einen Anteil von rd. 28,2 % an den Gesamterträgen. Das macht die hohe Abhängigkeit der Stadt Neubrandenburg von allgemeinen und Zweckzuweisungen deutlich.

Das novellierte Finanzausgleichsgesetz (FAG) 2010 gewährleistet nach wie vor keine aufgabengerechte, angemessene Finanzausstattung für die Stadt Neubrandenburg.

Allgemeine Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Neubrandenburg 2011 rd. 18,4 Mio. EUR und damit rd. 3,7 Mio. EUR weniger als im Vorjahr.

Im Vergleich der kreisfreien Städte in M-V erhält die Stadt Neubrandenburg die niedrigsten Schlüsselzuweisungen.

	Einwohner (EW) am 31.12.07	Schlüsselzuweisungen 2009 insgesamt		Einwohner (EW) am 31.12.08	Schlüsselzuweisungen 2010 insgesamt		Einwohner (EW) am 31.12.09	Schlüsselzuweisungen 2011 insgesamt*	
		in TEUR	in EUR/EW		in TEUR	in EUR/EW		in TEUR	in EUR/EW
HGW	53.845	22.851,0	424	54.131	21.506,7	397	54.362	20.196,4	372
NB	**66.735**	**22.924,1**	**344**	**65.879**	**23.071,2**	**350**	**65.137**	**19.155,7**	**294**
HRO	200.413	83.691,7	418	201.096	74.666,1	371	201.442	65.253,3	324
SN	95.855	31.204,6	326	95.551	34.630,7	362	95.041	32.417,4	341
HST	58.027	26.896,1	464	57.866	24.891,4	430	57.778	22.265,1	385
HWIS	45.012	17.436,5	387	44.730	16.292,7	364	44.470	19.770,1	445
insgesamt	519.887	205.004,0	394	519.253	195.058,8	376	518.230	179.058,0	346

*Angaben lt. Orientierungserlass 2011

Mit der FAG-Änderung 2010 wurde zwar der Vorwegabzug für die Wahrnehmung übergemeindlicher Aufgaben um 30 Mio. EUR erhöht. Allerdings führte das durch die gleichzeitige Änderung der Verteilungsmechanismen nicht zu einer angemessenen Stärkung der Oberzentren und zu einer sehr unterschiedlichen Auswirkung für die kreisfreien Städten untereinander. Da die Verflechtungsräume bei der Verteilung dieser Zuweisungen nicht die notwendige Beachtung fanden, erhält Neubrandenburg bei einer einwohnerbezogenen Betrachtung im Oberbereich die geringsten Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben unter den kreisfreien Städten.

	Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben insgesamt in EUR	Zuweisungen in EUR je EW im Oberbereich*
Greifswald	7.530.108,40	41,68
Neubrandenburg	10.749.188,96	30,85
Rostock	22.815.497,76	50,34
Schwerin	16.097.131,28	33,75
Stralsund	8.499.822,32	44,28
Wismar	5.145.523,28	63,29

Grundlage: Orientierungserlass 2011

*für Wismar EW im Mittelbereich

1.2.3 Personalaufwendungen

Die Stadt Neubrandenburg hat den Personalbestand und die Personalaufwendungen kontinuierlich reduziert. Im Haushaltsplan 2011 betragen die Personalaufwendungen insgesamt rd. 30,7 Mio. EUR und damit rd. 17,3 % der Gesamtaufwendungen. Ein Vergleich dieser Kennzahl mit den anderen kreisfreien Städten ist durch die unterschiedlichen Rechnungssysteme (Doppik/Kameralistik) und den unterschiedlichen Grad der Ausgliederungen nicht sinnvoll.

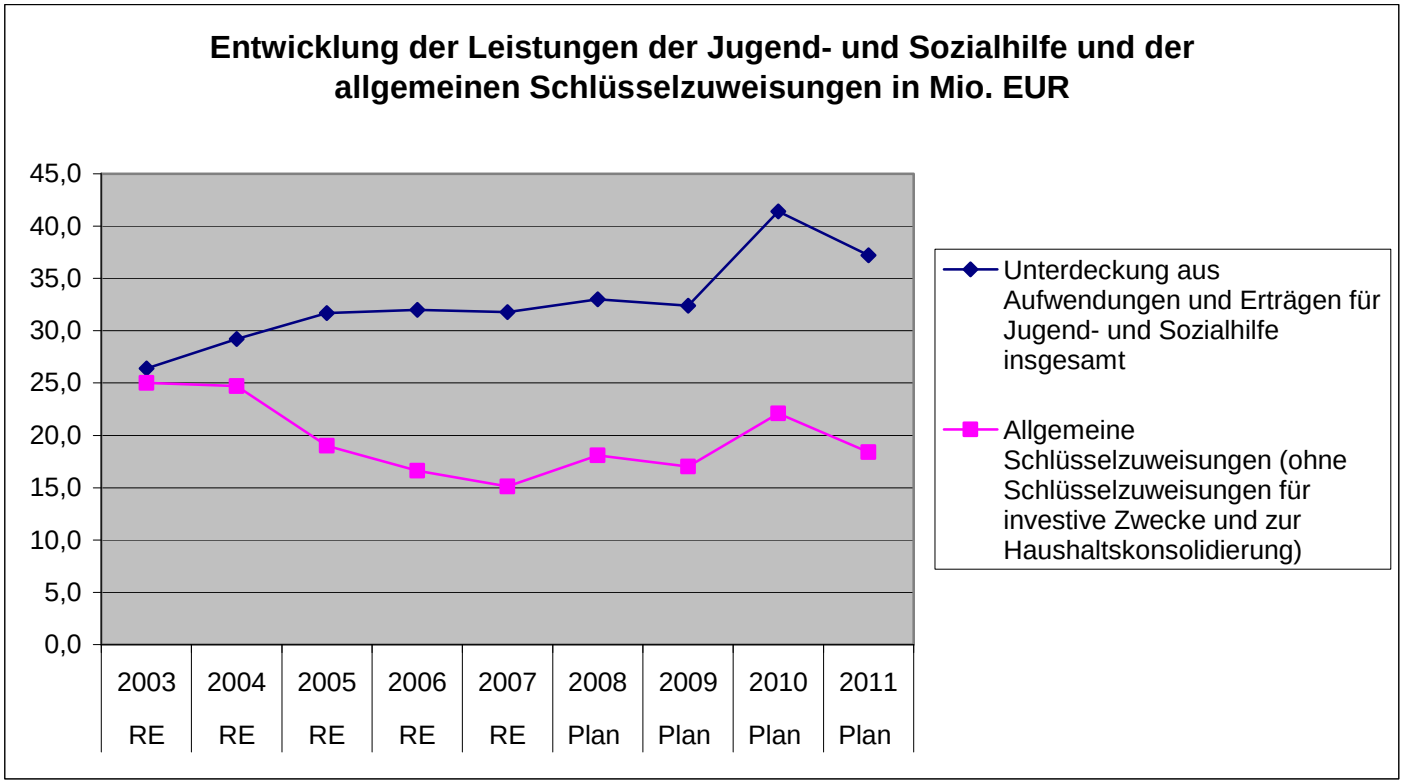
Die Personalaufwendungen bilden nach den Aufwendungen der sozialen Sicherung den zweitgrößten Block im Ergebnishaushalt. Deshalb stehen die Personalaufwendungen weiter im Fokus der Haushaltskonsolidierung. Aber dem Stellen- und Personalabbau als Instrument der Haushaltssicherung sind Grenzen gesetzt. Nähere Ausführungen sind dem als Anlage 1 beigefügten Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016 zu entnehmen.

1.2.4 Jugend- und Sozialhilfe

Die größten Belastungen des städtischen Haushaltes ergeben sich aus den übertragenen Pflichtaufgaben im Jugend- und Sozialbereich und der fehlenden angemessenen Finanzausstattung zur Erfüllung dieser Aufgaben. Für die Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe sind im Haushalt 2011 insgesamt rd. 75,1 Mio. EUR Aufwendungen veranschlagt. Das entspricht einem Anteil an den Gesamtaufwendungen von rd. 42,3 %. Sie sind damit gegenüber dem Rechnungsergebnis 2003 um rd. 24,1 Mio. EUR gestiegen. Diesen Aufwendungen stehen 2011 lediglich 35,5 Mio. EUR direkte Zuweisungen und sonstige Erträge gegenüber, sodass rd. 39,6 Mio. EUR aus allgemeinen Deckungsmitteln auszugleichen sind.

	RE 2003 in Mio. EUR	RE 2004 in Mio. EUR	RE 2005 in Mio. EUR	RE 2006 in Mio. EUR	RE 2007 in Mio. EUR	Plan 2008 in Mio. EUR	Plan 2009 in Mio. EUR	Plan 2010 in Mio. EUR	Plan 2011 in Mio. EUR
Aufwendungen für Jugendhilfe	22,0	21,2	21,8	21,2	21,2	20,2	20,8	24,6	26,4
Aufwendungen für Sozialhilfe	29,0	33,8	43,5	44,4	45,1	46,6	46,1	48,0	52,0
Aufwendungen Jugend- und Sozialhilfe insgesamt	**51,0**	**55,0**	**65,3**	**65,6**	**66,3**	**66,8**	**66,9**	**72,6**	**78,4**
Erträge für Jugendhilfe	8,3	7,6	7,1	6,0	5,7	5,6	5,8	5,8	8,2
Erträge für Sozialhilfe	16,3	18,2	26,5	27,6	28,8	28,2	28,7	25,4	33,0
Erträge Jugend- und Sozialhilfe insgesamt	24,6	25,8	33,6	33,6	34,5	33,8	34,5	31,2	41,2
Unterdeckung Jugendhilfe	13,7	13,6	14,7	15,2	15,5	14,6	15,0	18,8	18,2
Unterdeckung Sozialhilfe	12,7	15,6	17,0	16,8	16,3	18,4	17,4	22,6	19,0
Unterdeckung insgesamt	**26,4**	**29,2**	**31,7**	**32,0**	**31,8**	**33,0**	**32,4**	**41,4**	**37,2**

Aus dem im folgenden Diagramm dargestellten Verhältnis der Entwicklung der Aufwendungen und Erträge der Stadt Neubrandenburg für Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe zur Entwicklung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen wird die zunehmende Belastung des städtischen Haushaltes für die gesetzlich übertragenen Aufgaben ohne ausreichende Bereitstellung finanzieller Mittel sichtbar.



1.2.5 Freiwillige Aufgaben

Die Stadt Neubrandenburg wendet lt. Haushalt 2010 insgesamt rd. 13,5 Mio. EUR Zuschüsse und damit ca. 8,3 % der laufenden Aufwendungen für freiwillige Aufgaben auf. Die Entwicklung der Zuschüsse für freiwillige Leistungen ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Den größten Umfang der freiwilligen Leistungen nehmen die Bereiche Kultur und Sport ein.

Entwicklung freiwillige Leistungen 2008 - 2010 (Zuschuss in TEUR)

Bereich bzw. Art der Leistung	**V-Ist 2008** in TEUR	**V-Ist 2009** in TEUR	**HH 2010** in TEUR
Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände	95,9	96,2	104,5
Stadtmarketing	344,3	391,4	414,1
Messe, POMERANIA, INTERREG III A	2,6	5,5	11,3
Städtepartnerschaft	11,2	10,1	24,6
Repräsentationen	23,9	24,1	30,0
Gesundheitsmanagement	3,9	2,1	4,0
Wirtschaftsförderung/Beschäftigungsförderung (ohne SJZ)	584,4	688,0	804,9
Stadtentwicklung	454,6	429,5	475,0
Schule	6,3	2,2	8,9
Städtische Museen	1.428,4	1.307,2	1.403,9
Regionalbibliothek	1.385,9	1.281,8	1.197,3
Kulturförderung	536,5	708,6	800,3
Theater und Orchester GmbH	2.859,9	2.859,9	2.275,0
Musikschulzweckverband	556,4	630,9	218,9
Sport	2.303,9	2.914,4	3.453,4
Förderung der Wohlfahrtspflege	38,3	46,0	47,1
Gesundheit (Suchtwoche)	0,4	0,7	2,0
SJZ Hinterste Mühle	328,5	328,5	313,5
Flughafen - FNT	168,9	109,7	156,3
VZN/ZLT/TIG	1.801,0	1.797,0	1.768,9
insgesamt	**12.935,2**	**13.633,8**	**13.513,9**

1.3 Konsolidierungsbedarf

Der gegenwärtige Konsolidierungsbedarf für den Ergebnishaushalt ergibt sich aus den bis zur Erreichung eines Jahresüberschusses auf neue Rechnung vorzutragenden Jahresfehlbeträgen. Der Konsolidierungsbedarf für den Finanzhaushalt ergibt sich aus der Höhe des in Anspruch genommenen Kredites zur Sicherung der

Zahlungsfähigkeit bis zum Zeitpunkt, zu dem der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen zur Deckung der planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten ausreicht.

2. Prüfung von Einsparpotenzialen

Hier soll insbesondere auf solche Handlungsfelder eingegangen werden, die bisher noch nicht Gegenstand von Haushaltssicherungmaßnahmen waren bzw. sind. Darüber hinaus erfolgt eine grobe Bewertung der Umsetzbarkeit der Einsparungsvorschläge des Landesrechnungshofes M-V (LRH).

2.1 Prüfung der Erhöhung von Erträgen

Lt. Realsteuervergleich 2009 sind für die kreisfreien Städte in M-V folgende gewogene Durchschnittshebesätze zu verzeichnen gewesen:

Grundsteuer A:	288 v. H.
Grundsteuer B:	442 v. H.
Gewerbesteuer:	423 v. H.

Mit der Haushaltssatzung 2010 hat die Stadt Neubrandenburg den Hebesatz für die Grundsteuer B von 410 auf 480 v. H. und für die Gewerbesteuer von 375 auf 395 v. H. festgesetzt. Der Hebesatz für die Grundsteuer A blieb unverändert auf 280 v. H bestehen.

Das Innenministerium M-V schreibt im Erlass vom 12.11.2010 zur Haushaltssatzung 2010: „Daneben wird die Stadt weitergehend die Möglichkeit von Einnahmeverbesserungen im Bereich der Steuern prüfen müssen. Hier wird insbesondere eine weitere Anpassung des Hebesatzes und der Gewerbesteuer auf das Durchschnittsniveau der kreisfreien Städte und auch eine weitere Anpassung der Grundsteuer B zu prüfen sein." Die Stadt Schwerin hat aktuell den Hebesatz für die Grundsteuer B von 500 auf 550 v. H. nochmals erhöht. Der LRH hat in seiner Prüfungsmitteilung drei Varianten für Hebesatzerhöhungen dargestellt. Die Berechnung der daraus zu erzielenden Mehrerträge ist nicht nachvollziehbar. Außerdem scheinen die empfohlenen Hebesätze willkürlich gewählt. Als Begründung wird lediglich angeführt, dass nur so ein ausreichender direkter Beitrag der Bürger zur Haushaltskonsolidierung zu erzielen ist. Gleichwohl ist im Rahmen der Haushaltsdiskussion und der weiteren Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahme-Nr. 2010/1/1 darüber zu beraten, inwieweit eine weitere Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern vertretbar ist. Erste Diskussionen zeigten allerdings, dass es schwierig ist, in der Stadtvertretung Mehrheiten für Beschlüsse mit weiteren direkten finanziellen Belastungen für die Bürger zu finden.

Als weitere Möglichkeit zur Erhöhung der Erträge wurde die Möglichkeit der Einführung einer Aufwandsteuer auf Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben geprüft. Da die Einführung einer solchen Steuer dem Ziel der Förderung von Unternehmen entgegenwirkt und durch in der Folge steigende Übernachtungspreise die Attraktivität der Stadt für Touristen schmälern würde, wurde von dieser Möglichkeit Abstand genommen.

Gebührensatzungen und Entgeltordnungen werden regelmäßig auf ihren Anpassungsbedarf geprüft und somit Möglichkeiten der Erhöhung von Erträgen genutzt.

Bezüglich der durch den LRH vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen zur Leistung von Konsolidierungsbeiträgen durch die Beteiligungsunternehmen wird auf die umgesetzte Haushaltssicherungsmaßnahme-Nr. 2008/1/1, die weitere Umsetzung der Maßnahmen Nr. 2011/BM/3 und 2011/BM/4 und im Übrigen auf die Stellungnahme der Stadt vom 30.07.2010 zum Entwurf der Prüfungsmitteilung des LRH verwiesen.

2.2 Prüfung der Senkung von Aufwendungen

Die größten Aufwendungen lt. Haushalt 2011 verursachen folgende Produktbereiche:

- Soziale Leistungen mit rd. 46,2 Mio. EUR,
- Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit rd. 24,1 Mio. EUR,
- Innere Verwaltung mit rd. 16,0 Mio. EUR,
- Ver- und Entsorgung mit rd. 14,9 Mio. EUR und
- Sicherheit und Ordnung mit rd. 13,4 Mio. EUR.

Die hier genannten Zahlen weichen von den genannten Daten unter Punkt 1.2.4 ab, da die Produkte Allgemeine Sozialverwaltung, Verwaltung der Grundsicherung, Heimaufsicht nach dem Produktrahmenplan des Landes dem Produktbereich Innere Verwaltung zuzuordnen sind.

In den Produktbereichen Soziale Leistungen, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie Sicherheit und Ordnung werden fast ausschließlich pflichtige Leistungen wahrgenommen. Hinsichtlich der Prüfung weiterer Einsparungsmöglichkeiten wird auf die Maßnahme 2009/4/2 bzw.2011/2/1 verwiesen.

Den wesentlichen Anteil der Aufwendungen im Produktbereich Ver- und Entsorgung nehmen die Aufwendungen für die Produkte Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft, die durch Gebühren gedeckt sind, ein.

Die Aufwendungen des Produktbereiches Innere Verwaltung sind fast ausschließlich Personalaufwendungen. Insofern wird auf das Personalkonzept verwiesen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen im Produktbereich Sicherheit und Ordnung verursacht das Produkt Brandschutz. Hier wurden bereits mehrfach Optimierungsmöglichkeiten für den Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr unter Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehr geprüft. Die Stadtvertretung Neubrandenburg hat sich mit dem Beschluss vom 15.03.07 über die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes für die Beibehaltung des gegenwärtigen Sicherheitsniveaus und der derzeitigen Struktur des abwehrenden Brandschutzes bekannt. Durch Umsetzung des Logistikkonzeptes (Maßnahme Nr. 2007/3/1) sind Einsparungsmöglichkeiten genutzt worden. Darüber hinaus sollen mögliche Synergieeffekte beim abwehrenden Brandschutz durch das Zusammenwirken der Berufsfeuerwehr der Stadt Neubrandenburg und der Freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Gemeinden geprüft werden (Maßnahme Nr. 2011/3/2).

Für die Wahrnehmung der pflichtigen Aufgaben wird gegenwärtig fast nur noch ausschließlich ein Mindeststandard wahrgenommen. Unter Berücksichtigung der nicht besetzten Stellen und des hohen Krankenstandes besteht bereits zum 01.01.2011 akuter Personalbedarf, auch gemessen am Stellenbedarf lt. LRH. Im Übrigen wird auf das Personalkonzept verwiesen.

Bezüglich der freiwilligen Leistungen ist zunächst grundsätzlich festzustellen, dass selbst bei Streichung aller freiwilligen Leistungen und gleicher Finanzausstattung für die Stadt Neubrandenburg gegenwärtig kein Haushaltsausgleich darstellbar ist. Gleichwohl wurden und werden die freiwilligen Leistungen weiterhin einer kritischen Prüfung hinsichtlich Einsparungsmöglichkeiten unterzogen.

2.3 Möglichkeiten der Vermögensaktivierung

Vermögensaktivierungen erfolgen vorrangig mit dem Ziel, diese Mittel wieder als Eigenmittel für zwingend notwendige Investitionsmaßnahmen einzusetzen. Ziel dieser Investitionsmaßnahmen ist immer auch eine Reduzierung der laufenden Aufwendungen, insbesondere der Betriebskosten. So sollen beispielsweise die Gewinnausschüttungen der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH 2010 und 2011 unter Einsatz der Kapitalrücklage als Eigenanteil für das Projekt Medien- und Veranstaltungszentrum zum Einsatz kommen.

2.4 Sicherung einer aufgabengerechten Finanzausstattung

Die Finanzlage der Stadt Neubrandenburg verschärft sich durch immer weiter steigende Belastungen insbesondere in den Bereichen Jugend und Soziales und die nicht aufgabengerechte Finanzausstattung. Weder die FAG-Novelle 2010 noch der erste Entwurf für die FAG-Änderung 2012 sichert nur annähernd eine den Aufgaben entsprechend angemessene Finanzausstattung für die Stadt Neubrandenburg. Hierzu wurde 2010 auch die Einleitung rechtlicher Schritte geprüft. Im Vorfeld hatten zwei Gutachter die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde geprüft. Beide Gutachter kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Kritikpunkte der Stadt Neubrandenburg nachvollziehbar und berechtigt sind. Sie weisen jedoch auch darauf hin, dass dem Gesetzgeber weite Gestaltungsspielräume zustehen. Er muss nicht den bestmöglichen, sondern lediglich einen nachvollziehbaren Finanzausgleich schaffen. Die Gutachter haben jedoch von der Erhebung einer Verfassungsbeschwerde gegen das FAG 2010 abgeraten, da insbesondere die Erhebung von Vergleichsdaten zur Begründung einer Verfassungsbeschwerde äußerst problematisch ist und die Stadt Neubrandenburg nachweisen müsste, dass auch vom Gesetzgeber bereits ergriffene Maßnahmen (Kreisstrukturrefom) nicht geeignet sind, das vorhandene strukturelle Defizit im Haushalt der Stadt Neubrandenburg auszugleichen.

Der vorliegende Entwurf für die FAG-Änderung 2012 hält unverändert am Gleichmäßigkeitsgrundsatz fest. Die vorgesehenen Verschiebungen unter den Teilschlüsselmassen sind nicht nachvollziehbar, da gegenwärtig keine Modellberechnungen über die Auswirkungen der FAG-Änderungen vorliegen. Das Anhörungsverfahren steht gegenwärtig noch aus.

3. Umsetzungsstand der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 bis 2015

3.1 Sachstandsbericht

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
Allgemeine Maßnahmen		
2008/A/2	Aufgabenübergang im Zuge der Verwaltungsstrukturreform des Landes	Der Landtag hat am 07.07.10 die Gesetze zur Verwaltungsreform - LNOG M-V - AufgZuordG M-V verabschiedet. In § 1 Abs. 2 des LNOG wird die Aufhebung der Kreisfreiheit der Stadt Neubrandenburg gesetzlich fixiert. Nach § 11 Abs. 1 LNOG gehen die Aufgaben, für die bis zu ihrer Einkreisung die Stadt Neubrandenburg zuständig war, auf den neu zu bildenden Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung „Mecklenburgische Seenplatte" über. Diese Regelungen treten mit Ablauf des 03.09.11 in Kraft (Artikel 11 Abs. 1 Kreisstrukturgesetz). In Vorbereitung des Aufgaben- und Personalübergangs im Rahmen des LNOG wurde die Verwaltung neu strukturiert. Die zu übertragenden, kreislichen Aufgaben wurden im Fachbereich 4 zusammengefasst. Der Planentwurf 2011 weist für den Fachbereich 4 einen Jahresfehlbetrag i. H. v. rd. 46,6 Mio. EUR aus. Von diesem Defizit wird die Stadt Neubrandenburg nach Aufgabenübergang zunächst entlastet. Demgegenüber hat sie dann als große kreisangehörige Gemeinde eine Kreisumlage an den neuen Landkreis zu zahlen. Sowohl der Aufgabenverlust als auch eine zu zahlende Kreisumlage mit einer prognostizierten Höhe von 27 Mio. EUR (berechnet mit einem Kreisumlagesatz von 45 % und gegenwärtiger Datengrundlage) sind in die mittelfristige Finanzplanung ab 2012 eingearbeitet. Die Maßnahme wird nicht mehr als Haushaltssicherungsmaßnahme weitergeführt, da die Auswirkungen, soweit sie bekannt sind, in die mittelfristige Finanzplanung eingearbeitet wurden. Die Aktualisierung der Einsparungen erfolgt im Rahmen der Haushaltsdurchführung und mit der Haushaltsplanung 2012.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
2008/A/3	Prüfung von Aufgabenverzicht und Abbau von Standards	Sowohl im Rahmen von Nachbesetzungsanträgen als auch bei der Erarbeitung der Personalentwicklungskonzepte der Fachbereiche wurde sich ernsthaft mit Aufgabenverzicht und Standardabbau auseinandergesetzt. Im Bereich des Gesundheitsamtes gab es dazu eine Organisationsuntersuchung. Insgesamt widerspiegelt sich das Ergebnis wertmäßig in den weiteren 16,725 VZÄ Stellenstreichungen von 2011 zu 2010 sowie der Erhöhung der kw-Stellen von 37,813 im Vorjahr auf 58,613 im Planentwurf 2011. Dagegen stehen Leistungseinschnitte gegenüber den Bürgern, wie z. B. Schließung der Schuldnerberatungsstelle, längere Bearbeitungs- und Wartezeiten, Reduzierung von Kontrollen sowie Aufgabenverdichtung bei den einzelnen Beschäftigten, die auch im steigenden Krankenstand von 6,7 % im Jahr 2009 (Vorjahr 5,7 %) ihren Ausdruck findet. Die weitere Umsetzung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Personalkonzeptes, welches selbst Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes ist, sowie der Personalentwicklungskonzepte der Fachbereiche. Vor diesem Hintergrund wird diese Maßnahme nicht mehr als allgemeine Maßnahme weitergeführt.
2010/A/1	Umsetzung des Projektes Medien- und Veranstaltungszentrum	Das Innenministerium genehmigte nunmehr mit Erlass vom 09.12.10 den Umbau des HKB zum Medien- und Veranstaltungszentrum(MVZ). Der Forderung des Innenministeriums folgend, die Gesamtkosten der Maßnahme deutlich zu reduzieren, wurde die Entwurfsplanung überarbeitet. Der entsprechende Umsetzungsbeschluss ist für die Sitzung der Stadtvertretung am 10.02.11 vorbereitet. Der Einsatz von Erlösen aus dem geplanten Verkauf des kommunalen Pflegeheimes sowie der Kapitalrückgewähr der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH soll zur Senkung der laufenden Kosten beitragen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/A/2	Optimierung des Städtischen Kulturbetriebes	Das Konzept der Verwaltung für den städtischen Kulturbetrieb (Kooperation Kulturbetrieb – VZN GmbH) fand in der Stadtvertretung im Juli 2010 keine Mehrheit. Eine entsprechende Vorlage musste vom OB zurückgezogen und Alternativen zur verwaltungsinternen Umsetzung des Betriebskonzeptes Städtischer Kulturbetrieb gefunden werden.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes wurde ein Einsparpotenzial von 7,1 VZÄ = 15,1 % des Stellenbestandes gehoben und mit kw-Vermerken untersetzt. Die Optimierung des Bereiches wird weiter fortgesetzt. Die Weiterführung der Maßnahme erfolgt in Verantwortung des Fachbereiches 8.
2010/A/3	Einleitung rechtlicher Schritte zur Erlangung einer aufgabengerechten angemessenen Finanzausstattung	Eine kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das FAG 2010 wäre bis zum 31.12.2011 zulässig gewesen. Im Vorfeld hatten zwei Gutachter die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde gegen das FAG 2010 geprüft. Beide Gutachter kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Kritikpunkte der Stadt Neubrandenburg an dem FAG 2010 nachvollziehbar und berechtigt sind. Beide Gutachter weisen jedoch darauf hin, dass dem Gesetzgeber weite Gestaltungsspielräume zustehen. Er muss nicht den bestmöglichen, sondern lediglich einen nachvollziehbaren Finanzausgleich schaffen. Da einerseits die Erhebung von Vergleichsdaten zur Begründung einer Verfassungsbeschwerde gegen das FAG 2010 äußerst problematisch ist und andererseits die Stadt Neubrandenburg nachweisen müsste, dass auch vom Gesetzgeber bereits ergriffene Maßnahmen (Kreisstrukturreform) nicht geeignet sind, das vorhandene strukturelle Defizit im Haushalt der Stadt Neubrandenburg auszugleichen, die hierfür zu treffende gesicherte Zukunftsprognose nicht möglich ist und aufgrund dessen die Erfolgsprognose einer Verfassungsbeschwerde ungewiss ist, haben die Gutachter von der Erhebung einer Verfassungsbeschwerde gegen das FAG 2010 abgeraten. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.
2010/A/4	Einflussnahme auf eine sachgerechte Änderung des FAG 2012	Für die Änderung des FAG 2012 erfolgte bereits eine Ressortanhörung einschließlich der Unterrichtung der kommunalen Landesverbände und des LRH. Nach der 1. Kabinettsbefassung im Januar 2011 wird die Verbandsanhörung eingeleitet. Nach ersten vorliegenden Informationen wird voraussichtlich weiter am Gleichmäßigkeitsgrundsatz festgehalten und es ist keine aufgabengerechte Finanzausstattung durch das Land zu erwarten. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
Büro OB		
2006/0/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im OB Bereich	Durch Umsetzung geplanter kw- und kw-P-Vermerke verbunden mit einer weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die Personalaufwendungen des OB-Bereiches im Planentwurf 2011 um rd. 45,6 TEUR reduziert (siehe Anlage 4 des Personalkonzeptes). Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
Beteiligungs-management		
2003/30	Hebung von Synergien durch Neustrukturierung der Beteiligungen	Für die VZN GmbH fand eine Übertragung weiterer Aufgaben im Bereich Veranstaltungen und Stadtmarketing statt. Damit werden das spezifische Potenzial der Gesellschaft, ihrer Mitarbeiter und Strukturen noch besser genutzt und eine kostengünstige Aufgabenerledigung möglich. Im Planansatz 2011 ist der allgemeine Zuschuss für die VZN GmbH um 10 TEUR gegenüber dem Vorjahr reduziert. Eine weitergehende Aufgabenübertragung an die VZN GmbH (Erweiterung Gegenstand der Gesellschaft) fand keine mehrheitliche Zustimmung. Für die übrigen Beteiligungsunternehmen wird auf die Maßnahme 2007/1/9 verwiesen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.
2007/1/9	Evaluierung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmen: Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT), Zentrum für Lebensmitteltechnologie M-V GmbH (ZLT), Technologie-, Innovations- und Gründerzentrum Neubrandenburg GmbH (TIG)	Es wurden entsprechende Untersuchungen geführt. Weiter fand eine Präsentation der Unternehmen und Aufgabendiskussion im Finanzausschuss statt. – Für die FNT GmbH ist ab 2009 ein Geschäftsmodell mit Management- und Dienstleistungsverhältnis mit der neu.sw wirksam. Es gestattet, den Leitungs- und Verwaltungsaufwand auf ein Minimum zu senken und das Potenzial der neu.sw für Querschnittsaufgaben zu nutzen. Der erforderliche Betriebszuschuss ist auf 277,5 TEUR (Anteil NB: 156,3 TEUR) begrenzt. In 2010 konnte er im Zuge der Plandurchführung weiter geringfügig reduziert werden. – Beim TIG und ZLT befinden sich weitere Maßnahmen, wie die gemeinsame kaufmännische Geschäftsbesorgung sowie ein Projektcontrolling in der Umsetzung. Der Umfang öffentlich geförderter Projekte wurde 2010 im Vergleich zu 2009 erheblich erweitert, für 2011 setzt sich der Trend fort. Der Planansatz 2011

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		sieht eine Verringerung des allgemeinen Zuschusses für diese Gesellschaften um jeweils 10 TEUR vor. Die Evaluierung der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungsunternehmen ist im Weiteren ständige Aufgabe des Beteiligungsmanagements. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.
2008/1/1	Prüfung einer mittelfristigen Gewinnabführung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH	In 2010 wird eine Vorabgewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 2.641 TEUR (davon 1.500 TEUR im Rahmen des HH-Planes 2010) vorgenommen unter Einsatz der Kapitalrücklage in Höhe von 4.000 TEUR zur Herstellung der Ausschüttungsfähigkeit. Im Plansansatz 2011 ist eine Ausschüttung auf das Jahresergebnis 2010 i. H. v. mind. 2.104 TEUR eingestellt. Aus den Ausschüttungen 2010/2011 sind 4.000 TEUR als Kapitalrückgewähr für einen investiven Einsatz vorgesehen und bei der Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt. Ab 2012 erfolgen reguläre Gewinnabführungen von rd. 2.500 TEUR jährlich. Das Ziel der Prüfmaßnahme ist erreicht. Die vorgesehene Gewinnabführung ist im Haushaltsplan 2011 veranschlagt. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.
2009/1/5	Prüfung der Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen	Es fanden Prüfungen mit folgenden Ergebnissen statt: - Stadtwirtschaft Neubrandenburg GmbH (SWN): Das eingeholte Gutachten weist drei Varianten eines möglichen Verkehrswertes bezogen auf den 01.01.2010 aus, wobei die 1. Variante risikobehaftet ist (Vertragsverlängerung Stadt – SWN über 2015 hinaus) und Risikoübernahmen seitens der Stadt bedingt. Die Ergebnisse sind derzeit in rechtlicher Prüfung. Gleichzeitig besteht eine steuerliche Rückerstattungspflicht seitens SIM bei einer Übertragung der Anteile. Eine Entscheidung dazu steht noch aus und ist für das 1. Quartal 2011 im Zusammenhang mit einer Übertragung der Abfallentsorgung auf die Stadtwerke GmbH vorgesehen. Die weitere Umsetzung erfolgt als neue Einzelmaßnahme bis zur Beschlussreife.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		- Städtisches Pflegeheim: Es wurden Varianten der Veräußerung untersucht. Eine Veräußerung an Dritte hätte aufgrund der Gemeinnützigkeit steuerliche Nachwirkungen. Eine Vorzugsvariante wurde ermittelt und vom Grundsatz beschlossen, nicht betriebsnotwendiges Kapital aus dem Eigenbetrieb an die Stadt auszukehren (bis zu 1,0 Mio. EUR) und eine Übertragung an neuwoges rückwirkend auf den 01.01.2011 vorzusehen (0,2 Mio. EUR). Eine nachträgliche Kaufpreiszahlung (ca. 1,5 Mio. EUR) wird als vertragliche Option aufgenommen. Die weitere Umsetzung erfolgt als neue Einzelmaßnahme bis zur Beschlussreife. - Weitere Beteiligungsveräußerungen sind im Zuge der Umsetzung des LNOG und des damit einhergehenden Aufgabenübergangs auf den Landkreis zu untersuchen. Die Maßnahme wird mit diesem Auftrag fortgeführt.
2009/1/3	Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH	Die Veräußerung von Anlagevermögen aus im Rahmen städtebaulicher Erschließungsmaßnahmen errichteten an die neu.sw zu übertragenden Ver- und Entsorgungsanlagen ist beginnend ab 2010 vorbereitet. Die Prüfung der Unschädlichkeit hinsichtlich ehemals ausgereichter Fördermittel durch das zuständige Referat im Wirtschaftsministerium MV ist noch nicht abgeschlossen; aufgrund der unverändert ausstehenden Entscheidung ergibt sich eine weitere Verzögerung der Umsetzung. Als Zwischenlösung wird der Abschluss eines kostenpflichtigen Nutzungsvertrages mit neu.sw vorbereitet. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/0/1	Umstellung des Zuschusses an die Theater und Orchester GmbH auf ein leistungsangebotsorientiertes Modell	Im Rahmen der Verhandlungen mit den Gesellschaftern wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst, beginnend ab 01.01.2011 auf ein am Leistungsbezug orientiertes Zuschussmodell überzugehen. Ein akzeptiertes Modell ist mit Stand September 2010 erarbeitet. Abzuleitende Effekte bezogen auf den Zuschuss der Stadt Neubrandenburg: 2009: 2.860 TEUR 2010: 2.275 TEUR (Verringerung um 585 TEUR gegenüber 2009) 2011: 1.975 TEUR (Verringerung um 885 TEUR gegenüber 2009) Die Einführung einer entsprechenden Vereinbarung (u. a. Gesellschaftsvertrag) erwies sich jedoch bei anderen kommunalen Gesellschaftern als nicht mehrheitsfähig.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Als Handlungsalternative wird daher die Errichtung eines Theaterverbundes auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit einer finanziellen Eigenständigkeit der Trägerkommunen für ihre Sparten und Spielstätten unter Bildung von entsprechenden Betriebsbereichen ab 2011, später Aufspaltung der Gesellschaft verfolgt. Für 2011 ist deshalb nochmals ein Zuschuss von 2.275 TEUR vorzusehen. Zu klären ist eine auszuschließende künftige Doppelbelastung durch direkte Zuschüsse und eine indirekte Bezuschussung über die zu zahlende Kreisumlage. Ziel ist es, eine Nettomehrbelastung zu vermeiden. Langfristig ist mit einem erforderlichen Zuschuss der Stadt bei Sicherung des Produktionsstandortes und der Bespielung in den vorhandenen Spielstätten i. H. v. ca. 2,0 Mio. EUR zu rechnen. Dafür sind jedoch strukturelle Veränderungen zu prüfen und einzuleiten. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/0/2	Erhöhung des Anteils an der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH seitens der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH	Es liegt ein gesondertes Gutachten vor. Eine Anteilsübertragung von mehr als 37,7 % an neu.sw, damit die Einbeziehung in den steuerlichen Querverbund Versorgung – Entsorgung - Verkehr bei neu.sw wirksam werden kann, bedingt weiter den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages FNT mit neu.sw. Flankierend wären hierzu Vereinbarungen mit den anderen Gesellschaftern erforderlich, damit diese auch künftig an der Zuschussaufbringung beteiligt sind. Trotz eines möglichen Effekts von rd. 60 TEUR (neu.sw) wird dies nicht weiter verfolgt. Alternativ ist eine geringere Anteilsübernahme zu prüfen (26,3 % von Stadt an neu.sw; damit hielte die Stadt weiterhin 30 %). Dies hätte eine steuerliche Entlastung bei der künftigen Gewinnausschüttung neu.sw an die Stadt zur Folge (kapitalertragssteuerfreier Betrag). In diesem Fall ergäbe sich eine Reduzierung des städtischen Zuschusses um 73 TEUR (vorweg genommene Gewinnverwendung neu.sw) und eine Steuerersparnis von jährlich ca. 12 TEUR. Als weitere Option ist zu prüfen, inwieweit im Zuge der LNOG-Umsetzung der kreisliche Anteil für die Wirtschaftsförderung als regionale Aufgabe erhöht werden sollte (siehe HSK-Maßnahme-Nr. 2009/1/5). Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
Fachbereich 1		
2006/1/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 1	Durch Umsetzung geplanter kw- und kw-P-Vermerke verbunden mit einer weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die Personalaufwendungen des FB 1 im Planentwurf 2011 um 187,6 TEUR reduziert (siehe Anlage 4 des Personalkonzeptes). Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2006/1/4	Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements	Durch die weitere Nutzung von Mitteln des Kommunalen Aufbaufonds mit einem subventionierten Zinssatz für Umschuldungen auslaufender Zinsbindungen von Investitionskrediten wurden die Zinsaufwendungen weiter gesenkt. 2010 hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau ein neues Programm für Kommunen aufgelegt, welches die Möglichkeit bot, Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ebenfalls mit einem subventionierten Zinssatz abzuschließen. Durch die Nutzung dieses Angebotes und den weiterhin sehr niedrigen Marktzins mussten die geplanten Zinsaufwendungen 2010 nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus hat die Stadt Neubrandenburg am Projekt des Ostdeutschen Sparkassenverbandes „Kommunale Verschuldungsdiagnose" teilgenommen. Die Auswertung dieser Analyse soll durch die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin erfolgen und steht noch aus. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/1/2	Einführung der elektronischen Archivierung der Kassenbelege	Mit der Einführung eines elektronischen Rechnungseingangsbuches wurde der Aufbau eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) begonnen. Dies war zunächst mit Mehraufwand in der Abarbeitung verbunden. Erst mit den darauf aufsetzenden Bausteinen (Nutzung eines dezentralen Erfassungsclients und elektronischer Signaturpads) wird die Erstellung automatisierter Auszahlungsanordnungen ermöglicht und damit ein deutlicher Effizienzgewinn erreicht. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/1/3	Schaffung einer Schnittstelle für die Fachsoftware Vollstreckung und mps	Die Umsetzung dieser Maßnahme hat sich durch aufgetretene Software-Probleme verzögert.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/1/4	Schaffung einer Schnittstelle für die Fachsoftware PROSOZ und mps	Die Schnittstelle Prosoz Open für Auszahlungen ist seit April 2010 einsatzbereit. Die Schnittstelle für Erträge/Einzahlungen ist vorbereitet. Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist umgesetzt.
2009/1/2	Automatische Verbuchung der Kontoumsätze	Die Einführung notwendiger Voraussetzungen, wie die Einführung eines elektronischen Rechnungseingangsbuches und die Angabe eine Anordnungsnummer bei Ausgangsrechnungen, wurde eingeleitet. Die Schaffung weiterer Schnittstellen von Fachverfahren zu mps wurde weiter vorangetrieben. Derzeit wird die Einrichtung von Rechnungsvordrucken in mps zur Vermeidung von Doppelarbeiten bei Fachverfahren geprüft. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/1/1	Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer	Mit der Haushaltssatzung 2010 wurde der Hebesatz für die Grundsteuer B auf 480 v. H. und für die Gewerbesteuer auf 395 v. H. festgesetzt. Der LRH M-V hält eine weitere Erhöhung auf 550 v. H. für die Grundsteuer B und auf 420 v. H. für die Gewerbesteuer für geboten. Nur so ist ein ausreichender direkter Beitrag der Bürger zur Haushaltskonsolidierung zu erzielen. Erste Diskussionen zeigten, dass es schwierig ist, in der Stadtvertretung Mehrheiten für Beschlüsse mit weiteren direkten finanziellen Belastungen für die Bürger zu finden. Für 2011 ist der Erlass einer Hebesatzsatzung für die Realsteuern beabsichtigt. Damit wird die Veröffentlichung und Inkraftsetzung der Hebesätze von der Genehmigung der Haushaltssatzung abgekoppelt. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
Fachbereich 2		
2006/2/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 2	Durch Umsetzung geplanter kw- und kw-P-Vermerke verbunden mit einer weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die Personalaufwendungen des Fachbereiches 2 im Planentwurf 2011 um rd. 133,8 TEUR TEUR reduziert (siehe Anla-

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		ge 4 des Personalkonzeptes). Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/2/3	Überprüfung der Schnittstellen zwischen der Kernverwaltung, SIM und den Sanierungsträgern	Zur Überprüfung der Geschäftsprozesse und Aufgabenverteilung zur Durchführung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen sowie zur Entwicklung des städtebaulichen Sondervermögens wurde eine Organisationsuntersuchung begonnen. Erste Problemfelder wurden bereits benannt. Ziel ist es, im Sinne einer effektiven Projektsteuerung Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und umzusetzen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2008/2/3 (alt 2007/5/7)	Neuverhandlung des Vertrages zur Wahrnehmung der Aufgaben der ambulanten Wohnungsnotfallhilfe	Die Vereinbarung mit dem Leistungsanbieter wurde für 2011 verlängert mit der ausdrücklichen Maßgabe, dass ab 2012 insofern eine Neuordnung notwendig werden wird, als die Stadt diese Aufgabe ab 04.09.11 als kreisangehörige Gemeinde in der ausschließlichen Funktion als Ordnungsbehörde wahrnimmt. Die Maßnahme gilt in 2010 als erfüllt, da Kosteneinsparungen seitens des Trägers realisiert wurden, die die gleichzeitigen Kostensteigerungen bei den Mietaufwendungen kompensieren konnten. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird mit neuer Ausrichtung im Fachbereich 3 weitergeführt.
2010/2/1	Vollständige Übertragung der Aufgaben der Schuldnerberatung an einen freien Träger	Aufgrund der im Vergleich der kreisfreien Städte in M-V überdurchschnittlichen Stellenausstattung für die Schuldnerberatung wurden Einsparungsmöglichkeiten geprüft. Im Ergebnis erfolgte eine Aufgabenübertragung an einen freien Träger. Der an den freien Träger zu zahlende städtische Zuschuss ermöglichte diesem die Finanzierung einer dritten Beraterstelle und gewährleistet den Erhalt der höchstmöglichen Landesfördermittel. Die Kommunale Beratungsstelle stellte ihre Arbeit zum 30.06.10 ein. Die zwei Beraterstellen wurden zum Stellenplan 2011 gestrichen. Die 0,5 VzÄ Sachbearbeitung wurden wegen gestiegener Leistungsanforderungen im Zusammenhang mit der Doppik in die Dezentrale Steuerung des FB 2 verlagert. Gegenüber dem Planansatz 2010 wurde im Produkt Schuldnerberatung eine Einsparung

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		von rd. 32,4 TEUR und ab 2011 jährlich von rd. 92,6 TEUR (unter Berücksichtigung der verlagerten 0,5 VzÄ rd. 73,7 TEUR) realisiert. Die Maßnahme ist erfüllt und wird nicht weitergeführt.
Fachbereich 3		
2006/3/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 3	Durch Umsetzung geplanter kw- und kw-P-Vermerke verbunden mit einer weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die Personalaufwendungen des Fachbereiches 3 im Planentwurf 2011 um rd. 226,2 TEUR reduziert (siehe Anlage 4 des Personalkonzeptes). Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/3/1	Umsetzung des Logistikkonzeptes für die Berufsfeuerwehr	Die Umstellung des Container- und Gitterboxensystems auf ein Anhängersystem wird im 1. Halbjahr 2011 beendet. Nach vollständiger Umsetzung sollte die Einsparung der Funktion Sonderfahrzeugmaschinist (drei Stellen) ermöglicht werden. Zwei Stellen wurden bereits aufgrund des nachgewiesenen Bedarfs zur Integrierten Leitstelle verlagert. Für die dritte Stelle wurde die Verlagerung zum Sachgebiet Vorbeugender Brandschutz beantragt. Eine Entscheidung hierzu steht noch aus. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2008/3/3	Prüfung der Möglichkeiten für die Bereitstellung der Dienste der Kfz-Zulassungs- und der Führerscheinstelle für umliegende Landkreise und Gemeinden	Den Vertretern des Aufbaustabes wurde diese Möglichkeit zur Behandlung vorgelegt. Sollten die betroffenen Gebietskörperschaften hinsichtlich einer solchen Verfahrensweise grundsätzliche Übereinstimmung erzielen, wird die AG Ordnung und Sicherheit beauftragt, eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung vorzubereiten. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2008/3/4 (alt 2007/5/8)	Prüfung organisatorischer Optimierungsmöglichkeiten im Gesundheitsamt	Seit 2008 wurden von 24 Stellen des Gesundheitsamtes durch arbeitsorganisatorische Veränderungen und Standardabbau insgesamt drei Stellen abgebaut, davon - 1 Stelle Medizinalverwaltung - 1 Stelle Sozialarbeiter (Verlagerung ins Jugendamt) - 1 Stelle Gesundheitsfürsorgerin im Kinder- und jugendärztlichen Dienst. Im Hinblick auf die Vorbereitungen zur Übertragung des Gesundheitsamtes an den neu-

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		en Landkreis zum 04.09.2011 wird die Maßnahme nicht weitergeführt.
2010/3/1 (alt 2008/2/2)	Neuausrichtung der Suchtberatung	Die Maßnahme ist bisher in der beschlossenen Form umgesetzt worden. Eine weitere Einsparung ist für 2012 durch eine Reduzierung des Beraterschlüssels um 0,5 VzÄ bei der Beratungs- und Behandlungsstelle für Sucht- und Drogenkranke und -gefährdete (BBSD) des Suchthilfezentrums vorgesehen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird im Fachbereich 4 weitergeführt.
2010/3/2	Prüfung der Reduzierung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros	Im Ergebnis der Prüfung liegt ein Vorschlag zur Reduzierung der Öffnungszeiten um 5 Stunden/Woche, die sehr gering frequentiert sind, vor. Eine Stellenreduzierung wird aufgrund der längeren Bearbeitungszeiten des neuen Personalausweises jedoch durch diese Reduzierung nicht ermöglicht. Damit könnten aber zu den hoch frequentierten Öffnungszeiten alle Kundenbearbeiterplätze besetzt werden, sodass akzeptable Wartezeiten gehalten werden. Eine Entscheidung zum vorliegenden Vorschlag steht noch aus und wird nach Auswertung der tatsächlichen Belastung durch die Einführung des elektronischen Personalausweises im Haushaltsjahr 2011 erneut zur Entscheidung vorgelegt. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
Fachbereich 4		
2004/4/2	Überprüfung der Literaturvereine mit dem Ziel einer besseren Ressourcennutzung und der Schaffung von Synergien	Durch den Vertrag mit dem Literaturzentrum e. V. ist die Sicherung der Nachlässe Reimann und Fallada erfolgt. Im Rahmen des Projektes Bücherfrühling konnten die Ressourcen von Literaturvereinen besser genutzt werden. Mit dem Einfließen der Maßnahme in die Aufgabe der Zusammenführung der Archive und Sammlungen der Stadt (2009/4/1) kann das Ziel einer besseren Ressourcennutzung und Schaffung von Synergien weiter verfolgt werden. Die Maßnahme wird nicht weitergeführt.
2006/4/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 4	Durch Umsetzung geplanter kw- und kw-P-Vermerke verbunden mit einer weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die Personalaufwendungen des Fachbereiches 4 im Planentwurf 2011 um rd. 31,8 TEUR reduziert (siehe Anlage 4 des Personalkonzeptes).

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/4/1	Reduzierung der Zuwendungen an Vereine und Verbände für freiwillige Leistungen im Bereich Kultur auf ein der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt entsprechend angemessenes Maß und Übergang zur Projektförderung	Von 2008 bis 2010 wurden die Zuschüsse an Vereine und Verbände für kulturelle Leistungen um 10,2 TEUR reduziert. Im Hinblick auf den Prüfbericht des LRH sind im Planentwurf 2011 Zuschüsse für diese Leistungen i. H. von insgesamt 481,1 TEUR veranschlagt, das bedeutet eine weitere Verringerung um 44,4 TEUR. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird im Fachbereich 8 weitergeführt.
2007/4/29	Neuausrichtung der „Offenen Altenarbeit"	Das Konzept „Seniorenarbeit in Neubrandenburg" liegt zwischenzeitlich vor. Bei der Umsetzung der Maßnahme ist eine Balance zwischen den Erfordernissen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, und der weggefallenen finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt zu finden. Für 2010 ist eine Einsparung von 3 TEUR zu verzeichnen. Im Hinblick auf die Vorbereitungen zur Übertragung der Aufgabe gemäß § 71 SGB XII – Altenhilfe auf den neuen Landkreis zum 04.09.2011 wird die Maßnahme nicht weitergeführt.
2008/4/2	Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen öffentlichen Trägern der Jugendhilfe	Mit dem Landkreis MST wurde 2010 eine gemeinsame BAFöG-Stelle eingerichtet. Durch die Kooperation werden Synergieeffekte in Hinblick auf Fachkunde und Arbeitsteilung erreicht sowie die Aufgabenwahrnehmung mit nur jeweils einer Stelle, insbesondere im notwendigen Vertretungsfall bei Krankheit und Urlaub gewährleistet. In der Jugendgerichtshilfe sieht der Landkreis MST keine Möglichkeit des Zusammengehens. Im Falle der gemeinsamen Aufgabenerbringung wären Mehrkosten für Dienstreisen und für Abwesenheitsvertretungen zu erwarten. Weitere Kooperationsmöglichkeiten werden gegenwärtig nicht gesehen. Im Hinblick auf den Übergang des Jugendamtes zum 04.09.11 zum neuen Landkreis wird die Maßnahme nicht weitergeführt.
2009/4/2	Prüfung der Möglichkeiten der Senkung des Nettoaufwandes der Stadt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	Die Analyse der Ursachen für einen überdurchschnittlich hohen Nettoaufwand der Stadt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege gestaltet sich problematisch. Die Ansätze der Kostenverhandlungen unter den kreisfreien Städten sind nicht bekannt. Schwerpunkt in der weiteren Arbeit zwischen den kreisfreien Städten ist es, nach Möglichkeiten einer transparenten Darstellung der Kostenkalkulationen und Pauschalierungen zu suchen.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt und im Hinblick auf den Verbleib der Aufgabe der örtlichen Wohnsitzgemeinde auch im Fachbereich 2 im Zusammenwirken mit dem Fachbereich 4 geführt.
2009/4/3	Mittelfristige Erhöhung der Eigenanteile der Vereine für die Sportstättennutzung	Zunächst wurden vorrangig vor der Erhöhung der Eigenanteile der Vereine für die Sportstättennutzung verstärkt Möglichkeiten der Optimierung der Sportstättenauslastung geprüft (Maßnahme 2010/4/2). Die Maßnahme wird im Hinblick auf die sich nach der Kreisgebietsreform ergebende Notwendigkeit der Anpassung der Richtlinie im Fachbereich 8 weitergeführt.
2010/4/1	Prüfung von Möglichkeiten zur Verringerung der Belastung des städtischen Haushaltes aus den Leistungen für Hilfen zur Erziehung	Aufgrund niedrigerer Fallzahlen 2010 reduziert sich die Belastung des städtischen Haushaltes. Mit dem Vorliegen der Erkenntnisse aus der Integrierten Berichterstattung M-V wird eine konkretere Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik möglich. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/4/2	Senkung der Aufwendungen für die Sportstättenförderung durch eine Optimierung der Sportstättenauslastung	Die Turnhalle Ost 2 wurde am 15.10.2010 geschlossen. Die Vereine haben Nutzungszeiten in anderen Hallen erhalten. In 2011 soll eine weitere Sporthalle geschlossen werden. Die sich hieraus ergebende Einsparung für die Sportstättenförderung wird gegenwärtig durch SIM berechnet. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird im Fachbereich 8 weitergeführt.
Fachbereich 8		
2007/4/6	Anpassung des Medienbestandes und Reduzierung der Stellenanzahl in der Regionalbibliothek	Die Maßnahme ist mit der ursprünglichen Zielstellung erfüllt. Im Hinblick auf die weggefallene finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt und das Ergebnis der Prüfung des LRH war eine darüber hinaus gehende Stellenreduzierung in das Personalentwicklungskonzept aufzunehmen. Die weitere Umsetzung erfolgt im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes und dem weiter zu entwickelnden Betriebskonzept des Städtischen Kulturbetriebes im FB 8. Die Maßnahme wird nicht weitergeführt.
2007/4/10	Erwirkung der Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen der Regional-	Anträge zur „Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen" werden durch das Land M-V regelmäßig mit der Begründung nicht ausreichend vorhandener Haushaltsmittel

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
	bibliothek durch das Land M-V	abgelehnt. Ebenso wurde die Erarbeitung eines Bibliotheksgesetzes für das Land M-V bisher nicht beschlossen. Mit der Erarbeitung einer Landesbibliothekskonzeption M-V wurde nach Aussagen des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft begonnen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/4/11	Erwirkung einer Förderung der Annalise-Wagner-Stiftung durch den Landkreis Mecklenburg-Strelitz	Anträge an den Landkreis MST werden durch die Stiftung regelmäßig eingereicht. Die Förderung der Stiftung der Stadt NB erfolgt in indirekter Form durch personelle Unterstützung in den Stiftungsgremien und bei der Jury-Arbeit für den Annalise-Wagner-Preis. Im Zusammenhang mit der Bildung des neuen Landkreises Mecklenburgische Seenplatte soll die Maßnahme dem Kooperationsstab zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/4/13	Anpassung der Gebührenordnung des Stadtarchivs	Die Gebühren des Stadtarchivs sind in der Verwaltungsgebührensatzung verortet. Bei der nächsten planmäßigen Änderung der Verwaltungsgebührensatzung werden die Gebühren für die Inanspruchnahme der Leistungen des Stadtarchivs entsprechend angepasst. Ein interkommunaler Vergleich der aktuellen Archivgebührensatzungen aller kreisfreien Städte M-V wird zugrunde gelegt. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/4/16	Erwirkung einer Förderung der Museen durch die umliegenden Landkreise	Bisherige Gespräche mit den umliegenden Landkreisen erbrachten noch kein Ergebnis. Die Aufgabe wird im Zusammenhang mit der Bildung des Kreises Mecklenburgische Seenplatte in der zeitweiligen Arbeitsgruppe Kultur und Kunst beim Kooperationsstab mittels einer Beschlussvorlage für den Kooperationsstab in die Diskussion gebracht. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/4/17	Optimierung der Depot- und Sammlungsstruktur der Museen	Der Freizug der bisherigen Standorte für Museumshintergrund Poststraße und Bienenweg erfolgt zum Jahresende 2010 mit Fertigstellung des Telegrafenamtes und Zollhauses. Der Nachweis der Einsparungen aus den frei gezogenen Standorten steht noch aus. Die Maßnahme wird bis zum Nachweis der Einsparungen weitergeführt.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
2007/4/30	Prüfung einer Automatisierung der Verbuchungsplätze in der Regionalbibliothek	Moderne RFID-Technologie in der Regionalbibliothek wird mit der Realisierung des Vorhabens Umbau des HKB zum Medien- und Veranstaltungszentrum eingeführt. Die Planungen werden aufgrund eines kontinuierlichen Kontaktes zu den führenden Technologie-Anbietern laufend angepasst. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2008/4/1	Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten der Volkshochschule der Stadt Neubrandenburg mit den Volkshochschulen der umliegenden Landkreise mit dem Ziel der Zuschusssenkung	In Umsetzung des LNOG wird die Volkshochschule an den neuen Landkreis übertragen. Im Hinblick auf die Vorbereitungen zur Übertragung der Volkshochschule an den neuen Landkreis zum 04.09.2011 wird die Maßnahme nicht weitergeführt.
2009/4/1 (alt 2007/4/14)	Zusammenführung wertvoller literarischer Sammlungen und kulturhistorischer Archivgüter	Seit 01.12.2010 arbeiten zwei Mitarbeiterinnen an der Aufnahme, Digitalisierung und Bewertung der Fotosammlungen des Regionalmuseums und des Stadtarchivs in Vorbereitung der Einrichtung eines einrichtungs- und sammlungsübergreifenden Rechercheportals für die Stadt Neubrandenburg und die Region. Synergien bei der körperlichen Zusammenführung von Archiven und Sammlungen der Stadt werden im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens Medien- und Veranstaltungszentrum erwartet. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/8/1	Optimierung der Leistungen der Regionalbibliothek unter Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten	Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform ist die Optimierung von Leistungen der Regionalbibliothek durch die Schaffung von Verbundlösungen hinsichtlich: - der digitalen Bibliothek („onleihe") - des Wissensmanagements für Städte und Gemeinden (LexisNexis) - eines Netzwerkes „Bibliothekssoftware Mecklenburgische Seenplatte" im Kreis zu erwarten. Erste Beratungen dazu erfolgten mit Vertretern der Träger von Gemeindebibliotheken. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/8/2	Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen	Die Entgeltordnung für die Städtischen Museen wurde zuletzt 2008 angepasst. Für besonders kostenintensive Ausstellungen werden Entgeltfestlegungen flexibler vorgenommen. In Vorbereitung der Inbetriebnahme der Ausstellungen des Regionalmuseums im

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Franziskanerkloster soll eine weitere Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen erfolgen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/8/3	Anpassung der Entgeltordnung der Volkshochschule	In Umsetzung des LNOG wird die Volkshochschule an den neuen Landkreis übertragen. Die Verabschiedung einer gemeinsamen Entgeltordnung obliegt dem neuen Landkreis. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.
2010/8/4	Reduzierung der Personalaufwendungen im Städtischen Kulturbetrieb	Durch Umsetzung geplanter kw- und kw-P-Vermerke verbunden mit einer weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation werden die Personalaufwendungen des Fachbereiches 8 im Planentwurf 2011 um rd. 72,6 TEUR reduziert (siehe Anlage 4 des Personalkonzeptes). Die Maßnahme ist durch entsprechende Maßnahmen im Personalentwicklungskonzept der Stadt untersetzt und in einem zu erstellenden Betriebs- und Personalkonzept für den Städtischen Kulturbetrieb weiter zu führen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
SIM		
2010/9/1	Senkung des Zuschusses für den Bereich Straße/Grün	Um die Optimierungspotentiale bei der Bewirtschaftung von Straßen und Grünflächen weiter auszuschöpfen, wurden im Berichtszeitraum Vergabeleistungen für Grünflächenpflege neu ausgeschrieben und Leistungsumfänge und Reinigungs- und Pflegestandards kritisch geprüft. Die vergebenen Leistungen schöpfen Standardabsenkungen nahezu aus und decken lediglich das Mindestmaß der Anforderungen an Verkehrssicherheit und öffentliche Ordnung. Weitere Absenkungen sind nicht mehr vertretbar. Für das Haushaltsjahr 2011 wird trotz der Optimierungen mit einem höheren Zuschussbedarf als bisher gerechnet. Absenkungen des Zuschussbedarfes sind nur über konsequente Nichtbewirtschaftung von Flächen oder Entgelterhebung von Dritten möglich und erfordern ein striktes Umdenken des bisherigen eingehaltenen Niveaus und Umfangs. Die Haushaltsicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/9/2	Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung	In Umsetzung des Konzeptes zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit wurden Mietentgelte und Umlagen gemäß der Planvorgabe vereinnahmt. Die voraussichtlichen Bewirtschaftungsaufwendungen entsprechen den Planvorgaben, da angestrebte Rationalisierungspotentiale ausgeschöpft werden konnten.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Im Hinblick auf die Verwaltungsreform 2011 werden für das Planjahr 2011 die internen Mieten nachkalkuliert und auf die geänderte Verwaltungsstruktur angepasst. Berücksichtigt werden insbesondere Einsparpotentiale durch optimierte Belegungen und Nutzungen von Schulen und Vereinen, in deren Folge Turnhallen geschlossen werden konnten. Nicht vorhersehbare Auswirkungen politischer und struktureller Veränderungen und saisonaler Einflüsse können die geplanten Ergebnisse des Abrechnungszeitraumes sowie des Folgeplanjahres beeinflussen. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.

3.2 Abrechnung der Maßnahmen mit wesentlichen Einsparpotenzialen

(Maßnahmen mit einem Einsparpotenzial über 50 TEUR)

Maßnahmen	Soll-Einsparung lt. HSK gegenüber Haushalt 2010 in TEUR	Ist-Einsparung lt. Planentwurf 2011 in TEUR	Bemerkung
Allgemeine Maßnahmen	0,0	0,0	Das Einsparpotenzial wird erst ab 2012 erwartet.
Personalkostenmaßnahmen (2006/0/1; 2006/1/1; 2006/2/1; 2006/3/1; 2006/4/1; 2010/8/4)	771,8	673,9	Die Nachbesetzungsketten sind noch nicht in jedem Fall abgeschlossen bzw. Stellen wurden mit Nachwuchskräften besetzt (siehe Personalkonzept S. 22).
2008/1/1 – Prüfung einer mittelfristigen Gewinnabführung der neu.sw	1.500,0	2.104,0 (Liquiditätszufluss)	In 2010 wurde eine Vorabgewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2010 i. H. v. 2.641 TEUR vorgenommen. Der Planentwurf 2011 sieht eine Ausschüttung i. H. v. 2.104 TEUR vor.
2009/1/3 – Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die neu.sw	2.100,0	0,0	Verzögerung in der Umsetzung durch die nach wie vor ausstehende Entscheidung des Wirtschaftsministeriums hinsichtlich der Unschädlichkeit erhaltener Fördermittel
2010/02 – Erhöhung des Anteils an der FNT seitens der neu.sw	50,0	0,0	Im Ergebnis der Prüfung der Maßnahme wird nunmehr eine günstigere Variante mit größerer finanzieller Ersparnis verfolgt.
2010/2/1 – Übertragung der Aufgaben der	72,9	92,6	

Schuldnerberatung an einen freien Träger			
2007/3/1 – Umsetzung des Logistikkonzeptes für die Berufsfeuerwehr	105,8	86,9	Zwei Stellen wurden aufgrund des nachgewiesenen Bedarfs zur Integrierten Leitstelle verlagert. Die Entscheidung über die dritte einzusparende Stelle steht noch aus.
2010/9/2 – Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung	109,8	0,0	Die Nachkalkulation der Mieten steht noch aus.

4. Haushaltssicherung im Zeitraum bis 2016

4.1. Allgemeine Maßnahmen

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
2010/A/1	Umsetzung des Projektes Medien- und Veranstaltungszentrum	Auf der Grundlage der Genehmigung des Innenministeriums vom 09.12.10 und nach Beschlussfassung der Stadtvertretung über die überarbeitete Entwurfsplanung zur Sanierung des HKB und dessen Umbau zum Medien- und Veranstaltungszentrum (MVZ) erfolgt die Umsetzung des Projektes mit dem Ziel der räumlichen Zusammenführung städtischer und stadtnaher Einrichtungen einschließlich der Zusammenführung wertvoller literarischer Sammlungen und kulturhistorischer Archivgüter, um weitere Synergien zu heben. Die in Umsetzung des Projektes erwarteten Einsparungen sind Bestandteil des Personalentwicklungskonzeptes des Fachbereiches 8 und werden in der Folge bei der weiteren Planung des Teilhaushaltes 8 zu berücksichtigen sein.
2010/A/4	Einflussnahme auf eine sachgerechte Änderung des FAG 2012	Der erste Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des FAG 2012 hält entgegen den früheren Entschließungen des Landtages unverändert an dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz fest. Die tatsächlichen Finanzbedarfe der Kommunen insbesondere für die bundes- und landesgesetzlich festgelegten Pflichtaufgaben werden nach wie vor ignoriert und eine aufgabengerechte Finanzausstattung nicht erreicht. Nach der 1. Kabinettsbefassung im Januar 2011 wird die Verbandsanhörung eingeleitet. Die Stadt Neubrandenburg erwartet eine kritische Auseinandersetzung des Landes mit den Finanzbedarfen der Kommunen und im Ergebnis eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen für 2012.

4.2. Maßnahmen der Fachbereiche

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td>Büro OB</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2006/0/1</td><td>Reduzierung der Personalaufwendungen im OB Bereich</td><td>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.1 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des OB-Bereiches zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.

Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden nachfolgende Einsparungen erwartet. Den Einsparungen für den Sachaufwand liegt dabei der Kalkulationswert des LRH von 5 TEUR je eingesparter Stelle zugrunde. Mit der jeweiligen Haushaltsplanung ist die konkrete Umsetzung zu prüfen.

<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 1 - Senkung der Personalaufwendungen</td><td>4,3</td><td>265,0</td><td>266,3</td><td>284,5</td><td>301,1</td></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 1 - Senkung der Sachaufwendungen</td><td>0,0</td><td>20,0</td><td>20,0</td><td>20,0</td><td>23,7</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>Beteiligungs-management</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2011/BM/1
(alt 2009/1/3)</td><td>Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH</td><td>Die Veräußerung von Anlagevermögen aus im Rahmen städtebaulicher Erschließungsmaßnahmen errichteten an die neu.sw zu übertragenden Ver- und Entsorgungsanlagen ist beginnend ab 2010 vorbereitet. Die Prüfung der Unschädlichkeit hinsichtlich ehemals ausgereichter Fördermittel durch das zuständige Referat im Wirtschaftsministerium MV ist noch nicht abgeschlossen; aufgrund der unverändert ausstehenden Entscheidung ergibt sich eine weitere Verzögerung der Umsetzung.</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>Als Zwischenlösung wird der Abschluss eines kostenpflichtigen Nutzungsvertrages mit neu.sw vorbereitet.

<table>
<tr><th>Einsparungen bzw. Liquiditätszufluss in TEUR (Basis Planentwurf 2011)</th><th>2011</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>6.1.2.01 - Erhöhung der Erträge aus Pachten</td><td>147,0</td><td>147,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td></tr>
<tr><td>6.1.2.01 - Einzahlung aus Verkauf</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>2.000,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2011/BM/2
(alt 2009/1/5)</td><td>Prüfung der Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen</td><td>Im Zuge der Umsetzung des LNOG und des damit einhergehenden Aufgabenübergangs auf den Landkreis sind entsprechende Beteiligungsveräußerungen zu untersuchen.

Die Stadt ist in Höhe ihrer Anteile (56,3 %) am jährlichen Verlustausgleich der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT) beteiligt, indirekt auch an den Zuschüssen seitens der Stadtwerke (NVB; Anteil 12,3 %). Der Betrieb des Flughafens ist eine Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung. Daher wird angestrebt, einen höheren Anteil als derzeit 30 %, mindestens jedoch 50 % an den neuen Landkreis zu übertragen.

Gleiches gilt für die Beteiligung an der TIG Technologie-, Innovations- und Gründerzentrum Neubrandenburg GmbH (TIG; Anteil derzeit 100 %) und an der Zentrum für Lebensmitteltechnologie Mecklenburg-Vorpommern GmbH (ZLT; Anteil derzeit 75 %).
<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2015</th></tr>
<tr><td>Zuschusssenkung um</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>5.4.7.02 - FNT (Anteil -20 %)</td><td>31,0</td><td>31,0</td><td>31,0</td><td>31,0</td><td>31,0</td></tr>
<tr><td>6.2.6.01 - TIG (Anteil -50 %)</td><td>67,0</td><td>67,0</td><td>67,0</td><td>67,0</td><td>67,0</td></tr>
<tr><td>6.2.6.01 - ZLT (Anteil -50 %)</td><td>30,0</td><td>30,0</td><td>30,0</td><td>30,0</td><td>30,0</td></tr>
<tr><td>insgesamt:</td><td>128,0</td><td>128,0</td><td>128,0</td><td>128,0</td><td>128,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2011/BM/3
(alt 2010/0/1)</td><td>Umstellung des Zuschusses an die Theater und Orchester GmbH auf ein leistungsangebotsorientiertes Modell</td><td>Die auf Seite 31 enthaltene Erläuterung für die Maßnahme 2011/BM/3 (alt 2010/0/1) ist durch folgende Erläuterung zu ersetzen:

Nachdem die Einführung eines Theaterverbundmodells nicht mehr umsetzbar war, haben sich die Gesellschafter in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 03.02.10 auf die Weiterentwicklung des am 13.07.10 beschlossenen Finanzierungsmodells verständigt. Im Planentwurf 2011 sind nunmehr 1.942 TEUR als Zuschuss der Stadt an die Theater und Orchester GmbH veranschlagt. Für die Folgejahre wird auf der Grundlage dieses Modells eine jährliche Einsparung des städtischen Zuschusses i. H. v. voraussichtlich 67 TEUR erwartet.

<table><tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr><tr><td>2.6.1.01 - Zuschusssenkung</td><td>67,0</td><td>67,0</td><td>67,0</td><td>67,0</td><td>67,0</td></tr></table></td></tr>
<tr><td>2011/BM/4
(alt 2010/0/2)</td><td>Erhöhung des Anteils an der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH seitens der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH</td><td>Gemäß dem Unternehmensgegenstand der neu.sw Versorgung – Entsorgung - Verkehr, in Übereinstimmung mit Management- und Dienstleistungsbeziehungen und zum Ausbau der Kooperation wird als Ergänzung bzw. Alternative zur Maßnahme 2011/BM/2 (alt 2009/1/5) die Übertragung weiterer FNT-Anteile an die neu.sw geprüft (z. B. Zielanteil 38,6 %, d. h. Übertragung von 26,3 %). Eine Zuschussreduzierung unter Nutzung steuerlicher Effekte wird angestrebt.

<table><tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2011</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr><tr><td>5.4.7.02 - Zuschusssenkung</td><td>18,0</td><td>73,0</td><td>73,0</td><td>73,0</td><td>73,0</td><td>73,0</td></tr></table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td>2011/BM/5</td><td>Übertragung der Stadtwirtschaft Neubrandenburg GmbH (SWN) an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)</td><td>Im Rahmen der Landkreisneuordnung geht die Abfallentsorgung auf den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte über, die Beteiligung an der SWN wäre zu übertragen. Als Alternative wird angestrebt, die Aufgabenträgerschaft durch eine Vereinbarung mit den Landkreisen zu erhalten und neu.sw mit der künftigen Wahrnehmung zu beauftragen, um die Abfallentsorgung in den Aufgabenverbund Versorgung – Entsorgung – Verkehr unter Nutzung vorhandener Synergiepotenziale einzugliedern. Die Anteile an der SWN werden zur künftigen Aufgabenerledigung übertragen, ein Gutachten zum Wert der Unternehmensanteile liegt bereits vor.
<table>
<tr><th>Auswirkungen in TEUR (Basis Planentwurf 2011)</th><th>2011</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>6.2.6.01 - Einzahlung (Nettoverkaufserlös)</td><td>3.700,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td></tr>
<tr><td>5.3.7.01 - Gewinnausschüttung</td><td></td><td>-276,0</td><td>-276,0</td><td>-276,0</td><td>-276,0</td><td>-276,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2011/BM/6</td><td>Übertragung des Pflegeheimes an die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES)</td><td>Gemäß Grundsatzbeschluss 193/13/10 vom 18.11.2010 werden ein Unternehmenskonzept für die Fortführung des Pflegeheimbetriebes bei Integration in die NEUWOGES-Gruppe aufgestellt und weitere Rahmenbedingungen geprüft. Mit Vorliegen des Jahresabschlusses 2010 ist angestrebt, unter Auskehrung von nicht betriebsnotwendigem Eigenkapital die Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH und die Übertragung an die NEUWOGES vorzunehmen. Im Kaufvertrag wird eine Nachbewertungsklausel zum Kaufpreis aufgenommen.
<table>
<tr><th>Liquiditätszufluss in TEUR (Basis Planentwurf 2011)</th><th>2011</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>6.2.6.01 - Kapitalauskehrung aus dem Eigenbetrieb</td><td>1.000,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td></tr>
<tr><td>6.1.6.01 - Einzahlung aus Verkauf</td><td>200,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>0,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2011/BM/7</td><td>Gewinnausschüttung der Ostmecklenburgisch-Vorpommerschen Verwertungs- und Deponie GmbH (OVVD)</td><td>Die OVVD erzielt im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit Überschüsse, die zur Risikovorsorge als Kapitalrücklage thesauriert werden (per 2009: 15,6 Mio. EUR). Gemäß § 75 Abs. 1 KV M-V ist im Benehmen der Gesellschafter zu prüfen, inwiefern Gewinne anteilig zur Ausschüttung gelangen können (davon sind ca. 60 % dem Gebühren- und 40 % dem allgemeinen Haushalt zuzuführen). Als Zielsetzung wird angestrebt, eine jährliche Ausschüttung von rd. 40 TEUR zur Haushaltskonsolidierung beginnend ab 2011 verfügbar zu machen.

<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2011</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>5.3.7.01 - Gewinnausschüttung</td><td>40,0</td><td>40,0</td><td>40,0</td><td>40,0</td><td>40,0</td><td>40,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2011/BM/8</td><td>Vereinbarung zur Grundstücksnutzung Fernwärmeanlagen mit der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)</td><td>neu.sw versorgt einen Großteil des Gebäudebestandes in der Stadt mit Fernwärme auf der Grundlage von umweltfreundlicher, in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugter Energie. Das Heizkraftwerk soll 2014 käuflich erworben werden. Zur Sicherstellung des künftigen Wärmeabsatzes und des Umwelteffektes wird in Zusammenarbeit mit SIM der Erlass einer Fernwärmesatzung mit Abschluss eines Konzessionsvertrages, alternativ der Abschluss eines Gestattungsvertrages für die Fernwärmeanlagen mit neu.sw geprüft.

Dadurch erlangt auch die bestehende Grundstücksnutzung durch die Anlagen eine vertragliche Grundlage und Abgeltung. Im Zusammenhang damit wird die Erzielung eines adäquaten Entgeltes in SIM von mind. 200 TEUR jährlich, beginnend ab 2012 angestrebt. Dies trägt zur Reduzierung des Zuschussbedarfes für den Bereich Straße/Grün bei.</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>
<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>6.2.3.01 - Senkung des Zuschusses an SIM für den Bereich Straße/Grün</td><td>200,0</td><td>200,0</td><td>200,0</td><td>200,0</td><td>200,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2011/BM/9</td><td>Unternehmenskonzept für die SJZ Hinterste Mühle gGmbH (SJZ)</td><td>Die weitere Tätigkeit der SJZ wird vom Zuständigkeitsübergang für Pflichtaufgaben der Jugendhilfe auf den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, sich ändernden Arbeitsförderungsbedingungen und Zielvorstellungen, den Standort Hinterste Mühle für weitere Funktionen besser nutzbar zu machen, maßgeblich beeinflusst. Mit dem Landkreis ist die künftige Kostenbeteiligung an der Durchführung offener Kinder- und Jugendarbeit zu prüfen. Über Bürgerarbeit sind die erforderlichen Beschäftigten abzusichern. Es sind Interessensbekundungsverfahren als Ausflugsstandort und für den Reitbetrieb vorgesehen. Auf der Grundlage dieser Prüfungen wird das Unternehmenskonzept präzisiert mit der Zielstellung, den Zuschussbedarf weiter zu senken. Nach Klärung der Rahmenbedingungen wird der mögliche Reduzierungseffekt ermittelt.

Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2011/BM/10</td><td>Künftiges Gewinnausschüttungspotenzial der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES)</td><td>Die NEUWOGES verzeichnet unter anderem im Ergebnis der Umsetzung eines Sanierungskonzeptes seit 2006 ausgeglichene Jahresergebnisse. Die diesbezügliche Vereinbarung mit Gläubigerbanken schließt eine Gewinnabführung bis 2015 aus. Gleichzeitig zeichnet sich für die Zeit nach 2015 ein neuerlicher Bedarf zur Reduzierung des Wohnungsbestandes (ISEK) ab. Mit NEUWOGES werden grundsätzliche Möglichkeiten und die Rahmenbedingungen für eine regelmäßige Ergebnisabführung ab 2016 gemäß § 75 Abs. 1 KV M-V mit einer Zielorientierung auf eine abzuführende Eigenkapitalrendite von ca. 1 % geprüft.

Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>Fachbereich 1</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2006/1/1</td><td>Reduzierung der Personalaufwendungen im</td><td>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.2 enthaltenen Einsparvorgaben zur</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td>Fachbereich 1</td><td>Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des Fachbereiches 1 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.

Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden nachfolgende Einsparungen erwartet. Den Einsparungen für den Sachaufwand liegt dabei der Kalkulationswert des LRH von 5 TEUR je eingesparter Stelle zugrunde. Mit der jeweiligen Haushaltsplanung ist die konkrete Umsetzung zu prüfen.

<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 2 - Senkung der Personalaufwendungen</td><td>123,7</td><td>1.023,9</td><td>1.125,4</td><td>1.255,3</td><td>1.305,9</td></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 2 - Senkung der Sachaufwendungen</td><td>11,9</td><td>112,1</td><td>119,6</td><td>124,6</td><td>132,1</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2006/1/4</td><td>Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements</td><td>Durch die weitere Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements ist die Zinsbelastung zu minimieren. Dazu soll zunächst die noch ausstehende Auswertung aus der Projektteilnahme „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ genutzt werden. Darüber hinaus wird die Einführung eines Cashmanagements der Stadt Neubrandenburg mit den Eigengesellschaften und Eigenbetrieben unter Berücksichtigung vorgesehener Veräußerungen geprüft.

Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2007/1/2</td><td>Einführung der elektronischen Archivierung der Kassenbelege</td><td>Mit der Einführung eines elektronischen Rechnungseingangsbuches wurde der Aufbau eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) begonnen. Dies war zunächst mit Mehraufwand in der Abarbeitung verbunden. Erst mit den darauf aufsetzenden Bausteinen (Nutzung eines dezentralen Erfassungsclients und elektronischer Signaturpads) wird die Erstellung automatisierter Auszahlungsanordnungen ermöglicht und damit ein deutlicher Effizienzgewinn erreicht.</td></tr>
</table>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		Im Ergebnis der Umsetzung wird eine Stellenreduzierung von 0,6 VzÄ erwartet. Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/1/1 nachgewiesen.
2007/1/3	Schaffung einer Schnittstelle für die Fachsoftware Vollstreckung und mps	An der Umsetzung dieser Maßnahme wird bereits gearbeitet. Durch aufgetretene Software-Probleme sind Verzögerungen eingetreten. Im Ergebnis der Umsetzung wird eine Stellenreduzierung von 0,2 VzÄ erwartet. Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/1/1 nachgewiesen
2009/1/2	Automatische Verbuchung der Kontoumsätze	Die Einführung notwendiger Voraussetzungen für eine automatische Verbuchung ist fortzusetzen. Die Schaffung weiterer Schnittstellen von Fachverfahren zu mps ist weiter voranzutreiben. Im 1. Halbjahr 2011 erfolgt ein neuer Testlauf der automatischen Verbuchung der Kontoumsätze. Nach erfolgreicher Umsetzung wird ein Einsparpotenzial von mindestens 1,0 VzÄ erwartet. Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/1/1 nachgewiesen.
2010/1/1	Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer	Der LRH M-V hält eine weitere Erhöhung auf 550 v. H. für die Grundsteuer B und auf 420 v. H. für die Gewerbesteuer für geboten. Nur so ist ein ausreichender direkter Beitrag der Bürger zur Haushaltskonsolidierung zu erzielen. Erste Diskussionen zeigten, dass es schwierig ist, in der Stadtvertretung Mehrheiten für Beschlüsse mit weiteren direkten finanziellen Belastungen für die Bürger zu finden. Für 2011 ist der Erlass einer Hebesatzsatzung für die Realsteuern beabsichtigt. Damit wird die Veröffentlichung und Inkraftsetzung der Hebesätze von der Genehmigung der Haushaltssatzung abgekoppelt.
2011/1/1	Anpassung der Hundesteuersatzung	Die letzte Anpassung der Hundesteuersatzung erfolgte zum 01.01.2006. Mit den gegenwärtigen Steuersätzen liegt die Stadt Neubrandenburg unterhalb des Durchschnitts der kreisfreien Städte in M-V. Sie ist auf Grund der prekären finanziellen Lage gehalten, alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Erträge auszuschöpfen.

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>Durch eine Anhebung der Steuersätze werden mindestens jährlich 30 TEUR Mehrerträge erwartet.

<table><tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr><tr><td>6.1.1.01 - Mehrerträge</td><td>30,0</td><td>30,0</td><td>30,0</td><td>30,0</td><td>30,0</td></tr></table></td></tr>
<tr><td>2011/1/2</td><td>Überprüfung der Eingruppierungen und Bewertungen für die nach Aufgaben- und Personalübergang an den neuen Landkreis bei der Stadt Neubrandenburg verbleibenden Beschäftigten und Beamten</td><td>Nach Aufgaben- und Personalübergang im Rahmen der Umsetzung des LNOG sind die Stellenbeschreibungen zu prüfen, ggf. zu aktualisieren sowie die Eingruppierungen und Bewertungen zu überprüfen.

Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>Fachbereich 2</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2006/2/1</td><td>Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 2</td><td>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.3 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des Fachbereiches 2 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.

Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden nachfolgende Einsparungen erwartet. Den Einsparungen für den Sachaufwand liegt dabei der Kalkulationswert des LRH von 5 TEUR je eingesparter Stelle zugrunde. Mit der jeweiligen Haushaltsplanung ist die konkrete Umsetzung zu prüfen.

<table><tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr><tr><td>Teilhaushalt 3 - Senkung der Personalaufwendungen</td><td>56,1</td><td>329,5</td><td>498,5</td><td>669,2</td><td>757,6</td></tr></table></td></tr>
</table>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		Teilhaushalt 3 - Senkung der Sachaufwendungen: 15,0 / 17,5 / 22,5 / 32,5 / 35,0
2007/2/3	Überprüfung der Schnittstellen zwischen der Kernverwaltung, SIM und den Sanierungsträgern	Zur Überprüfung der Geschäftsprozesse und Aufgabenverteilung zur Durchführung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen sowie zur Entwicklung des städtebaulichen Sondervermögens wurde eine Organisationsuntersuchung begonnen. Erste Problemfelder wurden bereits benannt. Ziel ist es, im Sinne einer effektiven Projektsteuerung Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und umzusetzen. Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.
2011/2/1 (alt 2009/4/2)	Prüfung der Möglichkeiten der Senkung des Nettoaufwandes der Stadt als Wohnsitzgemeinde für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	Im Hinblick auf die bei der Stadt Neubrandenburg verbleibende Aufgabe der örtlichen Wohnsitzgemeinde ist im Zusammenwirken mit dem Fachbereich 4 die Analyse der Ursachen für einen überdurchschnittlich hohen Nettoaufwand der Stadt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege fortzuführen. Schwerpunkt in der weiteren Arbeit zwischen den kreisfreien Städten ist es, nach Möglichkeiten einer transparenten Darstellung der Kostenkalkulationen und Pauschalierungen zu suchen. Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.
Fachbereich 3		
2006/3/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 3	Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.4 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des Fachbereiches 3 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können. Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden nachfolgende Einsparungen erwartet. Den Einsparungen für den Sachaufwand liegt dabei der Kalkulationswert des LRH von 5 TEUR je eingesparter Stelle zugrunde. Mit der jeweiligen Haushaltsplanung ist die konkrete Umsetzung zu prüfen.

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>
<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 4 - Senkung der Personalaufwendungen</td><td>242,0</td><td>334,8</td><td>368,3</td><td>403,2</td><td>437,5</td></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 4 - Senkung der Sachaufwendungen</td><td>15,0</td><td>15,0</td><td>15,0</td><td>17,5</td><td>20,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2007/3/1</td><td>Umsetzung des Logistikkonzeptes für die Berufsfeuerwehr</td><td>Die Umstellung des Container- und Gitterboxensystems auf ein Anhängersystem wird im 1. Halbjahr 2011 beendet. Nach vollständiger Umsetzung sollte die Einsparung der Funktion Sonderfahrzeugmaschinist (drei Stellen) ermöglicht werden. Zwei Stellen wurden bereits aufgrund des nachgewiesenen Bedarfs zur Integrierten Leitstelle verlagert. Für die dritte Stelle wurde die Verlagerung zum Sachgebiet Vorbeugender Brandschutz beantragt. Eine Entscheidung hierzu steht noch aus.

Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/3/1 nachgewiesen.</td></tr>
<tr><td>2008/3/3</td><td>Prüfung der Möglichkeiten für die Bereitstellung der Dienste der Kfz-Zulassungs- und der Führerscheinstelle für umliegende Landkreise und Gemeinden</td><td>Den Vertretern des Aufbaustabes wurde diese Möglichkeit zur Behandlung vorgelegt. Sollten die betroffenen Gebietskörperschaften hinsichtlich einer solchen Verfahrensweise grundsätzliche Übereinstimmung erzielen, wird die AG Ordnung und Sicherheit beauftragt, eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung vorzubereiten.

Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2010/3/2</td><td>Prüfung der Reduzierung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros</td><td>Im Ergebnis der Prüfung liegt ein Vorschlag zur Reduzierung der Öffnungszeiten um 5 Stunden/Woche, die sehr gering frequentiert sind, vor. Eine Stellenreduzierung wird aufgrund der längeren Bearbeitungszeiten des neuen Personalausweises jedoch durch diese Reduzierung nicht ermöglicht. Damit könnten aber zu den hoch frequentierten Öffnungszeiten alle Kundenbearbeiterplätze besetzt werden, sodass akzeptable Wartezeiten gehalten werden.
Eine Entscheidung soll nach Auswertung der tatsächlichen Belastung durch die Einführung des elektronischen Personalausweises im Haushaltsjahr 2011 erfolgen.

Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td>2011/3/1
(alt 2008/2/3)</td><td>Überarbeitung des Konzepts zur Vermeidung bzw. Minderung von Wohnungslosigkeit sowie Neuausrichtung des Vertrages zur Wahrnehmung der Aufgaben der ambulanten Wohnungsnotfallhilfe</td><td>Die Vereinbarung mit dem Leistungsanbieter wurde für 2011 verlängert mit der ausdrücklichen Maßgabe, dass ab 2012, insofern eine Neuordnung notwendig werden wird, da die Stadt diese Aufgabe ab 04.09.11 als kreisangehörige Gemeinde in der ausschließlichen Funktion als Ordnungsbehörde wahrnimmt. Das Konzept zur Vermeidung bzw. Minderung von Wohnungslosigkeit (Beschluss 594/34/02) ist entsprechend zu überarbeiten.

Mögliche Einsparungen sind im Rahmen der Überarbeitung des bisherigen Konzepts zur Vermeidung bzw. Minderung von Wohnungslosigkeit zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2011/3/2</td><td>Prüfung Nachtabsenkung der Dienststärke der Berufsfeuerwehr</td><td>Durch das Zusammenwirken der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Neubrandenburg und der Gemeinden Ihlenfeld, Rowa, Wulkenzin, Chemnitz und Woggersin ist es theoretisch möglich, den abwehrenden Brandschutz auf dem bestehenden Sicherheitsniveau sicherzustellen. Es wird geprüft, ob Synergieeffekte beim abwehrenden Brandschutz mit den Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden möglich sind, mit dem Ziel ein Löschgruppenfahrzeug der BF durch ein Löschgruppenfahrzeug der FF zu ersetzen.

Mit Umsetzung dieser Maßnahme könnte eine Einsparung von bis zu 6 Stellen im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr möglich sein. Durch Verrechnung der dabei entstehenden Lohnausfallkosten für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren könnte eine Einsparung von ca. 100 TEUR p.a. möglich sein.

<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>1.2.6.01 - Aufwandssenkung</td><td>0,0</td><td>0,0</td><td>100,0</td><td>100,0</td><td>100,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>Fachbereich 4</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2006/4/1</td><td>Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 4</td><td>Es wird davon ausgegangen, dass die Aufgaben und das Personal des Fachbereiches 4 zum 04.09.2011 an den neuen Landkreis übergehen. Dies wurde in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2012 bereits berücksichtigt. Aus diesem Grund wird auf weiterführende organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen verzichtet. Das Einsparpotenzial aus den kw-Vermerken ist nachrichtlich im Personalkonzept Punkt 3.3.5 enthal-</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>ten.</td></tr>
<tr><td>2009/4/2</td><td>Prüfung der Möglichkeiten der Senkung des Nettoaufwandes der Stadt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege</td><td>Im Zusammenwirken mit dem Fachbereich 2 ist die Analyse der Ursachen für einen überdurchschnittlich hohen Nettoaufwand der Stadt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege fortzuführen. Schwerpunkt in der weiteren Arbeit zwischen den kreisfreien Städten ist es, nach Möglichkeiten einer transparenten Darstellung der Kostenkalkulationen und Pauschalierungen und im Ergebnis Einsparungen zu suchen.

Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2010/4/1</td><td>Prüfung von Möglichkeiten zur Verringerung der Belastung des städtischen Haushaltes aus den Leistungen für Hilfen zur Erziehung</td><td>Mit dem Vorliegen der Erkenntnisse aus der Integrierten Berichterstattung M-V wird eine konkretere Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik möglich.

Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2011/4/1
(alt 2010/3/1)</td><td>Neuausrichtung der Suchtberatung</td><td>Eine weitere Einsparung ist für 2012 durch eine Reduzierung des Beraterschlüssels um 0,5 VzÄ bei der Beratungs- und Behandlungsstelle für Sucht- und Drogenkranke und -gefährdete (BBSD) des Suchthilfezentrums vorgesehen.

<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2010)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>4.1.4.05 - Aufwandssenkung</td><td>17,0</td><td>17,0</td><td>17,0</td><td>17,0</td><td>17,0</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>Fachbereich 8</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>2010/8/1</td><td>Optimierung der Leistungen der Regionalbibliothek unter Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten</td><td>Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform ist die Optimierung von Leistungen der Regionalbibliothek durch die Schaffung von Verbundlösungen hinsichtlich:
- der digitalen Bibliothek („onleihe“)
- des Wissensmanagements für Städte und Gemeinden (LexisNexis)
- eines Netzwerkes „Bibliothekssoftware Mecklenburgische Seenplatte“ im Kreis zu erwarten.
Erste Beratungen dazu erfolgten mit Vertretern der Träger von Gemeindebibliotheken.</td></tr>
</table>

<table>
<tr><th>Maßnahme-Nr.</th><th>Maßnahme</th><th>Erläuterung</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2010/8/2</td><td>Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen</td><td>Die Entgeltordnung für die Städtischen Museen wurde zuletzt 2008 angepasst. Für besonders kostenintensive Ausstellungen werden Entgeltfestlegungen flexibler vorgenommen. In Vorbereitung der Inbetriebnahme der Ausstellungen des Regionalmuseums im Franziskanerkloster soll eine weitere Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen erfolgen.

Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</td></tr>
<tr><td>2010/8/4</td><td>Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 8</td><td>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.6 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des Fachbereiches 8 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.

Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden nachfolgende Einsparungen erwartet. Den Einsparungen für den Sachaufwand liegt dabei der Kalkulationswert des LRH von 5,0 TEUR je eingesparter Stelle zugrunde. Mit der jeweiligen Haushaltsplanung ist die konkrete Umsetzung zu prüfen.

<table>
<tr><th>Einsparungen in TEUR
(Basis Planentwurf 2011)</th><th>2012</th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 8 - Senkung der Personalaufwendungen</td><td>60,6</td><td>116,3</td><td>217,7</td><td>304,8</td><td>413,0</td></tr>
<tr><td>Teilhaushalt 8 - Senkung der Sachaufwendungen</td><td>4,9</td><td>24,5</td><td>26,9</td><td>26,9</td><td>26,9</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>2011/8/1
(alt 2007/4/1)</td><td>Reduzierung der Zuwendungen für freiwillige Leistungen im Bereich Kultur auf ein der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt entsprechend angemessenes Maß</td><td>Im Hinblick auf die Vorschläge des LRH sind die Zuwendungen für freiwillige Leistungen im Bereich Kultur einer kritischen Prüfung mit dem Ziel einer vertretbaren weiteren Reduzierung zu unterziehen.</td></tr>
</table>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.
2011/8/2 (alt 2009/4/3)	Anpassung der Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung	Im Hinblick auf die sich nach der Kreisgebietsreform ergebende veränderte Nutzerstruktur für die Sportstätten der Stadt Neubrandenburg ist die Förderrichtlinie anzupassen. Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/3 (alt 2010/4/2)	Senkung der Aufwendungen für die Sportstättenförderung durch eine Optimierung der Sportstättenauslastung	Im Ergebnis der Optimierung der Sportstättenauslastung sind Sportstättenkapazitäten freizusetzen, die zu einer Reduzierung der Sportstättenförderung führen sollen. Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/4 (alt 2007/4/10)	Erwirkung der Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen der Regionalbibliothek durch das Land M-V	Um die kulturhistorisch bedeutsamen Sammlungen der Regionalbibliothek als unverzichtbaren Bestandteil der Bibliotheksstruktur des Landes M-V und für die Region weiterhin vorhalten zu können, ist eine Förderung des Landes zu erwirken. Mit der begonnenen Erarbeitung einer Landesbibliothekskonzeption M-V werden Änderungen erwartet. Mögliche Einsparungen ergeben sich im Ergebnis der Entscheidung des Landes.
2011/8/5 (alt 2007/4/11)	Erwirkung einer Förderung der Annalise-Wagner-Stiftung durch den neuen Landkreis	Im Zusammenhang mit der Bildung des neuen Landkreises Mecklenburgische Seenplatte soll die Maßnahme dem Kooperationsstab zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden. Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/6 (alt 2007/4/13)	Anpassung der Gebührenordnung des Stadtarchivs	Bei der nächsten planmäßigen Änderung der Verwaltungsgebührensatzung werden die Gebühren für die Inanspruchnahme der Leistungen des Stadtarchivs entsprechend angepasst. Ein interkommunaler Vergleich der aktuellen Archivgebührensatzungen aller kreisfreien Städte M-V wird zugrunde gelegt. Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/7 (alt 2007/4/16)	Erwirkung einer Förderung der Museen durch die umliegenden Landkreise	Bisherige Gespräche mit den umliegenden Landkreisen erbrachten noch kein Ergebnis. Die Aufgabe wird im Zusammenhang mit der Bildung des Kreises Mecklenburgische Seenplatte in der zeitweiligen Arbeitsgruppe Kultur und Kunst beim Kooperationsstab mittels einer Beschlussvorlage für den Kooperationsstab in die Diskussion gebracht. Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
2011/8/8 (alt 2007/4/17)	Optimierung der Depot- und Sammlungsstruktur der Museen	Der Freizug der bisherigen Standorte für Museumshintergrund Poststraße und Bienenweg erfolgte zum Jahresende 2010 mit Fertigstellung des Telegrafenamtes und Zollhauses. Der Nachweis der Einsparungen aus den frei gezogenen Standorten steht noch aus.
2011/8/9 (alt 2007/4/30)	Prüfung einer Automatisierung der Verbuchungsplätze in der Regionalbibliothek	Moderne RFID-Technologie in der Regionalbibliothek wird mit der Realisierung des Vorhabens Umbau des HKB zum Medien- und Veranstaltungszentrum eingeführt. Die Planungen werden aufgrund eines kontinuierlichen Kontaktes zu den führenden Technologie-Anbietern laufend angepasst. Die Einsparungen werden unter der Maßnahme 2010/8/4 nachgewiesen.
2011/8/10 (alt 2009/4/1)	Zusammenführung wertvoller literarischer Sammlungen und kulturhistorischer Archivgüter	Seit 01.12.2010 arbeiten zwei Mitarbeiterinnen an der Aufnahme, Digitalisierung und Bewertung der Fotosammlungen des Regionalmuseums und des Stadtarchivs in Vorbereitung der Einrichtung eines einrichtungs- und sammlungsübergreifenden Rechercheportals für die Stadt Neubrandenburg und die Region. Synergien bei der körperlichen Zusammenführung von Archiven und Sammlungen der Stadt werden im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens Medien- und Veranstaltungszentrum erwartet. Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
SIM		
2010/9/1	Senkung des Zuschusses für den Bereich Straße/Grün	Weitere Absenkungen des Zuschussbedarfes sind nur über konsequente Nichtbewirtschaftung von Flächen oder Entgelterhebung von Dritten möglich und erfordern ein striktes Umdenken des bisherigen eingehaltenen Niveaus und Umfangs. Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.
2010/9/2	Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung	Im Hinblick auf die Verwaltungsreform 2011 werden für das Planjahr 2011 die internen Mieten nachkalkuliert und auf die geänderte Verwaltungsstruktur angepasst. Berücksichtigt werden insbesondere Einsparpotentiale durch optimierte Belegungen und Nutzungen von Schulen und Vereinen, in deren Folge Turnhallen geschlossen werden konnten. Nicht vorhersehbare Auswirkungen politischer und struktureller Veränderungen und saisonaler Einflüsse können die geplanten Ergebnisse des Abrechnungszeitraumes sowie

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		des Folgeplanjahres beeinflussen. Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.

4.3 Zusammenfassung über die Auswirkungen der finanziellen Verbesserung der Einzelmaßnahmen zur Haushaltssicherung bis 2016

4.3.1 Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

(Angaben in TEUR)

Bereich	Veränderung Haushaltsjahr 2011 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2012 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2013 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2014 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2015 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2016 (Basis Plan 2011)
Allgemeine Maßnahmen insgesamt	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Gesamt Büro OB	**0,0**	**4,3**	**285,0**	**286,3**	**108,9**	**324,8**
Gesamt Beteiligungsmanagement	**205,0**	**379,0**	**232,0**	**232,0**	**232,0**	**232,0**
Gesamt FB 1	**0,0**	**135,6**	**1.136,0**	**1.245,0**	**1.379,9**	**1.438,0**
Gesamt FB 2	**0,0**	**71,1**	**347,0**	**521,0**	**701,7**	**792,6**
Gesamt FB 3	**0,0**	**257,0**	**349,8**	**483,3**	**520,7**	**557,5**
Gesamt FB 4*	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Gesamt FB 8	**0,0**	**65,5**	**140,8**	**244,6**	**331,7**	**439,9**
Gesamt SIM	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Maßnahmen insgesamt	**205,0**	**912,5**	**2.490,6**	**3.012,2**	**3.274,9**	**3.784,8**
nachrichtlich: **Jahresergebnis lt. Haushaltsplan 2011 ohne HSK**	**-25.117,8**	**-11.834,9**	**-15.162,3**	**-9.803,5**	**-9.803,5**	**-9.803,5**
Jahresergebnis unter Berücksichtigung HSK	**-24.912,8**	**-10.922,4**	**-12.671,7**	**-6.791,3**	**-6.528,6**	**-6.018,7**

* Die im Rahmen der Umsetzung des LNOG an den neuen Landkreis zu übertragenden Aufgaben wurden in der mittelfristigen Finanzplanung durch Wegfall des FB 4 und Belastung einer geschätzten Kreisumlage ab 2012 berücksichtigt. Deshalb werden keine weiteren Einsparungen für den FB 4 erwartet.

4.3.2 Auswirkungen auf den Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushaltes

(Angaben in TEUR)

Bereich	Veränderung Haushaltsjahr 2011 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2012 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2013 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2014 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2015 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2016 (Basis Plan 2011)
Allgemeine Maßnahmen insgesamt	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Gesamt Büro OB	**0,0**	**4,3**	**285,0**	**286,3**	**108,9**	**324,8**
Gesamt Beteiligungsmanagement	**205,0**	**379,0**	**232,0**	**232,0**	**232,0**	**232,0**
Gesamt FB 1	**0,0**	**135,6**	**1.136,0**	**1.245,0**	**1.379,9**	**1.438,0**
Gesamt FB 2	**0,0**	**71,1**	**347,0**	**521,0**	**701,7**	**792,6**
Gesamt FB 3	**0,0**	**257,0**	**349,8**	**483,3**	**520,7**	**557,5**
Gesamt FB 4*	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Gesamt FB 8	**0,0**	**65,5**	**140,8**	**244,6**	**331,7**	**439,9**
Gesamt SIM	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Maßnahmen insgesamt	**205,0**	**912,5**	**2.490,6**	**3.012,2**	**3.274,9**	**3.784,8**
nachrichtlich: **Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen lt. Haushaltsplan 2011 ohne HSK**	**-16.372,9**	**-4.337,2**	**-7.475,9**	**-2.176,9**	**-2.176,9**	**-2.176,9**
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen lt. Haushaltsplan 2011 unter Berücksichtigung HSK	**-16.167,9**	**-3.424,7**	**-4.985,3**	**835,3**	**1.098,0**	**1.607,9**

***** Die im Rahmen der Umsetzung des LNOG an den neuen Landkreis zu übertragenden Aufgaben wurden in der mittelfristigen Finanzplanung durch Wegfall des FB 4 und Belastung einer geschätzten Kreisumlage ab 2012 berücksichtigt. Deshalb werden keine weiteren Einsparungen für den FB 4 erwartet.

4.3.3 Auswirkungen auf den Finanzmittelüberschuss bzw. -fehlbetrag des Finanzhaushaltes

(Angaben in TEUR)

Maßnahme Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Veränderung Haushaltsjahr 2011 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2012 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2013 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2014 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2015 (Basis Plan 2011)	Veränderung Haushaltsjahr 2016 (Basis Plan 2011)
Maßnahmen mit Verbesserungen bei Ein- und Auszahlungen (entsprechend 4.3.2)		**205,0**	**912,5**	**2.490,6**	**3.012,2**	**3.274,9**	**3.784,8**
Maßnahmen mit ausschließlicher Auswirkung auf den Liqiuditätsbestand							
2011/BM/1	Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH	0,0	0,0	2.000,0	0,0	0,0	0,0
2011/BM/5	Neubrandenburg GmbH (SWN) an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	3.700,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2011/BM/6	Übertragung des Pflegeheimes an die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES)	1.200,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Maßnahmen mit ausschließlicher Auswirkung auf den Liqiuditätsbestand insgesamt		**4.900,0**	**0,0**	**2.000,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Finanzmittelüberschuss bzw. -fehlbetrag lt. Haushaltsplan 2011 ohne HSK		**-15.154,1**	**-5.818,7**	**-7.475,9**	**-2.626,9**	**-2.626,9**	**-2.626,9**
Finanzmittelüberschuss bzw. -fehlbetrag lt. Haushaltsplan 2011 unter Berücksichtigung HSK		**-10.049,1**	**-4.906,2**	**-2.985,3**	**385,3**	**648,0**	**1.157,9**

5. Haushaltsausgleich

Durch die Umsetzung der in diesem Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Maßnahmen ist trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen auch mittelfristig noch kein Jahresüberschuss darstellbar.

Im Finanzhaushalt wird erstmals 2014 ein positiver Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen im Planentwurf 2011 ausgewiesen. Allerdings reicht dieser nicht aus, um die planmäßige Tilgung von Investitionskrediten zu erwirtschaften. Der Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird damit, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, auch nach 2014 weiter ansteigen.

Jahr	Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 01.01.des Jahres in TEUR	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen unter Berücksichtigung HSK in TEUR	planmäßige Tilgung von Investitionskrediten in TEUR	Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Jahres in TEUR
2011	81.938,4	-16.167,9	1.615,0	99.721,3
2012	99.721,3	-3.424,7	1.932,4	105.078,4
2013	105.078,4	-4.985,3	2.171,3	112.235,0
2014	112.235,0	835,3	2.186,3	113.586,0
2015	113.586,0	1.098,0	2.186,3	114.674,3
2016	114.674,3	1.607,9	2.186,3	115.252,7

Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

Inhaltsverzeichnis

1 Zusammenfassung ... 4
2 Zahlen, Daten und Fakten zu Stellen, Personal und Personalaufwand ... 5
2.1 Verwaltungsstruktur ... 5
2.2 Entwicklung Stellen und Personalaufwand 2002 - 2011 ... 6
2.3 Stellenbestand 01.01.2011 ... 8
2.4 Personalbestand 01.01.2011 ... 9
2.5 Ausgewählte Angaben zu Stellen, Personal und Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr ... 10
2.6 Altersstruktur ... 12
2.7 Krankenstand ... 13
2.8 Altersteilzeit und freiwillige Teilzeit ... 14
2.9 Ausbildung ... 15
2.10 Personalaufwand ... 16
2.10.1 Entwicklung Personalausgaben im Verhältnis zu den Ausgaben der laufenden Rechnung 2001 – 2009 ... 16
2.10.2 Personalaufwand nach Fachbereichen 2011 im Vergleich zum Vorjahr ... 17
2.11 Interkommunaler Vergleich ... 18
2.11.1 Stellenpläne der kreisfreien Städte M-V ... 18
2.11.2 Personenstandsstatistik des Statistischen Amtes M-V ... 19
2.11.3 Interkommunaler Vergleich der Personalausgaben ... 20
2.11.3.1 Vergleich Personalausgaben je Einwohner (Euro/Einwohner) mit ausgewählten Städten ... 20
2.11.3.2 Vergleich Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Rechnung mit den kreisfreien Städten M-V ... 21
3 Maßnahmen zur Einsparung von Stellen- und Personalaufwand ... 22
3.1 Abrechnung der Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2010 – 2015 ... 22
3.2 Maßnahmen der Verwaltung ... 23
3.2.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung Verwaltung ... 23
3.2.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial Verwaltung ... 25
3.3 Maßnahmen in den Fachbereichen ... 26
3.3.1 OB-Bereich ... 26
3.3.1.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung OB-Bereich ... 26
3.3.1.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial OB-Bereich ... 27
3.3.2 FB 1 Innere Verwaltung ... 28
3.3.2.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 1 ... 28
3.3.2.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 1 ... 29

3.3.3 FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales 30
3.3.3.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 2 30
3.3.3.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 2 32
3.3.4 FB 3 Sicherheit und Ordnung 32
3.3.4.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 3 32
3.3.4.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 3 34
3.3.5 FB 4 Kreisaufgaben 34
3.3.5.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 4 34
3.3.5.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 4 36
3.3.6 FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule und Sport 37
3.3.6.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 8 37
3.3.6.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 8 39

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Stellen der einzelnen Organisationseinheiten 2010 im Vergleich zum Vorjahr
Anlage 2 Übersicht freie (NN) und freiwerdende Stellen (Altersabgänge) nach FB
Anlage 3 Stellenplanvergleich der kreisfreien Städte M-V 2010
Anlage 4: Abrechnung der HSK-Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2010 - 2015
Anlage 5: Einsparpotenzial kw 2011 -2016

Abkürzungsverzeichnis

Personal-Ist-Bestand	Alle Beschäftigten, die am Stichtag in einem unmittelbaren entgeltpflichtigen Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis standen und i. d. R. Gehalt, Vergütung oder Lohn aus Haushaltsmitteln beziehen. Hierzu gehören Dauerbeschäftigte, Beschäftigte in Ausbildung, mit Zeitvertrag sowie AFG-Beschäftigte nach § 260 ff und ohne Bezüge Beurlaubte sowie geringfügig (Allein)Beschäftigte.
VZÄ	Vollzeitäquivalente; fiktive Anzahl von Vollzeitbeschäftigten einer Organisationseinheit bei Umrechnung aller Teilzeitarbeitsverhältnisse in Vollzeitarbeitsverhältnisse.
kw	Künftig wegfallend, Stelle fällt zum angegebenen Zeitpunkt weg
kw-P	Künftig wegfallend - Pauschal Die ausgewiesene Monats- und Jahreszahl gibt an, bis zum Ablauf welchen Monats die Beschäftigung der/die Stelleninhaber/in in die ATZ-Freistellungsphase oder in Rente/Pension geht. Aus heutiger Sicht der Fachbereiche soll die Stelle verwaltungsintern nachbesetzt werden. Im Ergebnis einer zeitnahen Überprüfung der Notwendigkeit der Stelle fällt diese oder eine andere Stelle weg. Ausnahme: - Nachbesetzung mit von der Stadt ausgebildeten Nachwuchskräften bzw. - externe Nachbesetzung, wenn Nachbesetzung aus dem vorhandenen Personalbestand nicht abgedeckt werden kann und - im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit keine Nachbesetzungsalternativen gefunden werden konnten

DST	Deutscher Städtetag
StGT M-V	Städte- und Gemeindetag M-V e. V.
Jobcenter	Jobcenter Neubrandenburg, Vier-Tore-Job-Service Neubrandenburg Arbeitsgemeinschaft der Agentur für Arbeit Neubrandenburg und der Stadt Neubrandenburg nach § 44 b des zweiten Buches Sozialgesetzbuch
99-Stellen	Ersatzstellen ATZ während der Freistellungsphase
ATZ	Altersteilzeit
FB	Fachbereich/e
SIM	Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement
LRH	Landesrechnungshof M-V
NK	Nachwuchskräfte
LK MSP	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2011 bis 2016

1 Zusammenfassung

Mit Erlass zur Haushaltssatzung 2010 hält das Innenministerium M-V an seiner Forderung fest, dem HSK eine Fortschreibung des Personalkonzeptes beizufügen. Die wahrgenommenen Aufgaben – und damit auch die Personalausstattung - sind weitgehend der Finanzausstattung anzupassen. Die freiwilligen Aufgaben und der Standard der Aufgabenwahrnehmung bei pflichtigen Aufgaben sind in Frage zu stellen und zu überprüfen und somit auf das Notwendigste zu reduzieren.

Die Stadt Neubrandenburg hält an seiner Zielstellung fest, den Konsolidierungsbeitrag im Rahmen des Personalaufwandes aus dem sehr hohen Einsparpotenzial freiwerdender Stellen (172,4 VZÄ) zu erzielen. D. h.:

- Bis zum 31.12.2015 scheiden von den 654 auf 705 Stellen geführten Beschäftigten 146 Beschäftigte = 22,3 % aus dem aktiven Arbeitsverhältnis aus. Davon sind bereits 54 Beschäftigte in der ATZ-Freistellungsphase. Unter Berücksichtigung der nicht besetzten Stellen und des hohen Krankenstandes besteht bereits zum 01.01.2011 akuter Personalbedarf, auch gemessen an der Vorgabe des LRH im Rahmen seiner überörtlichen Prüfung im Jahr 2009.
- Umsetzung der Einsparvorgaben zur SOLL-Stellenausstattung in den Fachbereichen(VZÄ):

IST 01.01.2011	SOLL HSK (Vorgabe LRH[1])	Abbau HSK (Vorgabe LRH)	mit kw untersetzt	noch zu untersetzen	freie und frei werdende Stellen (Altersabgänge)
640,6	572,8 (548,4)	67,9 (92,3)	55,9	12,0	149,4
100,0 %	90,4 % (85,6 %)	10,6 % (14,4 %)	8,7 %	1,9 %	23,3 %
Nach Aufgabenübergang (ohne FB 4 Kreisaufgaben)					
434,2	386,3 (371,5)	47,9 (62,7)	41,7	6,2	86,2
100,0 %	89 % (84,6 %)	11 % (14,4 %)	9,6 %	1,4 %	25,5 %
Overheadstellen	372,3	16,0	0	16,0	

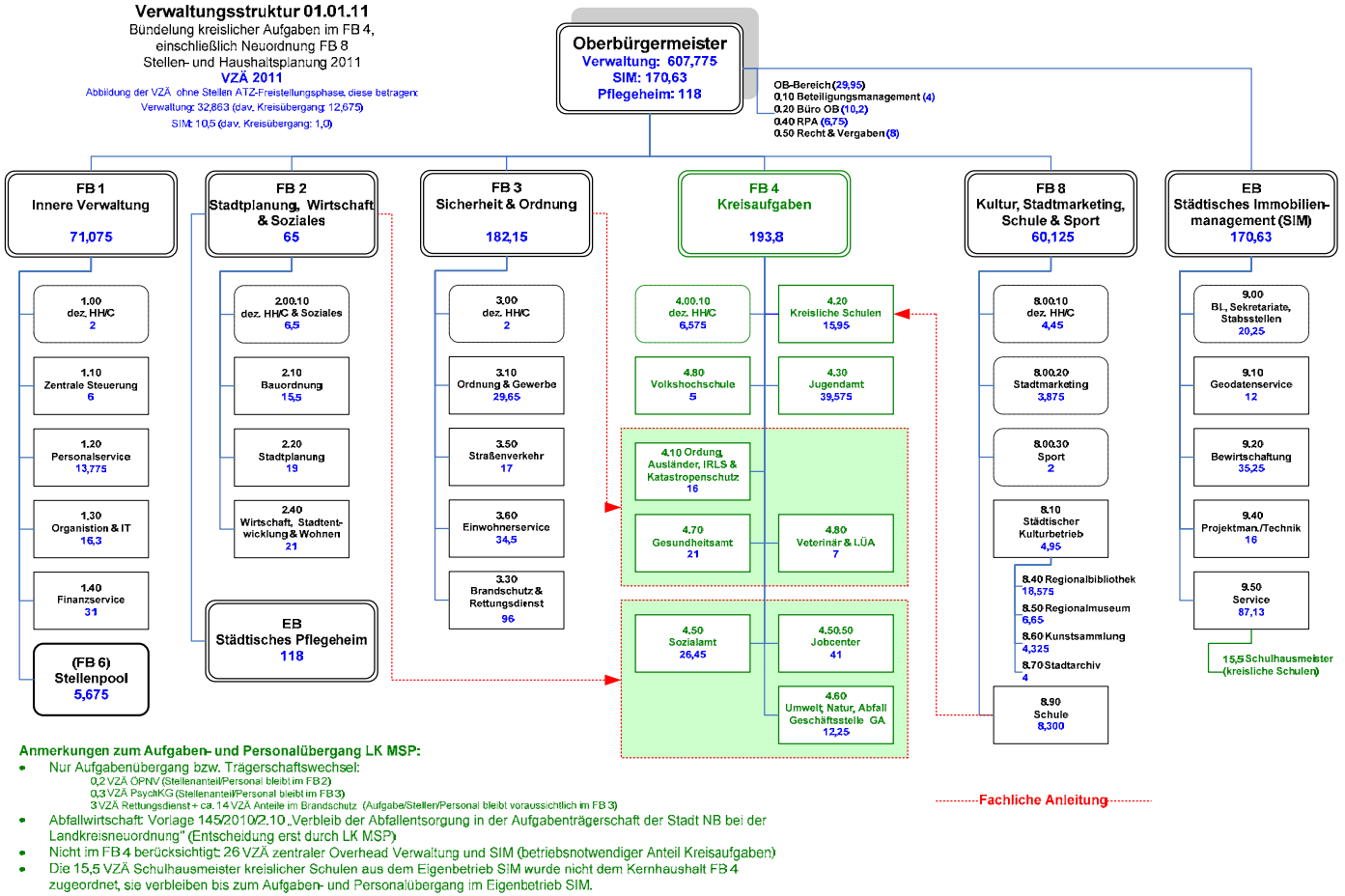
- Für die Bewältigung der kommunalen Aufgaben ist engagiertes Personal auf hohem Qualifikationsniveau erforderlich. Der überdurchschnittlich hohe Altersdurchschnitt (50,3 Jahren) und der Krankenstand (7,4 %) lassen es zielführend erscheinen, die rechnerische Einsparquote von 14,4 % des LRH auf 10,6 % ohne Berücksichtigung der notwendigen Reduzierung des Overheadpersonal nach Aufgabenübergang zu begrenzen. Bereits die Umsetzung der Zielstellungen zum HSK erfordern unter den gegenwärtigen Rahmenbedingen allerhöchste Anstrengungen und Einschnitte in der Aufgabenerfüllung.
- Das Einsparpotenzial aus der Umsetzung der Einsparvorgabe, beträgt ohne Berücksichtigung von Personal- und Sachkostenkostensteigerungen und unter der Bedingung des Aufgaben- und Personalübergangs zum 04.09.2011 jährlich zwischen 10.452.590 und 13.372.033 Euro gegenüber dem Plan 2011.
- Dringend notwendig sind die Einstellung von selbst ausgebildeten Nachwuchskräften zur Verjüngung des Personalkörpers und Personal besonderer Berufsgruppen, um dem Fachkräftemangel in der Verwaltung zu begegnen. Die Nachbesetzung von Stellen orientiert sich dabei an den Maßstäben der vorläufigen Haushaltsführung sowie an der durchschnittlichen Personalausstattung von vergleichbaren Aufgabenbereichen der kreisfreien Städte M-V.
- Die Konsolidierung des Personalkörpers wird durch eine gezielte Personalentwicklung begleitet. Sie soll sicher stellen, dass die Verwaltungsaufgaben dauerhaft in hoher Qualität erfüllt werden können.

[1] Die Vorgabe des LRH basiert auf Daten aus dem Jahr 2009 (Stellenplan) und 2008 (Fallzahlen). Eine notwendige Fortschreibung konnte nicht vorgenommen werden, insofern sind sie in Gänze nicht mehr aussagekräftig.

2 Zahlen, Daten und Fakten zu Stellen, Personal und Personalaufwand

2.1 Verwaltungsstruktur

Mit Stichtag 01.01.2011 stellt sich die Verwaltungsstruktur wie folgt dar:



Verwaltungsgliederung
Anzahl Organisationseinheiten (Vorjahr)

- 1 (1) OB-Bereich
- 5 (5) Fachbereiche, FB 4: Zuordnung aller per Gesetz übergehenden kreislichen Aufgaben
- 25 (26) Abteilungen
- 38 (36) Sachgebiete

- 2 (2) Eigenbetriebe: SIM; Pflegeheim

Die strukturelle Untergliederung der Abteilungen in Sachgebiete und die Stellenausstattung 2011 im Vergleich zum Vorjahr ist in der **Anlage 1** dargestellt.

2.2 Entwicklung Stellen und Personalaufwand 2002 - 2011

Die Entwicklung der Stellen und des Personalaufwandes ist kontinuierlich rückläufig und stellt sich zahlenmäßig wie folgt dar:

Jahr	Einwohner		Personalaufwand (Kontengruppe 50)			Stellen			Kennzahlen		
	31.12.d.J.	Veränderungen zum Vorjahr per 31.12.d.J.	Personal-aufwand RE/Plan	Veränderungen zum Vorjahr	INDEX (2002 = 100)	Stellenplan	Veränderungen zum Vorjahr	INDEX (2002 = 100)	Personal-aufwand je Einw. per 31.12. d.J.	Personal-aufwand je Stelle	Stellen je 1000 Einw. per 31.12. d.J.
	Einw.	Einw.	TEUR	TEUR		VZÄ	VZÄ		TEUR	TEUR	VzÄ
2002	70.241	-1.482	45.497	-1.772	100,0	1213,6	-187,4	100,0	648	37.489	17,3
2003	69.157	-1.084	43.980	-1.517	96,7	1169,2	-44,4	96,3	636	37.615	16,9
2004	68.451	-706	42.799	-1.181	94,1	1087,9	-81,3	89,6	625	39.341	15,9
2005	68.188	-263	32.367	-10.432	71,1	807,7	-280,2	66,6	475	40.073	11,8
2006	67.517	-671	30.301	-2.066	66,6	752,3	-55,4	62,0	449	40.278	11,1
2007	66.735	-782	29.323	-978	64,5	725,3	-27,0	59,8	439	40.429	10,9
2008	65.879	-856	30.580	1.257	67,2	696,3	-29,0	57,4	464	43.918	10,6
2009	65.137	-742	32.011	1.431	70,4	688,0	-8,3	56,7	491	46.525	10,6
2010	65.167	30	28.350	-3.661	62,3	649,9	-38,2	53,5	435	43.625	10,0
2011	65.167	0	28.821	471	63,3	640,6	-9,3	52,8	442	44.991	9,8
mit Eigenbetrieb SIM:											
2011	65.167	0	36.581	403	80,4	834,6	0,1	68,8	557	43.725	12,7

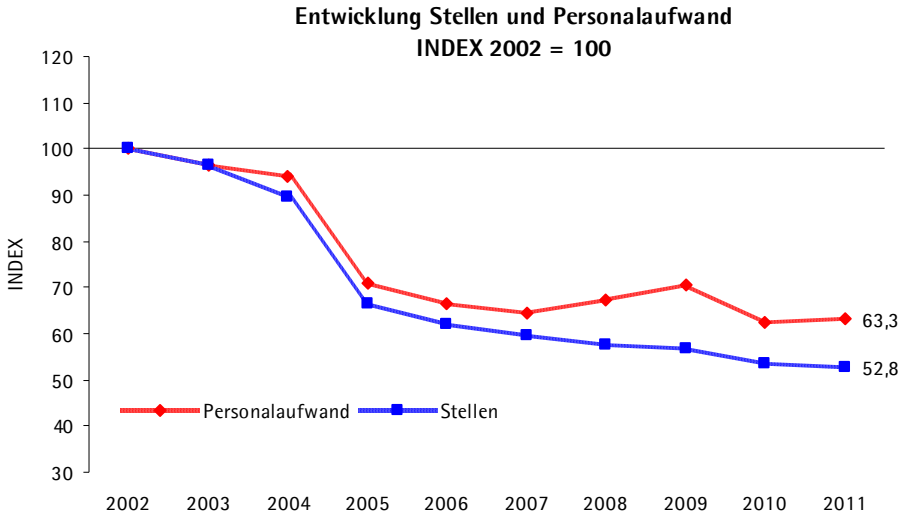
Quelle:
Bevölkerung: Statistisches Landesamt M-V, Statistische Berichte, Bevölkerungsstand; amtliche Bevölkerung per 31.12.d. J.; 2010/11 per 30.06.09; Personalaufwand(ohne Rückstellungen): Verwaltung: bis 2007 IST Jahresabschluss; ab 2008 Plan Ergebnishaushalt ; SIM: bis 2009 IST Jahresabschluss (ohne Beihilfen, Rückstellungen für Urlaub, ATZ, Pension und Beiträge BG); 2010/11 Wirtschaftsplan (ohne Einstellung Rückstellungen für Pensionen, ATZ, Urlaub sowie arbeitsmedizinische Betreuung, Beihilfen und Unfallumlage)

Anmerkungen:

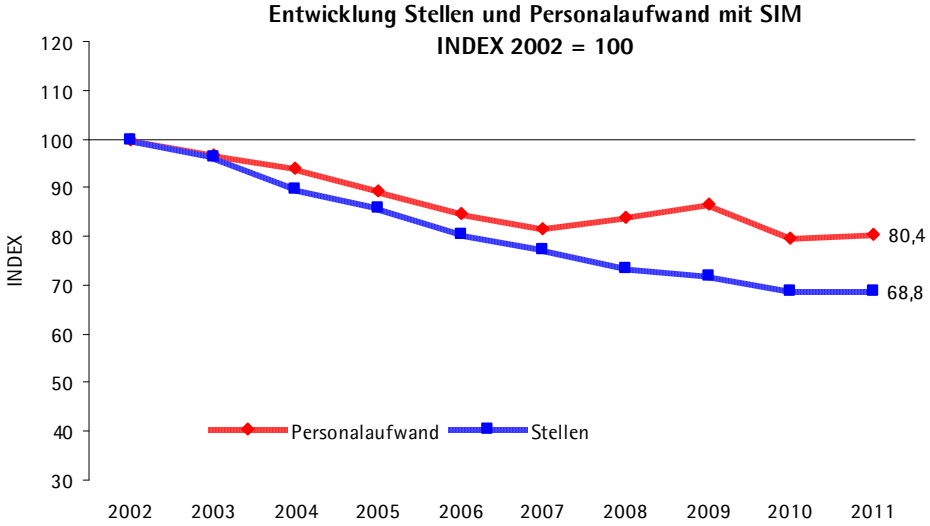
- Ab 2005 Ausgliederung der Bereiche Liegenschaften (alle kommunalen Liegenschaften), Hochbau, Vermessung, Straßen, Grünflächen in den Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement (Neugründung SIM).
- 2010 wurde gegenüber dem Vorjahr die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen der aktiven Beamten den Produkten zugeordnet (vorher zentral). Gleichzeitig wurden die Beiträge zur Versorgungskasse Beamte (1,9 Mio Euro) nicht mehr bei den Produkten, sondern zentral geplant (Kontengruppe 51). Damit verändert sich der Bruttopersonalaufwand für die einzelnen Beamten im Planentwurf 2010. Der Saldo ist haushaltsneutral.

Entwicklung Stellen und Personalaufwand 2002 – 2011

ohne Eigenbetrieb SIM



mit Eigenbetrieb SIM



Die Stadt Neubrandenburg hat kontinuierlich an der Einsparung des Personalaufwandes gearbeitet und gegenüber dem Basisjahr 2002 ihre Stellen ohne SIM um 47,2 % und mit SIM um 31,2 % gesenkt. Diese Einschnitte in den Personalkörper waren mit erheblichen Strukturveränderungen und Prozessoptimierungen verbunden. Aufgabenkritische Analysen der Arbeitsprozesse und deren Umsetzung leisten einen Beitrag, um die Aufgaben qualitätsgerecht mit weniger Personal zu erledigen. Zusätzlich unterstützen grundlegende Optimierungen der Aufbau- und Ablauforganisation diese Prozesse. Dennoch sind Arbeitsverdichtungen zu Lasten des Personals und die Senkung von Leistungsstandards zu Lasten der Leistungsempfänger nicht zu vermeiden.

2.3 Stellenbestand 01.01.2011

Fachbereich (FB)	**IST** 2010	**IST** 2011	**+/-** Vorjahr	**freie Stellen** 01.01.11	**freiwerdende Stellen** bis 31.12.15	**kw Stellen** 2011
OB-Bereich	**30,825**	**29,950**	**-0,875**	**3,000**	**1,750**	**0,750**
ATZ-Freistellung	1,000	1,500	0,500	0,500	1,500	1,500
Summe	**31,825**	**31,450**	**-0,375**	**3,500**	**3,250**	**2,250**
FB 1 Innere Verwaltung	**87,350**	**76,750**	**-10,600**	**2,000**	**10,375**	**9,175**
ATZ-Freistellung	5,000	3,000	-2,000	0,000	3,000	3,000
Summe	**92,350**	**79,750**	**-12,600**	**2,000**	**13,375**	**12,175**
FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales	**150,575**	**65,000**	**-85,575**	**3,000**	**18,000**	**7,000**
ATZ-Freistellung	6,375	8,000	1,625	3,500	8,000	8,000
Summe	**156,950**	**73,000**	**-83,950**	**6,500**	**26,000**	**15,000**
FB 3 Sicherheit und Ordnung	**228,525**	**182,150**	**-46,375**	**8,000**	**26,500**	**1,000**
ATZ-Freistellung	7,500	5,000	-2,500	2,000	5,000	5,000
Summe	**236,025**	**187,150**	**-48,875**	**10,000**	**31,500**	**6,000**
FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport	**47,138**	**60,125**	**12,987**	**2,000**	**9,425**	**3,575**
ATZ-Freistellung	2,200	2,688	0,488	0,500	2,688	2,688
Summe	**49,338**	**62,813**	**13,475**	**2,500**	**12,113**	**6,263**
ZS FB	**544,413**	**413,975**	**-130,438**	**18,000**	**66,050**	**21,500**
ZS ATZ-Freistellung	**22,075**	**20,188**	**-1,887**	**6,500**	**20,188**	**20,188**
ZS	**566,488**	**434,163**	**-132,325**	**24,500**	**86,238**	**41,688**
FB 4 Kreisaufgaben	**77,975**	**193,800**	**115,825**	**13,000**	**12,975**	**1,500**
ATZ-Freistellung	5,400	12,675	7,275	0,000	12,675	12,675
Summe	**83,375**	**206,475**	**123,100**	**13,000**	**25,650**	**14,175**
Summe FB	**622,388**	**607,775**	**-14,613**	**31,000**	**79,025**	**23,000**
Summe ATZ-Freistellung	**27,475**	**32,863**	**5,388**	**6,500**	**32,863**	**32,863**
Summe	**649,863**	**640,638**	**-9,225**	**37,500**	**111,888**	**55,863**

Übersicht freie und freiwerdende Stellen: **Anlage 2**

Realisierung kw bis 31.12.2015 50,938

2.4 Personalbestand 01.01.2011

Fachbereich (FB)	**Stellen** 2011	**Mitarbeiter*** 01.01.11	**freie Stellen*** 01.01.11	**Abgang** bis 31.12.15	**Ø Alter** 01.01.2011	**Krankenquote in %** 2009
OB-Bereich	**31**	**27**	**3**	**2**	**49,9**	**6,12**
ATZ-Freistellung	3	2	1	2		
Summe	**34**	**29**	**4**	**4**		
FB 1 Innere Verwaltung	**81**	**79**	**2**	**12**	**51,2**	**7,70**
ATZ-Freistellung	6	6	0	6		
Summe	**87**	**85**	**2**	**18**		
FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales	**70**	**67**	**3**	**23**	**52,1**	**8,20**
ATZ-Freistellung	16	9	7	9		
Summe	**86**	**76**	**10**	**32**		
FB 3 Sicherheit und Ordnung	**185**	**177**	**8**	**28**	**48,5**	**8,40**
ATZ-Freistellung	10	6	4	6		
Summe	**195**	**183**	**12**	**34**		
FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport	**70**	**66**	**2**	**13**	**49,6**	**5,06**
ATZ-Freistellung	6	5	1	5		
Summe	**76**	**71**	**3**	**18**		
ZS FB	**437**	**416**	**18**	**78**		
ZS ATZ-Freistellung	**41**	**28**	**13**	**28**		
ZS	**478**	**444**	**31**	**106**		
FB 4 Kreisaufgaben	**201**	**184**	**13**	**14**	**49,1**	**8,26**
ATZ-Freistellung	26	26	0	26		
Summe	**227**	**210**	**13**	**40**		
Summe FB	**638**	**600**	**31**	**92**		
Summe ATZ-Freistellung	**67**	**54**	**13**	**54**	**60,7**	**0,00**
Summe	**705**	**654**	**44**	**146**	**50,3**	**7,36**

Zum Personalbestand gehören weiterhin:

*1 Beschäftigte mit 0,2 VZÄ im OB-Bereich und 0,8 VZÄ im FB 1 wurde dem FB 1 als eine Beschäftigte zugeordnet und 6 Beschäftigten im Fachbereich 4/8 (Schulen) besetzen jeweils 2 Stellen

4	Beschäftigte im Jobcenter ohne Stelle, Vergütung nach TVöD
31	Auszubildende
3	Nachwuchskräfte
5	ohne Bezüge Beurlaubte
3	geringfügig Beschäftigte
700	**Personal-Ist-Bestand 01.01.2011**

2.5 Ausgewählte Angaben zu Stellen, Personal und Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr

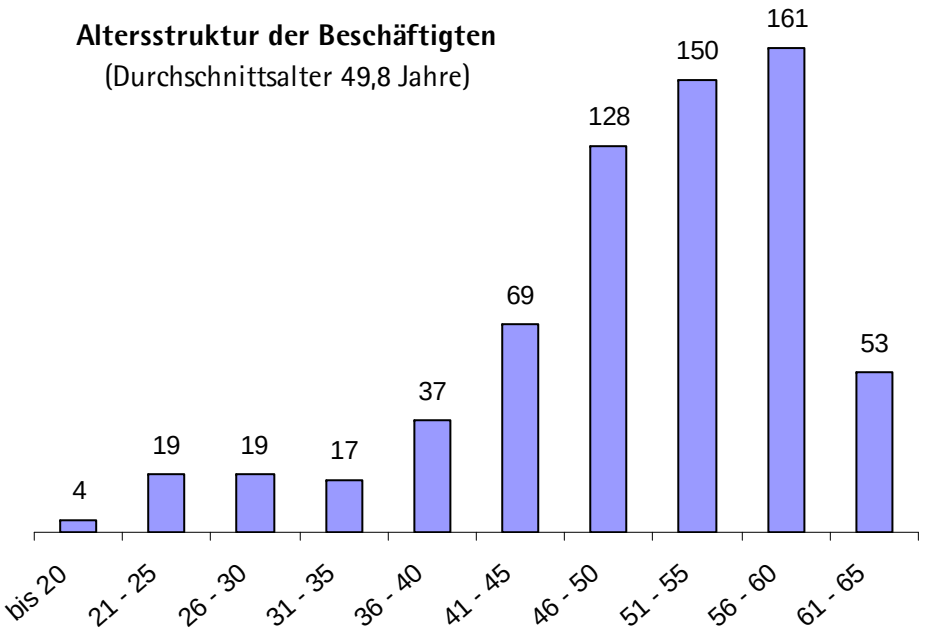
Ausgewählte Angaben Stellen und Personal per 01.01.d. J. (Stand: PlanE 2011)	**Maß-einheit**	**Plan 2010**	**Plan 2011**	**+/-**	**Anteil an gesamt**
Stellen	Anzahl	706	705	-1	
davon:	VZÄ	649,863	640,638	-9,225	100,0%
Beamte (einschl. 2 Wahlbeamte)	VZÄ	207,650	199,550	-8,100	31,1%
Tarif-Beschäftigte	VZÄ	442,213	441,088	-1,125	68,9%
kw-Stellen	VZÄ	37,813	58,613	20,800	9,1%
davon 99-Stellen	VZÄ	27,475	32,863	5,388	5,1%
Stellenbesetzung 01.01.2011	VZÄ	619,913	582,366	-37,547	90,9%
unbesetzte Stellen und Stellenanteile	VZÄ	29,950	58,272	28,322	9,1%
bis 31.12.2015 freiwerdende Stellen			111,888		17,5%
Leitungsstellen	Anzahl	60	59	-1	8,4%
Ausführungs- und Assistenzstellen	Anzahl	644	646	2	91,6%
durchschnittliche Leitungsspanne (bis jeweils 1 : 15)	Anzahl	10,733	10,949	0,216	
Personal				0,000	
Anzahl der auf Stellen geführten Beschäftigten	Anzahl	662	654	-8	100,0%
dav. aktiver Personalbestand (ohne Personal in ATZ-Freistellungsphase)	Anzahl	619	600	-19	91,7%
Auszubildende	Anzahl	27	31	4	4,7%
Nachwuchskräfte	Anzahl	11	3	-8	0,5%
weitere nicht auf Stellen geführte Beschäftigte	Anzahl	12	12	0	1,8%
Personal-Ist-Bestand (gemäß Personalstandsstatistik)	Anzahl	712	700	-12	

Ausgewählte Angaben Stellen und Personal per 01.01.d. J. (Stand: PlanE 2011)	**Maß-einheit**	**Plan 2010**	**Plan 2011**	**+/-**	**Anteil an gesamt**
Anzahl Beschäftigte mit ATZ-Verträgen	Anzahl	128	113	-15	16,0%
davon in der Freistellungsphase	Anzahl	43	54	11	7,7%
Anzahl Beschäftigte mit Teilzeitverträgen	Anzahl	84	81	-3	11,5%
Personalabgang (Rente/Pension ohne ATZ & /ATZ-Freistellungsbeginn HSK-Zeitraum)	Anzahl	120	92	-28	13,0%
Personalabgang (mit ATZ-Freistellungsphase im HSK-Zeitraum)			146		20,7%
Personalaufwand				0	
Personalaufwand ohne Rückstellungen	Euro	28.350.300	28.820.800	470.500	
Gesamtaufwand Ergebnishaushalt Pos. 19 lfd. Auwendungen aus Vw-tätigkeit + 22 Zinsaufwendungen ohne ILV	Euro	169.256.500	177.329.300	8.072.800	
Kennzahlen				0	
Anteil Personalaufwand/Gesamtaufwand	%	16,75	16,25	-0,50	
Stellen je 1000 Einwohner per 31.12.2008*	VZÄ/Einw	9,9	9,8	0,0	
Personalaufwand je Stelle	Euro/VZÄ	43.625	44.988	1.363	
Personalaufwand je Beschäftigten des Personal-Ist-Bestandes	Euro/Kopf	39.818	41.173	1.355	
Personalaufwand je Einwohner per 31.12.2008*	Euro/Einw	430	442	12	
Einwohner per 31.12. des Vorjahres	Anzahl	65.137			

2.6 Altersstruktur

Die Altersstruktur hat sich mit Stichtag 01.01.2011 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Das Durchschnittsalter hat sich unwesentlich von 49,43 auf 49,8 Jahre erhöht. Der Anteil der über 41 Jahre alten Beschäftigten liegt mit 85,4 immer noch viel zu hoch. Nur 14,6 % der Beschäftigten sind unter 40 Jahre. Im Vergleich der kreisfreien Städte (Kommunaler Kennzahlenvergleich StGT M-V e. V. 2007) liegt Neubrandenburg beim Altersdurchschnitt über dem Mittelwert von 48 Jahren. Bedingt durch Einstellungsstopps, die Nicht-Besetzung frei werdenden Stellen und die Verringerung von Ausbildungskapazitäten bzw. der Übernahme erhöhte sich das Durchschnittsalter der Belegschaften im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erheblich. Bei der diesjährigen Umfrage des DST zum Krankenstand wurde erstmalig das Durchschnittsalter der Bediensteten erhoben. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der Mitgliedsstädte des DST ist mit 45,37 Jahren (West: 44,86 Jahre / Ost: 46,32 Jahre) bereits fünf Jahre höher als in der Privatwirtschaft.

Alter in Jahre	Beschäftigte	Prozent
61 bis 65	53	8,07
56 bis 60	161	24,51
51 bis 55	150	22,83
46 bis 50	128	19,48
41 bis 45	69	10,50
36 bis 40	37	5,63
31 bis 35	17	2,59
26 bis 30	19	2,89
21 bis 25	19	2,89
bis 20	4	0,61
auf Stellen geführtes Personal 654 zuzüglich der 3 Nachwuchskräfte	658	
Durchschnittsalter:	49,8 Jahre	(50,3 Jahre ohne Nachwuchskräfte)



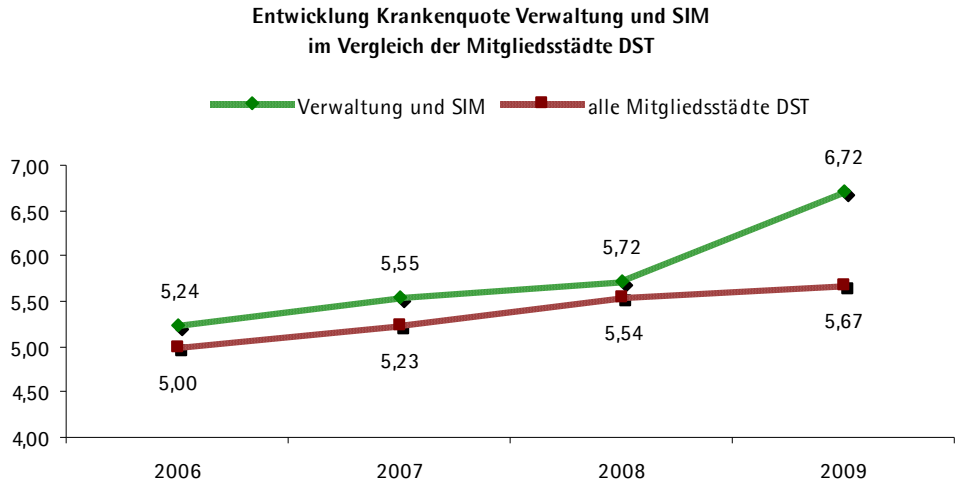
Die ungünstige Altersstruktur resultiert auch aus der Umsetzung der Auflage des Innenministeriums zum Stellenplan, wonach freiwerdende Stellen grundsätzlich nur aus dem vorhandenen Personalbestand zu besetzen sind. Allein durch die Ausnahmemöglichkeit, von der Stadt selbst ausgebildete Nachwuchskräfte zu übernehmen, kann diese Altersstruktur nicht maßgeblich beeinflusst werden.

2.7 Krankenstand

Quelle: Umfrage Deutscher Städtetag (DST) bei den unmittelbaren Mitgliedsstädten - Krankenstandsstatistik Ergebnisse 2009

Der Krankenstand der Tarif-Beschäftigten und Beamten der Stadt Neubrandenburg und SIM entwickelte sich seit 2006 wie folgt:

	Anzahl Krankheitstage				Krankenquote			
	2006	**2007**	**2008**	**2009**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**
Beschäftigte am 31.12.d. J.	975	930	909	873	975	930	909	873
bis 3 Tage	1.152	1.173	1.315	1.264	0,32	0,35	0,40	0,40
4 bis 42 Tage	11.708	11.465	12.355	13.194	3,29	3,38	3,72	4,14
43 und mehr Tage	5.778	6.198	5.296	6.922	1,62	1,83	1,60	2,18
Summe	**18.638**	**18.836**	**18.966**	**21.380**	**5,24**	**5,55**	**5,72**	**6,72**



Krankenquote:
Der prozentuale Anteil der Kranken an der Summe aller Beschäftigten ist kontinuierlich steigend und liegt auch im Vergleich der Mitgliedsstädte (167) des DST mit 6,72 % über dem Durchschnitt von 5,67 %. Bei den Städten der gleichen Größenklasse (44) liegt die Krankenquote bei 5,52 %. Vor allem in der Kategorie 4 – 42 Krankentage weicht Neubrandenburg mit 4,14 % erheblich vom Durchschnitt von 3,05 % ab. Die zunehmende psychische Belastung der Arbeitnehmer, permanente Aufgabenverdichtungen auf Grund des Stellenabbaus und die hohe Krankenquote, die wiederum zu Mehrbelastungen der arbeitsfähigen Beschäftigten führen, werden als mögliche Ursachen gesehen.
Im Jahr 2009 sind nach einer Analyse der Krankenkasse AOK die Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft nach einem Anstieg im Jahr 2008 weiter leicht angestiegen. Die Krankenstandsentwicklung in den Kommunalverwaltungen und der privaten Wirtschaft folgen damit einem gleichen Trend.

2.8 Altersteilzeit und freiwillige Teilzeit

Die Inanspruchnahme der Altersteilzeitregelung und Teilzeitvereinbarungen stellen sich nach Fachbereichen wie folgt dar:

Bereich	Personal-bestand 01.01.2011	ATZ-Verträge	Anteil am Personal-bestand	TZ-Verträge	Anteil am Personal-bestand
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%
OB-Bereich	29	4	13,8	5	17,2
FB 1	85	14	16,5	8	9,4
FB 2	76	29	38,2	11	14,5
FB 3	183	20	10,9	19	10,4
FB 4	210	31	14,8	26	12,4
FB 8	71	15	21,1	12	16,9
Summe	**654**	**113**	17,3	**81**	12,4

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich mit Stichtag 01.01. d. J. die Anzahl der ATZ-Verträge von 128 auf 113 verringert. Das ist im Auslaufen des Altersteilzeitgesetzes vom 23.07.1996 zum 31.12.2010 begründet. Neue ATZ-Verträge nach neuem Tarifrecht werden zzt. nicht abgeschlossen.

Die Anzahl der Teilzeitverträge hat sich von 84 Verträgen im Vorjahr auf 81 verringert, bleibt aber seit Jahren relativ konstant.

2.9 Ausbildung

Die Stadt Neubrandenburg bildet seit 1990 regelmäßig aus. Mit der Ausbildung von Nachwuchskräften soll die zukünftige Beschäftigtenstruktur nachhaltig beeinflusst werden. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt dabei auf den verwaltungsspezifischen Berufen. Die Anzahl der jährlich bereitzustellenden Ausbildungsplätze richtet sich nach dem vorhandenen Bewerberpotential und wird begrenzt durch die quantitativen Ausbildungsmöglichkeiten in der Stadtverwaltung. 2010 beendeten 8 Nachwuchskräfte ihre Ausbildung bei der Stadt Neubrandenburg, 6 konnten aufgrund ihrer guten Ergebnisse in ein befristetes bzw. unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden. Das entspricht einer Übernahmequote von 75 %.

Durch die Verwaltung wird wie folgt ausgebildet:

Ausbildungsberuf	**IST**	**geplanter Ausbildungsbeginn**				**voraussichtliches Ausbildungsende**					
Jahr	01.01.2011	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Verwaltungsfachangestellte/r (Kommunalverwaltung)	8	3	2	2	2	2	4	2	3	2	2
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	4	1	0	0	0	2	1	0	2	0	0
Beamte/r gehobener Dienst (Kommunalverwaltung)	9	2	2	2	2	3	3	3	2	2	2
Gärtner/in Friedhofsgärtnerei	0	1	0	0	0	0	0	0	1		
Vermessungstechniker	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Immobilienkaufmann/-frau	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Fachangestellte/r Medien u. Informationsdienste	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Brandmeisteranwärter/in	6	3	2	3	6	6	3	2	3	6	4
Summe	**31**	**11**	**8**	**9**	**11**	**14**	**12**	**9**	**12**	**12**	**11**

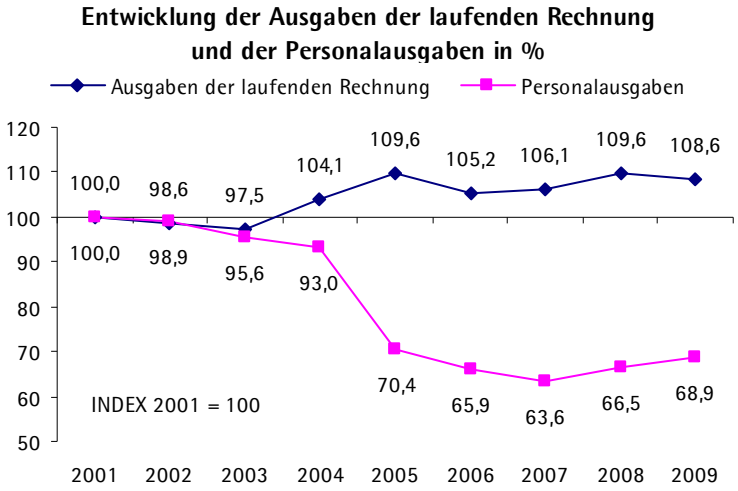
2.10 Personalaufwand

2.10.1 Entwicklung Personalausgaben im Verhältnis zu den Ausgaben der laufenden Rechnung 2001 – 2009

Quelle: Kassenstatistik M-V 1. - 4. Quartal, eigene Berechnungen

Die Personalausgaben (lfd. Nr. 1) und die Ausgaben der laufenden Rechnung (Nr. 7) entwickelten sich in den Jahren 2001 – 2009 wie folgt:

	Personalausgaben (ab 2008 Personalaufwand)		**Ausgaben der laufenden Rechnung**		**Anteil**
	EUR	INDEX	EUR	INDEX	%
2001	46.001.654	100	137.925.918	100	33,4
2002	45.498.161	98,9	136.034.467	98,6	33,4
2003	43.973.203	95,6	134.424.013	97,5	32,7
2004	42.801.423	93,0	143.520.251	104,1	29,8
2005	32.382.128	70,4	151.132.983	109,6	21,4
2006	30.296.913	65,9	145.069.192	105,2	20,9
2007	29.235.515	63,6	146.354.937	106,1	20,0
2008	30.588.074	66,5	151.204.396	109,6	20,2
2009	31.706.000	68,9	149.769.000	108,6	21,2



Anmerkungen:

- 2004: Ausgliederung KITA (Übertragung an freie Träger)
- 2005: Ausgliederung Städtisches Immobilienmanagement (Gründung Eigenbetrieb)
- ab 2007 Planzahlen, da noch keine Ist-Zahlen vorliegen
- ab 2008 doppische Buchführung

Während die Ausgaben der laufenden Rechnung tendenziell steigen (8,6 % zum Basisjahr), sinken die Personalausgaben im gleichen Zeitraum - begründet im Stellenabbau – um 31,1 %.

2.10.2 Personalaufwand nach Fachbereichen 2011 im Vergleich zum Vorjahr

Der Personalaufwand der Verwaltung (Kontengruppe 50 Personalaufwendungen des landeseinheitlichen Kontenrahmenplans) schlüsselt sich wie folgt auf:

Fachbereich	Stellen	Personal-aufwand ohne Nebenkosten	Personalnebenkosten		Personal-aufwand gesamt	Inanspruch-nahme Rück-stellungen	Rück-stellungen	Personal-aufwand Kontengruppe 50	Personal-aufwand ohne Rückstellungen	Personal-aufwand ohne Rückstellungen	+/-
			dav. Beihilfen Beamte	davon andere Nebenkosten							
	2011	2011	2011	2011	2011 Summe 3 + 4 +5	2011	2011	2011 Summe 6+7+8	2011 Differenz 9-8	Vorjahr	Vorjahr Differenz 10-11
	VZÄ	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
OB-Bereich	31,450	1.446.900	17.100	90.700	1.554.700	-49.200	126.500	1.632.000	1.505.500	1.581.700	-29.000
FB 1	80,750	4.122.300	70.300	112.900	4.305.500	-183.400	249.300	4.371.400	4.122.100	4.545.600	-94.500
FB 2	73,000	3.609.400	30.400	0,00	3.639.800	-547.800	261.100	3.353.100	3.092.000	6.901.000	-3.789.300
FB 3	187,150	7.077.100	233.800	323.600	7.634.500	-173.500	1.057.600	8.518.600	7.461.000	9.321.600	-1.917.400
FB 4	206,475	10.048.600	53.200	226.600	10.328.400	-773.300	364.300	9.919.400	9.555.100	3.580.000	5.418.600
FB 8	62,813	3.171.400	5.700	62.600	3.239.700	-154.600	40.400	3.125.500	3.085.100	2.420.400	624.100
Summe	**640,638**	**29.475.700**	**410.500**	**816.400**	**30.702.600**	**-1.881.800**	**2.099.200**	**30.920.000**	**28.820.800**	**28.350.300**	**212.500**

Nachfolgende Steigerungen wurden bei der Berechnung des Personalaufwandes nach Stellen berücksichtigt:

Beschäftigte	ab 01.01.2011	0,60 % Tarifsteigerung und im Monat Januar 2011 Zahlung einer Sonderzahlung in Höhe von 240,00 Euro bei Vollzeit
	ab 01.08.2011	0,50 % Tarifsteigerung
Beamte	ab 01.01.2011	0,82 % Erhöhung der Besoldung Erhöhung des Arbeitgeberbeitrages in der Sozialversicherung von 19,5 % auf 19,88 % Erhöhung des Umlagesatzes zur Beihilfe an den Kommunalen Versorgungsverband M-V von 1.800,00 Euro auf 1.900,00 Euro für jeden aktiven Beamten

Freie und freiwerdende Stellen wurden (bis auf 3) personalkostenmäßig nicht untersetzt, da von internen Nachbesetzungen ausgegangen wird. Die Planung des Personalaufwandes erfolgt personenkonkret unter Beachtung aller bekannten Umstände.

2.11 Interkommunaler Vergleich

Die Stadt Neubrandenburg nutzt den interkommunalen Vergleich, insbesondere mit den kreisfreien Städten in M-V (Rostock auf Grund der Größenklasse bedingt) als Indikator, um Ansatzpunkte für weitergehende aufgabenkritische Untersuchungen zu ermitteln. Insgesamt zeigen jedoch alle Vergleiche, dass die Stadt Neubrandenburg über keine überdurchschnittliche Stellenausstattung verfügt.

Die Durchführung von qualifizierten Vergleichen ist aus nachfolgend genannten Gründen schwieriger geworden:

- unterschiedlicher Stand der Ausgliederungen,
- unterschiedliches Rechnungswesen,
- fehlende amtliche und verwertbare Daten und
- Bereitschaft, sich freiwillig einem Vergleich zu stellen, hat stark nachgelassen.

Hilfreich für einen qualifizierten interkommunalen Vergleich wäre, wenn das Land M-V (Innenministerium oder Statistisches Amt) einige wenige steuerungsrelevante und vergleichbare Kennziffern definiert, die im Land einheitlich zu erheben sind und zeitnah veröffentlicht werden.

2.11.1 Stellenpläne der kreisfreien Städte M-V

Mit Vorliegen der Stellenpläne der kreisfreien Städte M-V wurden die Werte für das Jahr 2010 ermittelt. Dabei handelt es sich um aus den Stellenplänen erkennbare Stellenentsprechungen. Die Werte sind nicht in jedem Fall identisch mit der Gesamtstellenzahl der Struktureinheit (z. B. wurden in Neubrandenburg in den Struktureinheiten vorhandene Personalratsstellen aus dem Vergleich herausgenommen).

Abweichungen im direkten Vergleich wurden in nachfolgenden Bereichen festgestellt (Klammerzahl = Vorjahr):

- Zentrale Steuerung 134 % (131 %)
- Recht und Personal 106 % (102 %)
- Bauaufsicht 105 % (87 %)
- Straßenverkehr 114 % (110 %)
- Bibliothek 117 % (120 %)
- Museen 137 % (131 %)
- Sport 128 % (121 %)

Kreisaufgaben

- Gesundheitsamt 133 % (139 %)
- Soziales 115 % (124 %)

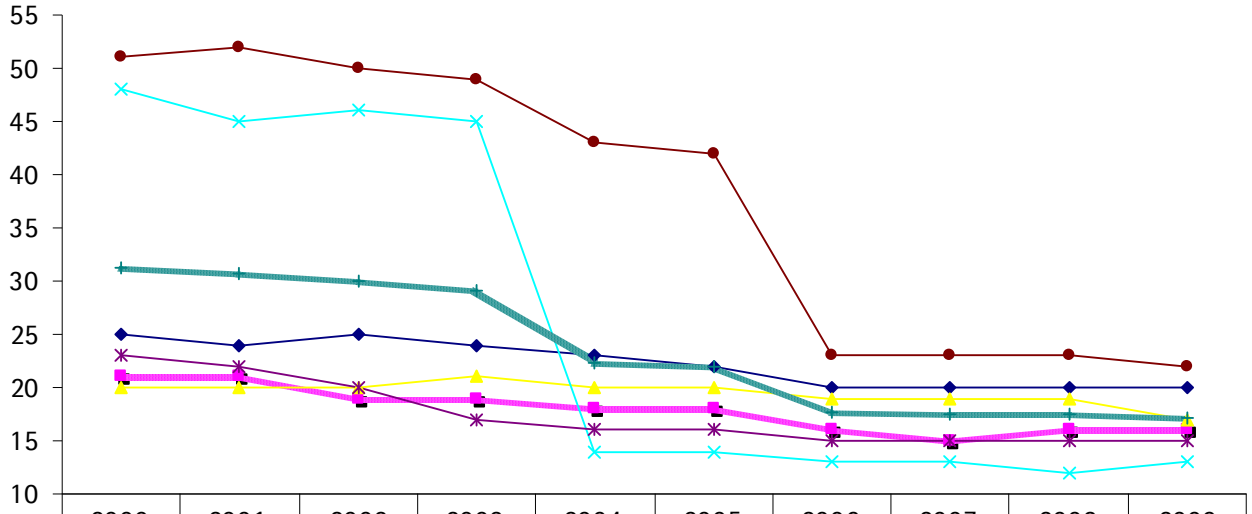
Die Bereiche sind Gegenstand organisatorischer Untersuchungen.

In der **Anlage 3** ist der vorgenommene Vergleich der Stellenpläne der kreisfreien Städte M-V 2009 zusammengefasst dargestellt.

2.11.2 Personenstandsstatistik des Statistischen Amtes M-V

Quelle: Statistische Berichte, Personal im öffentlichen Dienst in M-V per 30.06. d. J., Statistisches Amt M-V

Personal der kreisfreien Städte M-V
Beschäftigte je 1 000 Einwohner



	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Greifswald	25	24	25	24	23	22	20	20	20	20
Neubrandenburg	21	21	19	19	18	18	16	15	16	16
Rostock	20	20	20	21	20	20	19	19	19	17
Schwerin	48	45	46	45	14	14	13	13	12	13
Stralsund	23	22	20	17	16	16	15	15	15	15
Wismar	51	52	50	49	43	42	23	23	23	22
Mittelwert	31	31	30	29	22	22	18	18	18	17

Die nebenstehende Entwicklung belegt den stetigen Abbau von Beschäftigten (Kernhaushalt, Eigenbetriebe, kommunale Krankenhäuser) in allen kreisfreien Städten in M-V.

Neubrandenburg liegt mit 16 Beschäftigten je 1 000 Einwohner unter dem Mittelwert von 17 und über den Werten von Stralsund (15) und Schwerin (13).

Aufgrund des unterschiedlichen Standes von Ausgliederungen lässt die Statistik keine weiteren sinnvollen Rückschlüsse zu.

2.11.3 Interkommunaler Vergleich der Personalausgaben

2.11.3.1 Vergleich Personalausgaben je Einwohner (Euro/Einwohner) mit ausgewählten Städten

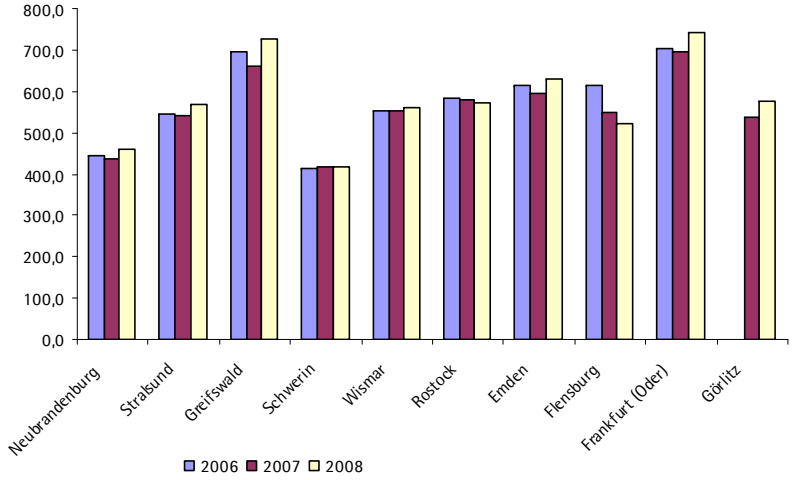
Quelle: | Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune Statistische Ämter der Länder

Die Stadt Neubrandenburg hatte im Jahr 2008 (2009/10 liegen noch keine Veröffentlichungen vor) je Einwohner Personalausgaben in Höhe von 461,4 Euro getätigt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Personalausgaben um 26,5 Euro je Einwohner erhöht. Im Vergleich zu den unten angegebenen Kommunen liegt Neubrandenburg weit unter dem Mittelwert. Nur Schwerin weist im direkten Vergleich einen geringen Wert aus. Der Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Verwaltung liegt mit 19,7 % (Vorjahr 18,1 %) im Vergleich ebenfalls unter dem Ø.
Die Personalausgaben stellen eine zentrale kommunale Ausgabenkategorie dar. Ohne Berücksichtigung der Auslagerungen (Eigenbetriebe, Unternehmen etc.) sind die Personalausgaben jedoch interkommunal nicht sinnvoll zu vergleichen.

Personalausgaben je Einwohner (Euro/Einwohner)				Anteil an den **Ausgaben lfd. Verwaltung**	Demographie Typ*
	2006	**2007**	**2008**	**2008**	
Neubrandenburg	445,6	434,9	461,4	19,7%	4
Stralsund	544,6	539,8	567,3	22,6%	4
Greifswald	694,4	659,6	727,2	29,7%	1
Schwerin	413,4	415,5	416,0	17,0%	4
Wismar	551,0	554,1	560,2	25,7%	4
Rostock	584,7	580,4	573,6	24,8%	6
Emden	612,6	593,6	630,1	28,9%	1
Flensburg	613,1	547,2	523,1	22,7%	1
Frankfurt (Oder)	701,9	697,0	740,2	23,2%	4
Görlitz	k.A.	538,6	574,7	25,9%	4
Mittelwert	**573,5**	**556,1**	**577,4**	**24,0 %**	
Ø kreisfreie Städte Deutschlands	**645,8**	**645,3**	**667,4**	**26,8%**	

Anmerkungen
NB ab 2008 Doppik, Görlitz ab 2008 Verlust Status Kreisfreiheit
*Typ 1 Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil
*Typ 4 Schrumpfende und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung
*Typ 6 Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotenzial

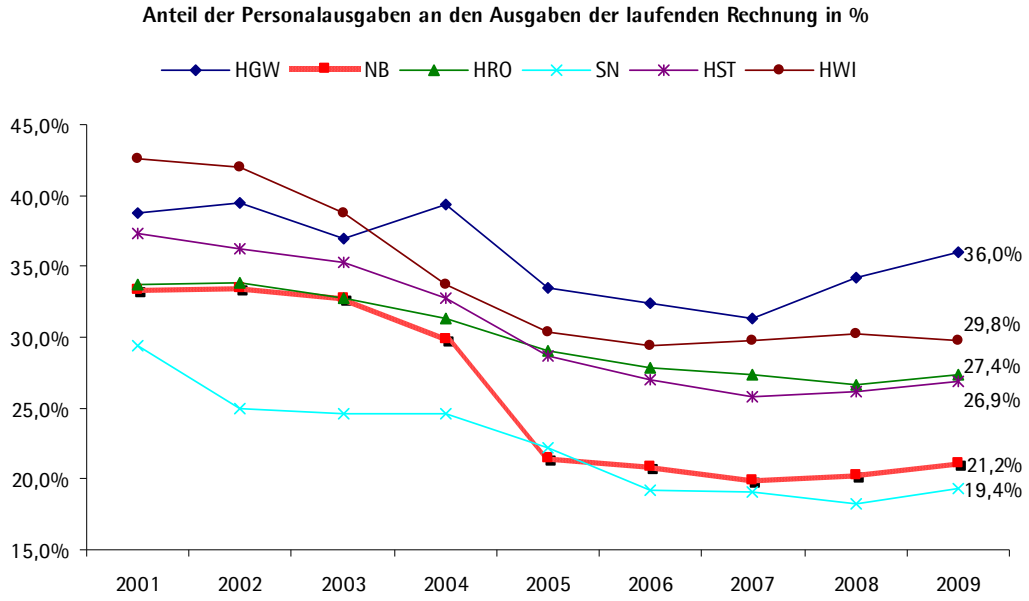
Personalausgaben je Einwohner (Euro/Einwohner)
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen | Bertelsmann Stiftung



2.11.3.2 Vergleich Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Rechnung mit den kreisfreien Städten M-V

Quelle: Kassenstatistik M-V 1. - 4. Quartal, eigene Berechnungen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Greifswald (HGW)	38,8%	39,4%	37,0%	39,4%	33,5%	32,4%	31,3%	34,3%	36,0%
Neubrandenburg (NB)	**33,4%**	**33,4%**	**32,7%**	**29,8%**	**21,4%**	**20,9%**	**20,0%**	**20,2%**	**21,2%**
Rostock (HRO)	33,7%	33,9%	32,8%	31,3%	29,1%	27,9%	27,4%	26,7%	27,4%
Schwerin (SN)	29,4%	25,0%	24,6%	24,6%	22,2%	19,2%	19,0%	18,3%	19,4%
Stralsund (HST)	37,3%	36,3%	35,3%	32,8%	28,7%	27,0%	25,9%	26,1%	26,9%
Wismar (HWI)	42,6%	42,0%	38,8%	33,7%	30,3%	29,5%	29,8%	30,3%	29,8%



Der Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Rechnung ist, wie auch in den anderen kreisfreien Städten, tendenziell rückläufig.
Nach Schwerin (19,4 %) weist Neubrandenburg mit 21,2 % den geringsten Anteil aus.

3 Maßnahmen zur Einsparung von Stellen- und Personalaufwand

3.1 Abrechnung der Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2010 – 2015

Das im Personalkonzept 2010 – 2015 Anlage 1 ausgewiesene Einsparpotenzial wurde wie folgt umgesetzt:

Einsparpotenzial	Soll	Ist	Differenz	Plan 2010 ges.	Plan 2011 ges.	Differenz
Stellen (VZÄ)	22,25	18,300	-3,950	649,863	640,638	-9,225
auf Stellen geführtes Personal (Personen)	31	31	0			
Personalaufwand (EUR)	771.755	697.618	-74.137			

Die konkreten Stelleneinsparungen aus dem im HSK 2010 geplanten kw-P und kw Maßnahmen konnten in Summe mit 3,950 VZÄ nicht erfüllt werden, da die Nachbesetzungsketten noch nicht in jedem Fall abgeschlossen bzw. Stellen mit Nachwuchskräften besetzt wurden, was sich auch in den mit Stichtag 01.01.2011 nicht besetzten 31 Stellen widerspiegelt.

Insgesamt wurden im Vergleich der Planansätze 2010 – 2011 im Saldo 9,225 VZÄ eingespart. Die Veränderungen im Stellenvolumen resultieren aus:

Stellenstreichungen	-18,325	dav. 8,975 ohne kw-Vermerk
Stundenveränderungen	-8,050	
Verlagerungen von/zu SIM	-2,45	im Saldo
Einrichtung neuer Stellen	16,100	20 Stellen ATZ Freistellungsphase, 1 Stelle (0,2 VZÄ) Schulsekretärin RS Nord, 5 x Jobcenter und 1 Verwaltungsprüfer/in RPA
Saldo	**-9,225**	

Die Veränderungen sind stellenkonkret im Vorwort zum Stellenplan 2011 Punkt 1.2.4 ausgewiesen.

Im Einzelnen konnte das Ziel nur mit großen Anstrengungen der Fachbereiche und einer konsequenten Umsetzung organisatorischer und personalwirtschaftlicher Maßnahmen erreicht werden. So wurden von den 23 frei werdenden Stellen, die planmäßig nicht entfallen sollten, vor Wiederbesetzung bisher 20 Stellen durch die Organisation nach strengen Maßstäben geprüft. Im Ergebnis standen 14 Befürwortungen für eine Wiederbesetzung. 6 Stellen konnten in andere Organisationseinheiten verlagert werden, um den dort entstandenen Bedarf zu decken.

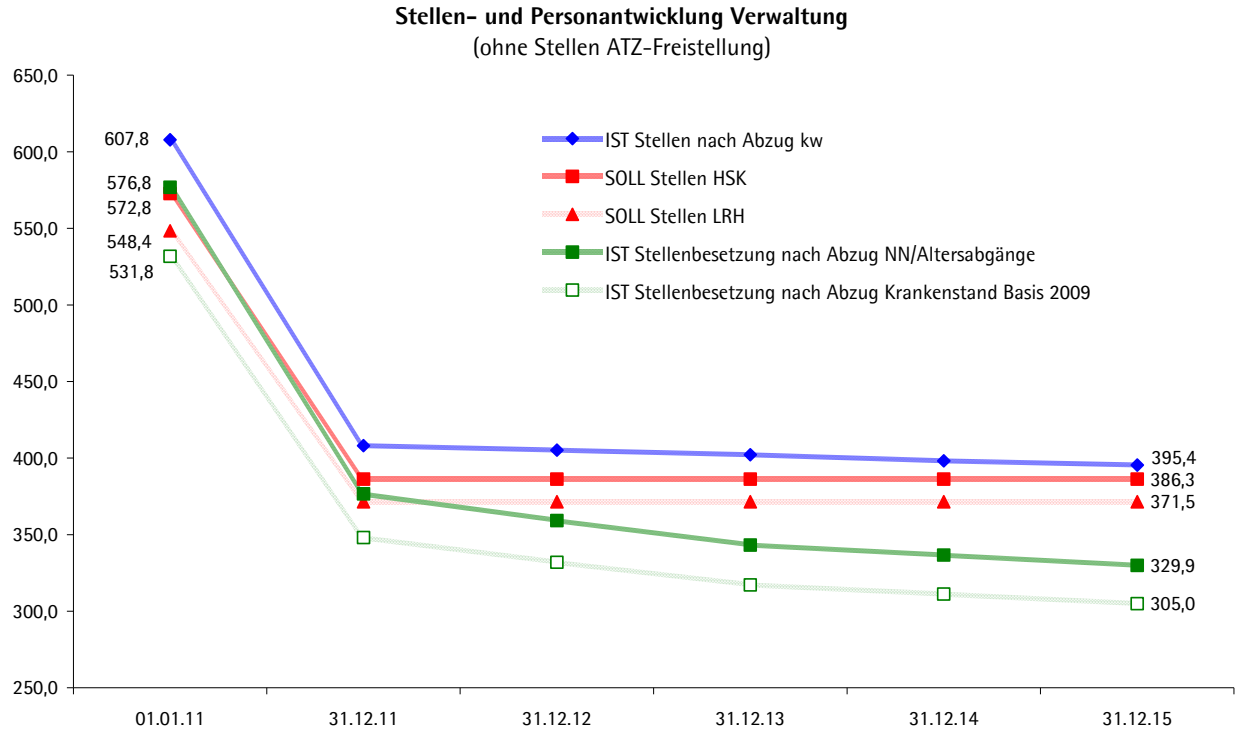
Die stellenkonkrete Abrechnung der HSK-Maßnahmen 2006/0 - 4/1 (kw und kw-P) kann aus der **Anlage 4** entnommen werden.

3.2 Maßnahmen der Verwaltung

3.2.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung Verwaltung

Einsparvorgaben SOLL-Stellenausstattung (SOLL-HSK) – Grundlage: Personalentwicklungskonzepte der FB, Aufgabenentwicklung, Hinweise LRH, Stellenvergleiche

Fachbereich (FB)	IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
OB-Bereich	**29,950**	**26,200**	**3,750**	**12,5%**	**0,750**	**3,000**	**3,000**	**1,750**	**5,8%**
ATZ-Freistellung	1,500	0,000	1,500	100,0%	1,500	0,000	0,500	1,500	100,0%
Summe	**31,450**	**26,200**	**5,250**	**16,7%**	**2,250**	**3,000**	**3,500**	**3,250**	**10,3%**
FB 1 Innere Verwaltung	**76,750**	**67,575**	**9,175**	**12,0%**	**9,175**	**0,000**	**2,000**	**10,375**	**13,5%**
ATZ-Freistellung	3,000	0,000	3,000	100,0%	3,000	0,000	0,000	3,000	100,0%
Summe	**79,750**	**67,575**	**12,175**	**15,3%**	**12,175**	**0,000**	**2,000**	**13,375**	**16,8%**
FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales	**65,000**	**59,000**	**6,000**	**9,2%**	**7,000**	**-1,000**	**3,000**	**18,000**	**27,7%**
ATZ-Freistellung	8,000	0,000	8,000	100,0%	8,000	0,000	3,500	8,000	100,0%
Summe	**73,000**	**59,000**	**14,000**	**19,2%**	**15,000**	**-1,000**	**6,500**	**26,000**	**35,6%**
FB 3 Sicherheit und Ordnung	**182,150**	**179,150**	**3,000**	**1,6%**	**1,000**	**2,000**	**8,000**	**26,500**	**14,5%**
ATZ-Freistellung	5,000	0,000	5,000	100,0%	5,000	0,000	2,000	5,000	100,0%
Summe	**187,150**	**179,150**	**8,000**	**4,3%**	**6,000**	**2,000**	**10,000**	**31,500**	**16,8%**
FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport	**60,125**	**54,350**	**5,775**	**9,6%**	**3,575**	**2,200**	**2,000**	**9,425**	**15,7%**
ATZ-Freistellung	2,688	0,000	2,688	100,0%	2,688	0,000	0,500	2,688	100,0%
Summe	**62,813**	**54,350**	**8,463**	**13,5%**	**6,263**	**2,200**	**2,500**	**12,113**	**19,3%**
ZS FB	**413,975**	**386,275**	**27,700**	**6,7%**	**21,500**	**6,200**	**18,000**	**66,050**	**16,0%**
ZS ATZ-Freistellung	**20,188**	**0,000**	**20,188**	**100,0%**	**20,188**	**0,000**	**6,500**	**20,188**	**100,0%**
ZS	**434,163**	**386,275**	**47,888**	**11,0%**	**41,688**	**6,200**	**24,500**	**86,238**	**19,9%**
FB 4 Kreisaufgaben	**193,800**	**186,500**	**7,300**	**3,8%**	**1,500**	**5,800**	**13,000**	**12,975**	**6,7%**
ATZ-Freistellung	12,675	0,000	12,675	100,0%	12,675	0,000	0,000	12,675	100,0%
Summe	**206,475**	**186,500**	**19,975**	**9,7%**	**14,175**	**5,800**	**13,000**	**25,650**	**12,4%**
Summe FB	**607,775**	**572,775**	**35,000**	**5,8%**	**23,000**	**12,000**	**31,000**	**79,025**	**13,0%**
Summe ATZ-Freistellung	**32,863**	**0,000**	**32,863**	**100,0%**	**32,863**	**0,000**	**6,500**	**32,863**	**100,0%**
Summe	**640,638**	**572,775**	**67,863**	**10,6%**	**55,863**	**12,000**	**37,500**	**111,888**	**17,5%**



Die geplante Stellenentwicklung (IST Stellen nach Abzug kw) weist nach derzeitigem Erkenntnisstand den notwendigen Stellenbedarf zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben in den FB aus. Die Stellenbesetzung liegt zum 01.01.2011 mit 31 freien Stellen darunter und bereits im Jahr 2011 nach Abzug der Altersabgänge deutlich unter den Einsparvorgaben des HSK bzw. ab 2012 des LRH. Der Krankenstand verschärft diese Situation. Effektiv steht der Verwaltung dadurch bereits zum 01.01.11 nicht ausreichend Personal zur Verfügung. Die Vorgabe des LRH wäre damit schon deutlich übererfüllt.

Für die Bewältigung der kommunalen Aufgaben ist engagiertes Personal auf hohem Qualifikationsniveau erforderlich. Der hohe Altersdurchschnitt von 50,3 Jahren und ein Krankenstand von 7,4 % lassen es zielführend erscheinen, die rechnerische Einsparquote von insgesamt 14,4 % des LRH auf 10,6 % (= 24,4 VZÄ weniger, ohne Reduzierung Overheadpersonal nach Aufgabenübergang) zu begrenzen. Bezogen auf die Konsolidierungsbereiche und unter Berücksichtigung der in den Abschnitten 3.3 dargestellten Anrechnungen entspricht dies einer Einsparung vom IST zum SOLL HSK von insgesamt 67,863 VZÄ.

Nachbesetzungsbedarf Differenz zwischen „IST Stellenbesetzung nach NN/Altersabgänge“ und …	01.01.11	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14	31.12.15
… „IST Stellen nach Abzug kw“	31,000	31,500	46,000	59,000	61,500	65,500
… „SOLL Stellen HSK“	**-4,000** (Überhang)	9,650	27,125	43,100	49,600	56,350
… „SOLL Stellen LRH“	**-28,395** (Überhang)	**-5,165** (Überhang)	12,310	28,285	34,785	41,535

3.2.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial Verwaltung

Die organisatorischen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Einsparung von Stellen, Personal und Personalaufwand im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bei Sicherung der Arbeitsfähigkeit und Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in dauerhaft hoher Qualität werden weiter fortgeführt. Das sind insbesondere:

- Abbau von konsolidierungserforderlichen Stellenüberhängen erfolgt konsequent mit der natürlichen Personalfluktuation sowie einzelvertraglicher Arbeitszeitverkürzungen.
- Fortschreibung der Stellen- und Personalentwicklungskonzepte der Fachbereiche mit den Schwerpunkten:
    - Aufgaben- und Personalübergangs zum LK MSP und entsprechende Neuordnung der Verwaltung als kreisangehörige Stadt
    - gezielte Personalentwicklung und Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs
- Stellenbedarfsanalysen unter Berücksichtigung von Aufgabenkritik, Aufgabenverzicht und Standardabbau als Voraussetzung für strategische Stellen- und Personalentwicklungsplanung
- Stellenbesetzungsverfahren im Rahmen der Haushaltssicherung weiterhin nach strengen Maßstäben
- Notwendige Nachbesetzungen frei werdender Stellen aus dem eigenen Personalbestand mit Ausnahme: Übernahme seitens der Stadt ausgebildeter Nachwuchskräfte und Nachbesetzung von Stellen besonderer Berufsgruppen, die ist aus dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich sind.
- Fortführung von Teilzeitangeboten: Freiwillige Teilzeitverträge, Unbezahlte Freistellung, Freistellung statt Jahressonderzahlung
- Kommunale Partnerschaften der Zusammenarbeit (z. B. zur Reduktion von Overhead-Strukturen: Personalbewirtschaftung, Organisation/IT, Statistik, interne Servicedienstleistungen, aber auch in anderen Bereichen, wie z. B. Kultur…)

Einsparpotenzial Personal- und Sachaufwand Verwaltung Plan 2012 - 2016 (Basis Plan 2011):
Zusammenfassung der FB-Maßnahmen Punkt 3.3

	2012	2013	2014	2015	2016
OB-Bereich	4.282	284.953	286.253	304.547	324.806
FB 1	135.560	1.136.003	1.245.059	1.379.958	1.438.039
FB 2	71.096	347.029	520.971	701.711	792.608
FB 3	256.987	349.803	383.302	420.671	457.487
FB 4 Aufgaben- und Personalübergang	9.919.225	9.919.225	9.919.225	9.919.225	9.919.225
FB 8	65.440	140.844	244.585	331.628	439.868
Summe	**10.452.590**	**12.177.857**	**12.599.396**	**13.057.741**	**13.372.033**

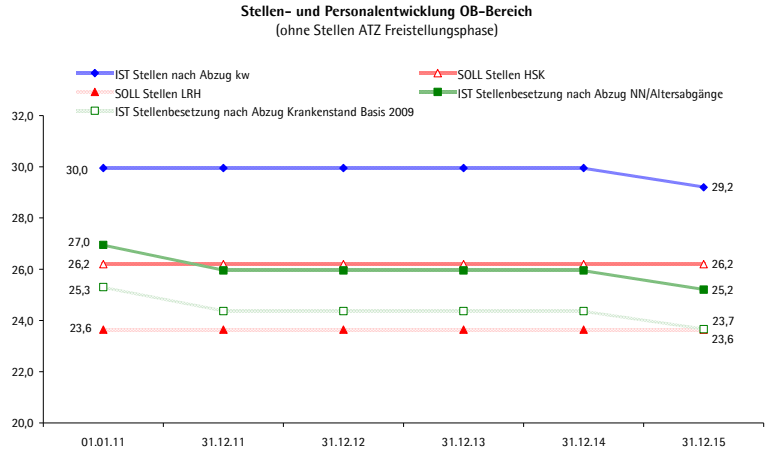
Die stellenkonkrete Untersetzung des Einsparpotenzials aus kw-Vermerken kann aus der **Anlage 5** entnommen werden sowie im Übrigen im Punkt 3.3.

3.3 Maßnahmen in den Fachbereichen

3.3.1 OB-Bereich

3.3.1.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung OB-Bereich

OB-Bereich		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
0.00	Oberbürgermeister	1,000	1,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
0.10	Beteiligungsmanagement	4,000	4,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,000	0,0%
0.20	Büro OB	10,200	10,200	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
0.40	Rechnungsprüfungsamt	6,750	5,000	1,750	25,9%	0,750	1,000	2,000	0,750	11,1%
0.50	Recht und Vergaben	8,000	6,000	2,000	25,0%	0,000	2,000	0,000	1,000	12,5%
	Z-Summe	**29,950**	**26,200**	**3,750**	**12,5%**	**0,750**	**3,000**	**3,000**	**1,750**	**5,8%**
0.99	ATZ-Freistellungen	1,500	0,000	1,500	100,0%	1,500	0,000	0,500	1,500	100,0%
	Summe	**31,450**	**26,200**	**5,250**	**16,7%**	**2,250**	**3,000**	**3,500**	**3,250**	**10,3%**
				realisiert bis 31.12.15		2,250				



Krankenstand 2009: 6,9 % (Verwaltung 7,36 %)
Ø-Alter: 49,9 Jahre (Verwaltung 50,3 Jahre)

Für die Aufgaben im OB-Bereich sind Grundbedarfe an Stellen vorzuhalten, die unabhängig der Größe der Verwaltung sind. Die Stellenentwicklung geht jedoch insgesamt noch nicht konform mit dem erforderlichen Konsolidierungsbedarf. Auf Beschluss der Stadtvertretung wurde eine zusätzliche Stelle im RPA eingerichtet.

3.3.1.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial OB-Bereich

1. Vollzug der kw-Vermerke.
2. Umsetzung der nicht mit kw untersetzten Zielstellenplanung (SOLL HSK) im Bereich Recht und Vergaben (2 VZÄ) und neue Stelle RPA.
3. Prüfung der Stellenreduzierung von 2,0 VZÄ auf Grund der Aufgabenentwicklung nach Personal- und Aufgabenübergang zum neuen LK MSP im Bereich Büro OB.

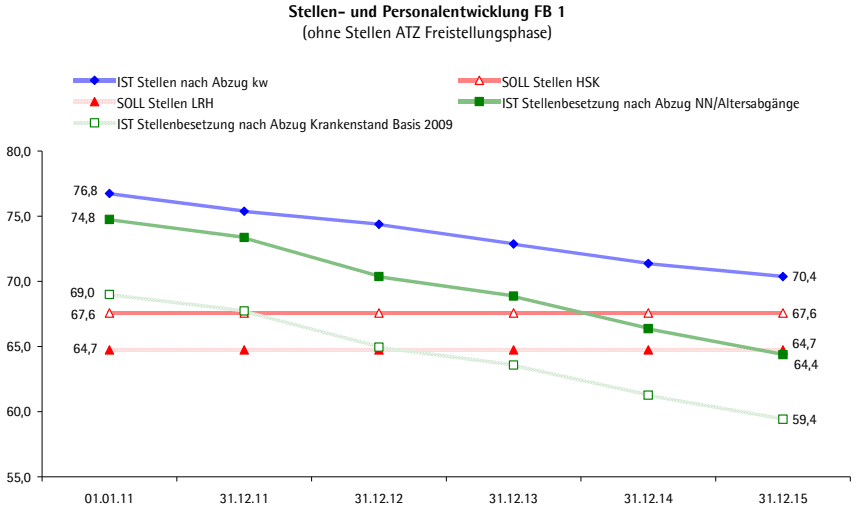
Einsparpotenzial Personal- und Sachaufwand OB-Bereich Plan 2012 - 2016 (Basis Plan 2011):

	VZÄ	2012	2013	2014	2015	2016
Personalaufwand (Kalkulationswert LRH: 49.174 €, kw auf Basis IST Personalkostenplanung Anlage 4 Personalkonzept)						
aus Nr. 1 -kw-	2,250	4.282	68.257	69.557	87.851	104.360
aus Nr. 2	2,000	0	98.348	98.348	98.348	98.348
aus Nr. 3	2,000	0	98.348	98.348	98.348	98.348
	Zwischensumme	**4.282**	**264.953**	**266.253**	**284.547**	**301.056**
Sachaufwand (Kalkulationswert LRH 5.000 €)						
aus Nr. 1 (ohne ATZ-Freistellung)	0,750	0	0	0	0	3.750
aus Nr. 2	2,000	0	10.000	10.000	10.000	10.000
aus Nr. 3	2,000	0	10.000	10.000	10.000	10.000
	Zwischensumme	**0**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**23.750**
	Summe	**4.282**	**284.953**	**286.253**	**304.547**	**324.806**

3.3.2 FB 1 Innere Verwaltung

3.3.2.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 1

FB 1 Innere Verwaltung		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
1.00	Leitung & Assistenz	4,000	4,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	1,000	25,0%
1.10	Zentrale Steuerung	6,000	5,000	1,000	16,7%	1,000	0,000	0,000	2,000	33,3%
1.20	Personalservice	13,775	12,775	1,000	7,3%	1,000	0,000	0,000	2,000	14,5%
1.30	Org und IT	1,000	1,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
1.30.20	Organisation	3,300	2,800	0,500	15,2%	0,500	0,000	0,000	0,500	15,2%
1.30.30	Informationstechnologie (IT)	12,000	11,000	1,000	8,3%	1,000	0,000	0,000	1,000	8,3%
1.40	Finanzservice	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
1.40.10	Kämmerei	5,000	5,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,000	0,0%
1.40.20	Stadtkasse	17,000	17,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	1,000	5,9%
1.40.30	Steuern	6,000	6,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,000	0,0%
	Z-Summe 1	**71,075**	**67,575**	**3,500**	**4,9%**	**3,500**	**0,000**	**2,000**	**7,500**	**10,6%**
1.99	ATZ-Freistellungen	2,000	0,000	2,000	100,0%	2,000	0,000	0,000	2,000	100,0%
	Summe 1	**73,075**	**67,575**	**5,500**	**7,5%**	**5,500**	**0,000**	**2,000**	**9,500**	**13,0%**
Stellenpool										
6.99.20	Stellenpool	5,675	0,000	5,675	100,0%	5,675	0,000	0,000	2,875	50,7%
6.99.30	ATZ-Freistellungen	1,000	0,000	1,000	100,0%	1,000	0,000	0,000	1,000	100,0%
	Summe 2	**6,675**	**0,000**	**6,675**	**100,0%**	**6,675**	**0,000**	**0,000**	**3,875**	**58,1%**
	Z-Summe 1 + 2	**76,750**	**67,575**	**9,175**	**12,0%**	**9,175**	**0,000**	**2,000**	**10,375**	**13,5%**
	Summe ATZ-Freistellungen	**3,000**	**0,000**	**3,000**	**100,0%**	**3,000**	**0,000**	**0,000**	**3,000**	**100,0%**
	Summe 1 + 2	**79,750**	**67,575**	**12,175**	**15,3%**	**12,175**	**0,000**	**2,000**	**13,375**	**16,8%**
				realisiert bis 31.12.15		8,875				



Krankenstand 2009 (Verwaltung 7,36 %):
FB 1: 7,7 % Stellenpool: 17,2 %
Ø-Alter: (Verwaltung 50,3 Jahre)
FB 1: 51,2 Jahre Stellenpool: 54,1 Jahre

Ähnlich wie im OB-Bereich sind für den FB 1 Stellengrundbedarfe vorzuhalten, die unabhängig der Größenordnung der Verwaltung sind. Rechnungsumstellung, Haushaltskonsolidierung, Aufgaben- und Personalübergang binden mittelfristig zusätzliche Kapazitäten.

Die Differenz von Stellenentwicklung und SOLL-Stellenausstattung liegt in der zeitnahen Vermittlung der im Stellenpool geführten Beschäftigten auf dauerhafte Stellen. Altersdurchschnitt und Krankenstand dieser Beschäftigten ist überdurchschnittlich hoch.

3.3.2.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 1

1. Vollzug der kw-Vermerke.
2. Schnellere Realisierung der nicht im Berichtszeitraum mit kw untersetzten Zielstellenplanung (SOLL HSK) im Stellenpool von 5,05 VZÄ.
3. Prüfung der Stellenreduzierung auf Grund der Aufgabenentwicklung nach Personal- und Aufgabenübergang zum neuen LK MSP in den Bereichen:

– dez. Haushalt	1,000
– Zentrale Steuerung/Statistik	2,000
– Personalservice	3,000
– Finanzservice	8,000
Summe	**14,000**

4. Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des zentralen und dezentralen Rechnungswesens mit dem Ziel der weiteren Reduzierung des Personalaufwandes.

Einsparpotenzial Personal- und Sachaufwand FB 1 Plan 2012 - 2016 (Basis Plan 2011):

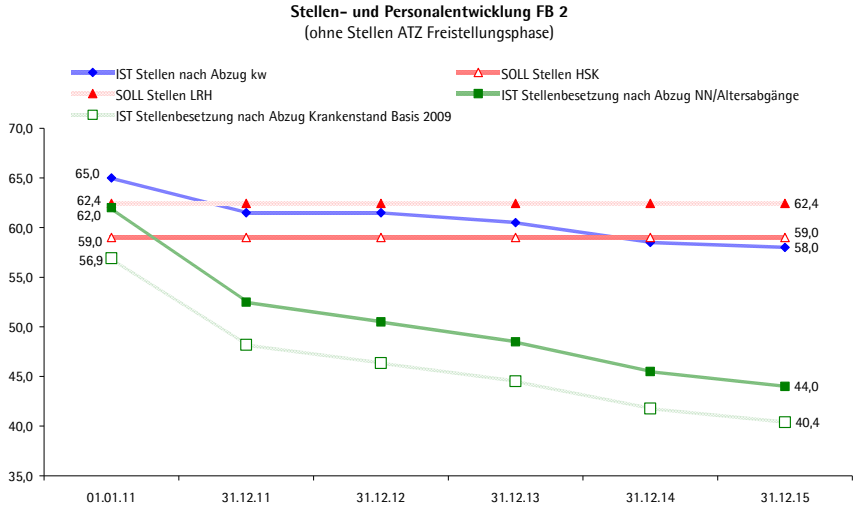
	VZÄ	2012	2013	2014	2015	2016
Personalaufwand (Kalkulationswert LRH: 49.174 €, kw auf Basis IST Personalkostenplanung Anlage 4 Personalkonzept)						
aus Nr. 1 -kw-	8,875	123.685	185.461	287.017	416.917	467.498
aus Nr. 2	5,050	0	248.329	248.329	248.329	248.329
aus Nr. 3	14,000	0	590.088	590.088	590.088	590.088
aus Nr. 4	Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.					
	Zwischensumme	**123.685**	**1.023.878**	**1.125.434**	**1.255.333**	**1.305.914**
Sachaufwand (Kalkulationswert LRH 5.000 €)						
aus Nr. 1 (ohne ATZ-Freistellung)	7,375	11.875	16.875	24.375	29.375	36.875
aus Nr. 2	5,050	0	25.250	25.250	25.250	25.250
aus Nr. 3	14,000	0	70.000	70.000	70.000	70.000
aus Nr. 4	Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.					
	Zwischensumme	**11.875**	**112.125**	**119.625**	**124.625**	**132.125**
	Summe	**135.560**	**1.136.003**	**1.245.059**	**1.379.958**	**1.438.039**

3.3.3 FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales

3.3.3.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 2

FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
2.00	Leitung & Assistenz	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
2.00.10	Dezentrale Steuerung & Soziales	6,500	6,000	0,500	7,7%	0,500	0,000	0,000	2,500	38,5%
2.10	Bauordnung	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
2.10.10	Bauaufsicht	9,000	8,000	1,000	11,1%	2,000	-1,000	0,000	4,000	44,4%
2.10.20	Bauverwaltung	3,500	3,000	0,500	14,3%	0,500	0,000	0,000	0,500	14,3%
2.20	Stadtplanung	4,000	4,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	1,000	25,0%
2.20.10	Fachplanung	7,500	6,000	1,500	20,0%	1,500	0,000	1,000	2,500	33,3%

FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales	IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
2.20.20 Bauleitplanung	7,500	6,000	1,500	20,0%	1,500	0,000	0,000	3,500	46,7%
2.40 Wirtschaft, Stadtentwicklung und Arbeit	2,000	2,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,000	0,0%
2.40.10 Stadtentwicklung und Städtebau	7,500	7,000	0,500	6,7%	0,500	0,000	1,000	2,500	33,3%
2.40.20 Wirtschaft und Arbeit	4,500	4,000	0,500	11,1%	0,500	0,000	0,000	1,500	33,3%
2.40.30 Wohngeld	7,000	7,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
Z-Summe	**65,000**	**59,000**	**6,000**	**9,2%**	**7,000**	**-1,000**	**3,000**	**18,000**	**27,7%**
2.99 ATZ-Freistellungen	8,000	0,000	8,000	100,0%	8,000	0,000	3,500	8,000	100,0%
Summe	**73,000**	**59,000**	**14,000**	**19,2%**	**15,000**	**-1,000**	**6,500**	**26,000**	**35,6%**
				realisiert bis 31.12.15	15,000				



Krankenstand 2009: 8,2 % (Verwaltung 7,36 %)
Ø-Alter: 52,1 Jahre (Verwaltung 50,3 Jahre)

Der FB konnte mit seinem Personalentwicklungskonzept das erforderliche Konsolidierungspotenzial erschließen.

Die Diskrepanz zwischen SOLL-Stellenausstattung und Besetzung ist überdurchschnittlich hoch. Ebenso Altersdurchschnitt und Krankenquote. Bereits 2011 liegt die Besetzung unter der vom LRH geforderten Stellenausstattung.

3.3.3.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 2

1. Vollzug der kw-Vermerke
2. Prüfung der Stellenausstattung im Bereich dezentrale Steuerung und Soziales unter Berücksichtigung der Neuordnung der im Rahmen des Aufgaben- und Personalübergangs verbleibenden städtischen Aufgaben aus dem Jugend- und Sozialbereich.

Einsparpotenzial Personal- und Sachaufwand FB 2 Plan 2012 - 2016 (Basis Plan 2011):

	VZÄ	2012	2013	2014	2015	2016
Personalaufwand (Kalkulationswert LRH: 49.174 €, kw auf Basis IST Personalkostenplanung Anlage 4 Personalkonzept)						
aus Nr. 1 -kw-	13,000	56.096	329.529	498.471	669.211	757.608
aus Nr. 2	Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.					
Sachaufwand (Kalkulationswert LRH 5.000 €)						
aus Nr. 1 (ohne ATZ-Freistellung)	7,000	15.000	17.500	22.500	32.500	35.000
aus Nr. 2	Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.					
	Summe	**71.096**	**347.029**	**520.971**	**701.711**	**792.608**

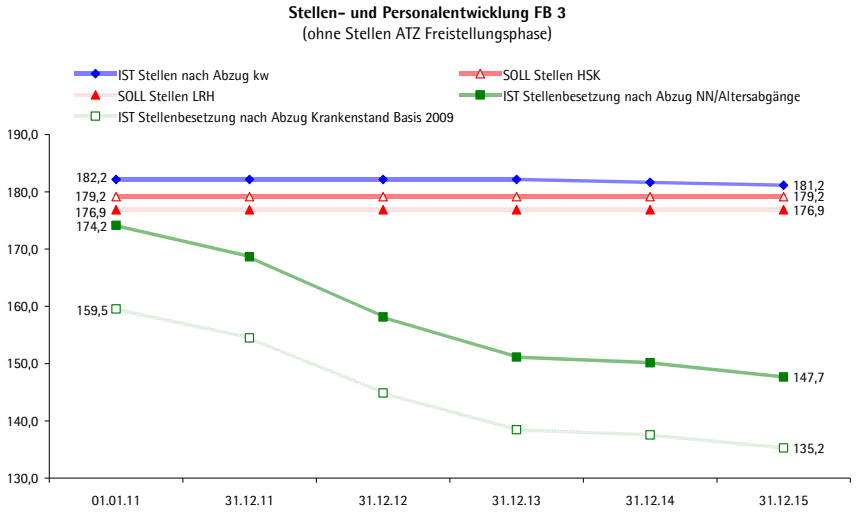
3.3.4 FB 3 Sicherheit und Ordnung

3.3.4.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 3

FB 3 Sicherheit und Ordnung		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
3.00	Leitung & Assistenz	5,000	5,000	0,000	0,0%		0,000		1,000	20,0%
3.10	Ordnung und Gewerbe	29,650	28,150	1,500	5,1%	0,500	1,000	1,000	6,000	20,2%
3.50	Straßenverkehr	17,000	16,000	1,000	5,9%		1,000		1,000	5,9%
3.60	Einwohnerservice	2,000	2,000	0,000	0,0%		0,000		0,000	0,0%
3.60.10	Bürgerbüro	17,000	17,000	0,000	0,0%		0,000		3,000	17,6%
3.60.20	Melde-, Pass-, Personalausweis- Lohnsteuer.	9,500	9,000	0,500	5,3%	0,500	0,000		2,500	26,3%
3.60.30	Standesamt	6,000	6,000	0,000	0,0%		0,000	1,000	2,000	33,3%
	Z-Summe 1	**86,150**	**83,150**	**3,000**	**3,5%**	**1,000**	**2,000**	**2,000**	**15,500**	**18,0%**

FB 3 Sicherheit und Ordnung	IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
Brandschutz und Rettungsdienst									
3.30 Brandschutz und Rettungsdienst	3,000	96,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,0	0,0%
3.30.10 Verwaltung und Zivilschutz	4,000							2,000	50,0%
3.30.30 Einsatzdienst	84,000						5,000	8,000	9,5%
3.30.40 Vorbeugender Brandschutz	2,000							0,000	0,0%
3.30.50 Technik	3,000							1,000	33,3%
Z-Summe 2	**96,000**	**96,000**	**0,000**	**0,0%**	**0,000**	**0,000**	**6,000**	**11,000**	**11,5%**
Z-Summe 1 + 2	**182,150**	**179,150**	**3,000**	**1,6%**	**1,000**	**2,000**	**8,000**	**26,500**	**14,5%**
ATZ-Freistellungen	5,000	0,000	5,000	100,0%	5,000	0,000	2,000	5,000	100,0%
Summe	**187,150**	**179,150**	**8,000**	**4,3%**	**6,000**	**2,000**	**10,000**	**31,500**	**16,8%**

realisiert bis 31.12.15 6,000



Krankenstand 2009: 8,4 % (Verwaltung 7,36 %)
Ø-Alter: 48,5 Jahre (Verwaltung 50,3 Jahre)

Auch im FB 3 wird es den nächsten Jahren einen starken Altersabgang geben. Die Stellenbesetzung liegt bereits zum 01.01.11 unter der geforderten SOLL-Stellenausstattung und es besteht Personalbedarf. Mit dem vorhandenen Personalbestand und dem höchsten Krankenstand in der Verwaltung können die überwiegend pflichtigen, Einwohnerorientierten und fallzahlenbasierten Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität wahrgenommen werden und führen zur Mehrbelastung der arbeitsfähigen Beschäftigten.

3.3.4.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 3

1. Vollzug der kw-Vermerke, einschl. ATZ-Freistellungsphase.
2. Umsetzung der nicht mit kw untersetzten Zielstellenplanung (SOLL HSK) in den Bereichen:
   - Ordnung und Gewerbe
   - Straßenverkehr
3. Prüfung von Einssparpotenzial im Brandschutz und Rettungsdienst.

Einsparpotenzial Personal- und Sachaufwand FB 3 Plan 2012 – 2016 (Basis Plan 2011):

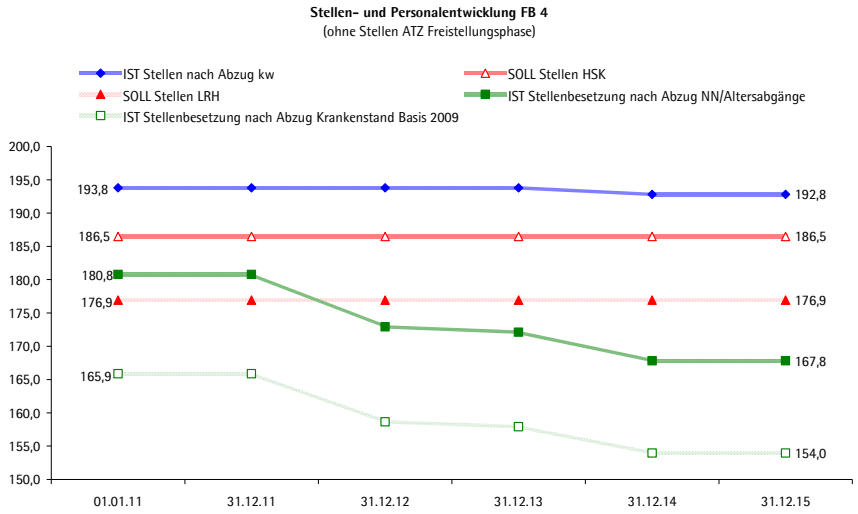
	VZÄ	2012	2013	2014	2015	2016
Personalaufwand (Kalkulationswert LRH: 49.174 €, kw auf Basis IST Personalkostenplanung Anlage 4 Personalkonzept)						
aus Nr. 1 -kw-	6,000	94.465	187.281	220.780	255.649	289.965
aus Nr. 2	3,000	147.522	147.522	147.522	147.522	147.522
	Zwischensumme	**241.987**	**334.803**	**368.302**	**403.171**	**437.487**
Sachaufwand (Kalkulationswert LRH 5.000 €)						
aus Nr. 1 (ohne ATZ-Freistellung)	1,000	0	0	0	2.500	5.000
aus Nr. 2	3,000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
	Zwischensumme	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**17.500**	**20.000**
	Summe	**256.987**	**349.803**	**383.302**	**420.671**	**457.487**

3.3.5 FB 4 Kreisaufgaben

3.3.5.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 4

FB 4 Kreisaufgaben		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
4.00	Leitung & Assistenz	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
4.00.10	Haushalt und Controlling	6,575	6,575	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,000	0,0%
4.10	Ordnung, Ausländer, IRLS, Katastrophenschutz	16,000	15,000	1,000	6,3%	0,000	1,000	3,000	3,000	18,8%
4.20	Schule	15,950	15,950	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	1,600	10,0%
4.30	Jugendamt	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%

FB 4 Kreisaufgaben		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
4.30.10	Kinder- und Jugendförderung	11,575	11,075	0,500	4,3%	0,000	0,500	1,000	0,875	7,6%
4.30.20	Sozialpädagogische Dienste	25,000	22,500	2,500	10,0%	0,000	2,500	1,000	2,000	8,0%
4.50	Soziales	4,000	25,650	0,800	20,0%	0,000	0,800	0,000	0,000	0,0%
4.50.10	Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen	12,700				0,000		0,000	0,000	0,0%
4.50.20	Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen	8,000				0,000		0,000	0,000	0,0%
4.50.40	Betreuungsbehörde	1,750				0,000		0,000	0,000	0,0%
4.50.50	Jobcenter	41,000	41,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	6,000	0,000	0,0%
4.60	Umwelt, Naturschutz, Abfall, Gutachterausschuss	12,250	10,750	1,500	12,2%	1,500	0,000	0,000	1,500	12,2%
4.70	Gesundheitsamt	1,000	1,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
4.70.10	Medizinalverwaltung	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
4.70.20	Hygiene und Amtsärztlicher Dienst	7,000	6,000	1,000	14,3%	0,000	1,000	0,000	2,000	28,6%
4.70.30	Kinder- und Jugendärztlicher Dienst	7,000	7,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
4.70.40	Sozialpsychiatischer Dienst	3,000	3,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
4.80	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	7,000	7,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	1,000	14,3%
4.90	Volkshochschule	5,000	5,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	1,000	20,0%
	Z-Summe	**193,800**	**186,500**	**7,300**	**3,8%**	**1,500**	**5,800**	**13,000**	**12,975**	**6,7%**
4.99	ATZ-Freistellungen	12,675	0,000	12,675	100,0%	12,675	0,000	0,000	12,675	100,0%
	Summe	**206,475**	**186,500**	**19,975**	**9,7%**	**14,175**	**5,800**	**13,000**	**25,650**	**12,4%**
				realisiert bis 31.12.15		13,675				



Krankenstand 2009: 8,26 % (Verwaltung 7,36 %)
Ø-Alter: 49,1 Jahre (Verwaltung 50,3 Jahre)

Hier ist eine ähnliche Situation wie im FB 3 festzustellen. Die Stellenbesetzung geht bereits zum 01.01.2011 mit der geforderten Stellenausstattung konform ohne dass die Aufgabenstrukturen angepasst wurden oder auch werden können. Zum 31.12.2011 besteht Personalbedarf.

Für das Jugendamt kann die Stellenbemessung des LRH von 29,5 VZÄ nicht akzeptiert werden. Das HSK sieht hier 35,575 VZÄ vor. Das derzeitige IST von 39,575 VZÄ wird vom Jugendamt/Jugendhilfeausschuss als nicht ausreichend betrachtet. Eine aktuelle Personalbedarfsfeststellung im Jugendamt durch externe Dritte bestätigt diese Auffassung. Auch eigene Untersuchungen können das Ergebnis des LRH nicht bestätigen.

Die Aufgaben und das Personal gehen zum 04.09.2011 Kraft Gesetztes zum LK MSP über. Aufgaben, Strukturen und Prozesse sowie Stellenausstattung sind durch LK MSP neu zu definieren.

3.3.5.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 4

Dem FB 4 sind alle kreislichen Aufgaben und Stellen sowie das Personal, das ausschließlich mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben befasst ist, zugeordnet. Ausnahme bilden:

- die Schulhausmeister der kreislichen Schulen in SIM – 16,5 VZÄ,
- das für die kreislichen Aufgaben notwendige Querschnittspersonal – 26 VZÄ (zentraler Overhead OB-Bereich, FB 1 und SIM),
- sowie kreisliche Aufgaben, die ohne Personal übergehen (wie Rettungsdienst, PsychKG, ÖPNV).

Für die kreisliche Aufgabe "Abfallwirtschaft" wird eine städtische Aufgabenerfüllung angestrebt. Eine entprechende Vorlage wurde erarbeitet.

Es wird davon ausgegangen das die Aufgaben und das Personal des FB 4 zum 04.09.11 per Gesetz an den LK MSP übergehen. Aus diesem Grund wird auf weiterführende Maßnahmen verzichtet.

Personal- und Sachkosteneinsparung FB 4 Plan 2012 - 2016 (Basis Plan 2011):

VZÄ, einschl. Stellen ATZ-Freistellung			206,475
VZÄ, ohne Stellen ATZ-Freistellung			193,800
Personalaufwand	Plan EHH 11 ohne Rückstellungen		9.555.100
Sachaufwand	Kalkulationswert	5.000 €	969.00
		Summe	**10.524.100**

Das Einsparpotenzial für die nicht im FB 4 enthaltenen kreislichen Aufgaben/Personal wird bei den entsprechenden FB/SIM ausgewiesen.

Nachrichtlich: Einsparpotenzial aus den kw-Vermerken:

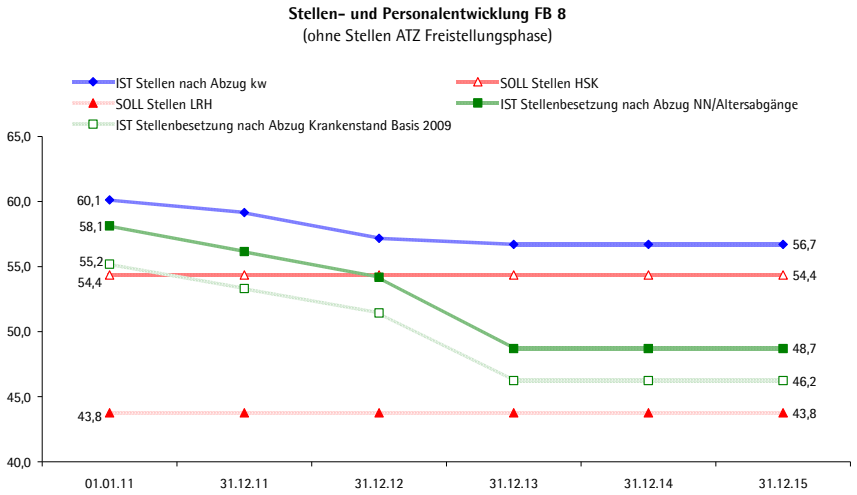
VZÄ Stpl 11	VZÄ	Personalaufwand EHH 11 ohne Rückstellungen	2012	2013	2014	2015	2016
206,475	13,675	9.555.100	419.598	675.368	974.312	998.128	998.128
100,0%	6,9%	100,0%	4,4%	7,1%	10,2%	10,4%	10,4%

3.3.6 FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule und Sport

3.3.6.1 Situation und Einsparvorgaben zur Stellenausstattung FB 8

FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
8.00	Leitung & Assistenz	2,000	2,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	1,000	0,000	0,0%
8.00.10	Dezentrale Steuerung	5,450	4,950	0,500	9,2%	0,500	0,000	0,000	2,500	45,9%
8.00.20	Stadtmarketing	3,875	3,875	0,000		0,000	0,000	1,000	0,000	
8.90.30	Sport	2,000	2,000	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	1,000	50,0%
8.10	Städtischer Kulturbetrieb	4,950	3,000	1,950		0,000	1,950	0,000	0,000	
8.40	Regionalbibliothek	18,575	16,650	1,925	10,4%	1,925	0,000	0,000	3,925	21,1%

FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport		IST 2011	SOLL HSK	Abbau	in %	mit kw untersetzt	Differenz zum HSK	freie Stellen	Altersab-gänge	in % vom IST 2011
8.50	Regionalmuseum	6,650	6,000	0,650	9,8%	0,650	0,000	0,000	0,500	7,5%
8.60	Kunstsammlung	4,325	3,825	0,500	11,6%	0,500	0,000	0,000	1,500	34,7%
8.70	Stadtarchiv	4,000	3,750	0,250	6,3%	0,000	0,250	0,000	0,000	0,0%
8.90	Schule	8,300	8,300	0,000	0,0%	0,000	0,000	0,000	0,000	0,0%
	Z-Summe	**60,125**	**54,350**	**5,775**	**9,6%**	**3,575**	**2,200**	**2,000**	**9,425**	**15,7%**
8.99	ATZ-Freistellungen	2,688	0,000	2,688	100,0%	2,688	0,000	0,500	2,688	100,0%
	Summe	**62,813**	**54,350**	**8,463**	**13,5%**	**6,263**	**2,200**	**2,500**	**12,113**	**19,3%**
				realisiert bis 31.12.15		5,138				



Krankenstand 2009: 5,06 % (Verwaltung 7,36 %)
Ø-Alter: 49,6 Jahre (Verwaltung 50,3 Jahre)

Im FB 8 wird durch den LRH für den Kulturbereich als freiwilliger Bereich neben dem Jugendamt das Höchste Einsparpotenzial erwartet. SOLL HSK = 31,225 und SOLL LRH 24,44. Bereits das SOLL HSK konnte noch nicht vollständig untersetzt werden.

Mit der Neuordnung von Stadtmarketing und Kultur im FB 8 und in Kooperation mit der VZN GmbH und anderen Kulturträgern sind nach neuen Wegen zu suchen, um mit weniger städtischen Ressourceneinsatz für die Stadt, ihre Umgebung und ihre Besucher ein ansprechendes Kulturgebot vorzuhalten.

3.3.6.2 Maßnahmen und Einsparpotenzial FB 8

1) Umsetzung der kw-Vermerke.
2) Umsetzung der nicht mit kw untersetzten Zielstellenplanung (SOLL HSK) im Stadtarchiv/Zentrales Sammlungsportal (nach Aufarbeitung der elektronischen Erfassung reguläre Aufgabe)
3) Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im gesamten FB sowie Prüfung nachfolgender Optimierungsmöglichkeiten mit dem Ziel der weiteren Reduzierung des Personalaufwandes.
   - Realisierung eines Netzwerkes "Bibliothekssoftware Mecklenburgische Seenplatte"
   - Kreis- und Verbundslösung zur Unterhaltung und Nutzung der "digitalen Bibliothek" (Onleihe)
   - Bereitstellung von Online-Datenbanken (Lexixnexis) zur Information und Recherche für Verwaltungen durch den Kreis und als Verbundlösung für alle Städte und Gemeinden im Kreis.
   - Verhandlung mit dem neuen LK MSP über anteilige finanzielle Beteiligungen/Förderungen an den Kultureinrichtungen und Veranstaltungen mit überregionalem Charakter.

Einsparpotenzial Personal- und Sachaufwand FB 8 Plan 2012 - 2016 (Basis Plan 2011):

	VZÄ	2012	2013	2014	2015	2016
Personalaufwand (Kalkulationswert LRH: 49.174 €, kw auf Basis IST Personalkostenplanung Anlage 4 Personalkonzept)						
aus Nr. 1 -kw-	5,138	60.565	116.344	121.821	208.863	317.104
aus Nr. 2	1,950	0	0	95.889	95.889	95.889
aus Nr. 3	Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.					
	Zwischensumme	**60.565**	**116.344**	**217.710**	**304.753**	**412.993**
Sachaufwand (Kalkulationswert LRH 5.000 €)						
aus Nr. 1 (ohne ATZ-Freistellung)	3,425	4.875	14.750	17.125	17.125	17.125
aus Nr. 2	1,950	0	9.750	9.750	9.750	9.750
aus Nr. 3	Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.					
	Zwischensumme	**4.875**	**24.500**	**26.875**	**26.875**	**26.875**
	Summe	**65.440**	**140.844**	**244.585**	**331.628**	**439.868**

Vergleich Stellen 2010 - 2011

Anlage 1

Personalkonzept 2011 - 2016

Nr.	Organisationseinheit	Plan 10 VZÄ	Plan11 VZÄ	+/- VZÄ
OB-Bereich				
0.00	Oberbürgermeister	1,000	1,000	
0.10	Beteiligungsmanagement	3,000	4,000	1,000
0.20	Büro OB	13,075	10,200	-2,875
0.40	Rechnungsprüfungsamt	5,750	6,750	
0.50	Recht und Vergaben	8,000	8,000	0,000
	Zwischensumme	**30,825**	**29,950**	**-1,875**
0.99	ATZ-Freistellungen	1,000	1,500	0,500
	Summe OB-Bereich	**31,825**	**31,450**	**-0,375**
FB 1 Innere Verwaltung				
1.00	Innere Verwaltung	4,000	4,000	
1.10	Zentrale Steuerung	7,000	6,000	-1,000
1.20	Personalservice	13,375	13,775	0,400
1.30	Organisation und IT	1,000	1,000	
1.30.20	Organisation	3,300	3,300	
1.30.30	Informationstechnologie (IT)	13,000	12,000	-1,000
1.40	Finanzservice	3,000	3,000	
1.40.10	Kämmerei	5,000	5,000	
1.40.20	Stadtkasse	18,000	17,000	-1,000
1.40.30	Steuern	6,000	6,000	
	Zwischensumme	**73,675**	**71,075**	**-2,600**
1.99	ATZ-Freistellungen	3,500	2,000	-1,500
	Summe FB 1 (1)	**77,175**	**73,075**	**-4,100**
Sonstige Stellen				
6.99.20	Stellenpool	13,675	5,675	-8,000
6.99.30	ATZ-Freistellungen	1,500	1,000	-0,500
	Summe FB 1 (2)	**15,175**	**6,675**	**-8,500**
	Summe FB 1	**92,350**	**79,750**	**-12,600**

Nr.	Organisationseinheit	Plan 10 VZÄ	Plan 11 VZÄ	+/- VZÄ
FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales				
2.00	Stadtplanung, Umwelt, Wirtschaft und Soziale	3,500	3,000	-0,500
2.00.10	Dezentrale Steuerung und Soziales	6,000	6,500	0,500
	Wohnsitzgemeine KITA (1 Stelle vom Jugendamt)			
2.10	Bauordnung, Abfallwirtschaft und Umwelt	2,000	3,000	1,000
2.10.10	Bauaufsicht	11,000	9,000	-2,000
2.10.20	Bauverwaltung	6,000	3,500	-2,500
2.10.30	Umwelt und Naturschutz	7,500		-7,500
2.10.40	Abfallwirtschaft	6,000		-6,000
2.20	Stadtplanung	4,000	4,000	
2.20.10	Fachplanung	7,500	7,500	
2.20.20	Bauleitplanung	9,000	7,500	-1,500
2.40	Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wohnen	2,000	2,000	
2.40.10	Stadtentwicklung und Städtebau	9,000	7,500	-1,500
2.40.20	Wirtschaft und Arbeit	5,500	4,500	-1,000
2.40.30	Wohngeld	7,000	7,000	
2.50	Soziales	4,000		-4,000
2.50.10	Sozial- und Wohnungslosenhilfe	9,350		-9,350
2.50.20	Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen	14,400		-14,400
2.50.40	Betreuungsbehörde	1,750		-1,750
2.50.50	Jobcenter (ARGE)	35,075		-35,075
	Zwischensumme	150,575	65,000	-85,575
2.99	ATZ-Freistellungen	6,375	8,000	1,625
	Summe FB 2	**156,950**	**73,000**	**-83,950**

Vergleich Stellen 2010 - 2011

Nr.	Organisationseinheit	Plan 10 VZÄ	Plan11 VZÄ	+/- VZÄ
FB 3 Sicherheit und Ordnung				
3.00	Sicherheit und Ordnung	6,000	5,000	-1,000
3.10	Ordnung und Gewerbe	31,525	29,650	-1,875
3.50	Straßenverkehr	17,000	17,000	
3.60	Einwohnerservice	2,000	2,000	
3.60.10	Bürgerbüro	17,000	17,000	
3.60.20	Melde-, Pass-, ...	10,000	9,500	-0,500
3.60.30	Standesamt	5,000	6,000	
3.60.40	Ausländer...	4,000		-4,000
3.70	Gesundheitsamt	2,000		-2,000
3.70.10	Medizinalverwaltung	2,000		-2,000
3.70.20	Hygiene und Amtsärztlicher Dienst	7,000		-7,000
3.70.30	Kinder- und Jugendärztlicher Dienst	8,000		-8,000
3.70.40	Sozialpsychiatischer Dienst	3,000		-3,000
3.80	VLÜamt	10,000		-10,000
3.30	Brandschutz und Rettungsdienst	3,000	3,000	0,000
3.30.10	Verwaltung und Zivilschutz	4,000	4,000	
3.30.20	IRLS	4,000		-4,000
3.30.30	Einsatzdienst	87,000	84,000	-3,000
3.30.40	Vorbeugender Brandschutz	2,000	2,000	0,000
3.30.50	Technik	4,000	3,000	-1,000
	Zwischensumme	228,525	182,150	-47,375
3.99	ATZ-Freistellungen	7,500	5,000	-2,500
	Summe FB 3	**236,025**	**187,150**	**-49,875**

Nr.	Organisationseinheit	Plan 10 VZÄ	Plan 11 VZÄ	+/- VZÄ
FB 4 Kreisaufgaben				
4.00	Kultur, Stadtmarketing, Schule und Sport	3,000	3,000	
4.00.10	Haushalt und Controlling	4,625	6,575	1,950
4.00.20	Kulturförderung	4,000		-4,000
4.10	Ordnung, Ausländer, IRLS, Katastrophenschutz		16,000	16,000
4.20	Schule	23,275	15,950	-7,325
4.30	Jugendamt	3,000	3,000	
4.30.10	Kinder- und Jugendförderung	12,075	11,575	-0,500
4.30.20	Sozialpädagogische Dienste	25,000	25,000	
4.40	Sport	3,000		-3,000
4.50	Soziales		4,000	4,000
4.50.10	Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen		12,700	12,700
4.50.20	Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen		8,000	8,000
4.50.40	Betreuungsbehörde		1,750	1,750
4.50.50	Jobcenter (ARGE)		41,000	41,000
4.60	Umwelt, Naturschutz, Abfall, Gutachterausschuss		12,250	12,250
4.70	Gesundheitsamt		1,000	1,000
4.70.10	Medizinalverwaltung		3,000	3,000
4.70.20	Hygiene und Amtsärztlicher Dienst		7,000	7,000
4.70.30	Kinder- und Jugendärztlicher Dienst		7,000	7,000
4.70.40	Sozialpsychiatischer Dienst		3,000	3,000
4.80	VLÜamt		7,000	7,000
4.80	Volkshochschule		5,000	5,000
	Zwischensumme	**77,975**	**193,800**	**115,825**
4.99	ATZ-Freistellungen	5,400	12,675	7,275
	Summe FB 4	**83,375**	**206,475**	**123,100**

Vergleich Stellen 2010 - 2011

Nr.	Organisationseinheit	Plan 10 VZÄ	Plan11 VZÄ	+/- VZÄ
FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport				
8.00	Städtischer Kulturbetrieb	1,000	2,000	1,000
8.00.10	Dezentrale Steuerung	0,000	5,450	5,450
8.00.20	Stadtmarketing	0,000	3,875	3,875
8.00.30	Sport	0,000	2,000	2,000
8.10	Städtischer Kulturbetrieb	0,000	4,950	4,950
8.10.40	Regionalbibliothek	22,888	18,575	-4,313
8.10.50	Regionalmuseum	14,500	6,650	-7,850
8.10.60	Kunstsammlung	0,000	4,325	4,325
8.10.70	Stadtarchiv	4,000	4,000	0,000
8.80	Volkshochschule	4,750	0,000	-4,750
8.90	Schule	0,000	8,300	8,300
	Zwischensumme	**47,138**	**60,125**	**12,987**
8.99	ATZ-Freistellungen	2,200	2,688	0,488
	Summe FB 8	**49,338**	**62,813**	**13,475**

Nr.	Organisationseinheit	Plan 10 VZÄ	Plan 11 VZÄ	+/- VZÄ
	Summe FB	**622,388**	**607,775**	**-16,613**
	Summe ATZ-Freistellungen	**27,475**	**32,863**	**5,388**
	Summe Verwaltung	**649,863**	**640,638**	**-11,225**

Übersicht freie (NN) und freiwerdende Stellen (Altersabgänge) nach FB

31 Freie (NN) und 92 freiwerdende Stellen (Altersabgänge: Beginn ATZ-Freistellung, Rente/Pension), ohne 99-Stellen (bereits in ATZ-Freistellung)
Zeitraum 01.01.2011 – 31.12.2015
Lfd. Nr. / Monat/Jahr des Ausscheidens / Stellenbezeichnung / Vergütung / kw = künftig wegfallend

OB-Bereich
2011

1 NN SB Beteiligungsmanagement, E 10 BuV
2 NN SB Rechnungsprüfung, E 8
3 NN StVOI, Verwaltungsprüfer/in, A 10

1 11/11 Justitiar/in, E 13 hD
2015
2 11/15 kw Sekretärin RPA, E 5

FB 1 Innere Verwaltung
2011

1 NN SB Steuern
2 NN Projektkoordinator/in Gesamtabschluss, E 11

0 06/11 kw SB Stellenpool (Verlagerung Person FB 2)
1 10/11SB Nachrichtentechnik, E 6, kw 07/16
2012
2 02/12 SB Stellenpool, E 5, kw 01/15
3 07/12 SB Haushalt, E 5
4 07/12 StVA, SB Organisation, A 11, kw 06/15
5 12/12 SB Personalaufwendungen, E 9
2013
6 07/13 DV-Organisator/in, E 11, kw 06/15
7 11/13 kw SB Controlling, E 9
2014
8 04/14 kw StVOI, SB Personal, A 10
9 04/14 SB Statistik, E 9
10 08/14 kw SB Stellenpool, E 8/9
2015
11 08/15 kw SB Stellenpool, E 5,
12 06/15 StVHS, Vollstrecker/in im Außendienst, A 8

FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Soziales
2011

1 NN SB Stadtplanung/Verkehr, E 10
2 NN Sekretär/in 2.40, E 5
3 NN SB Stadtentwicklung und Koordinierung, E 9

1 02/11 Planungsingenieur Projektierung, E 10, kw 01/15
2 03/11 SB Baurecht, E 9
3 04/11 SB Unternehmensförderung, E 9
4 05/11 kw SB Registratur, E 5/6
5 05/11 Sekretär/in, E 5
6 05/11 SB Stadtgestaltung, E 10 kw 10/12
7 06/11 SB Wohnraumerfassung, E 8
8 07/11 SGL Dez. Steuerung & Soziales, E 14 kw 07/15
9 08/11 Planungsingenieur/in Proj., E 10, kw 07/15
10 10/11 SB Haushalt, E 8/9
11 12/11 Technische/r Zeichner/in, E 6, kw 11/14
2012
12 01/12 SB Planungsberatung, E 9
13 06/12 Stadtplaner/in Verbindliche Bauleitpl., E 10
14 12/12 Technische/r Sachbearbeiter/in, E 10

2013

15 01/13 SB Planung Gewerbe/Ind.gebiete, E 9, kw 12/17
16 02/13 SB Abwasser, E 10, kw 03/16
17 05/13 SB Stadtentwicklung, E 10

2014

18 07/14 kw Technische/r Sachbearbeiter/in, E 10
19 09/14 SB Haushalt, E 8/10
20 06/14 Technische/r Zeichner/in, E 6, kw 02/19
21 03/14 SB Dok. Städtebauförderung, E 5, kw 02/19

2015

22 09/15 StBauR, SB Stadtgestaltung, A 13 hD ku E 10
23 01/15 Technische/r Zeichner/in, E 6, kw 12/19

FB 3 Sicherheit und Ordnung

2011

1 NN Standesbeamter/in, E 9
2 NN SB Reise-, KFZ-, weiteres Gewerbe, E 8
3 NN Oberarzt/in, E 15
4 NN BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Maschinist, A 7
5 NN BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Maschinist, A 7
6 NN OBM, Rettungsassistent, Truppführer, A 8
7 NN OBM, Rettungsassistent, Truppführer A 8
8 NN BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Maschinist, A 7

1 07/11 Kundenberater/in, E 8
2 08/11 BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Maschinist, A 7
3 10/11 Sekretär/in mit SB-Aufgaben, E 5
4 11/11 StVS, SB Registratur, A 6
5 11/11 StVS, SB Melde/Passang., A 6, kw 04/14
6 12/11 SB Haushalt Verwaltung 3.30, E 8

2012

7 01/12 StVHS, SB Allgemeine Ordnungswidrigkeiten A 8
8 05/12 StBOI, Stellv. Wachführer, A 9
9 05/12 HBM, Stellv. Zugführer/in, A 9
10 06/12 StVS, SB Melde- und Passangelegenheiten, A 8
11 08/12 SB Infothek, E 5
12 08/12 Telefonist/in, E 3/5
13 10/12 StVS, SB Melde- und Passangelegenheiten, A 6
14 10/12 SB Urkundenstelle, E 6
15 12/12 SB Haushalt, E 5
16 12/12 StVHS, SB StraßenverkehrsOwig, A 8, kw 11/15
17 12/12 SB Registratur.. 3.30, E 5

2013

18 02/13 BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Maschinist, A 7
19 03/13 OBM, SB Atem- und Strahlenschutz, A 8
20 10/13 MA Außendienst, E 8 ku E 6
21 09/13 Standesbeamter/in Urkundenstelle, E 9
22 10/13 MA Außendienst, E 8 ku E 6
23 11/13 StVOI, SB Sicherheit und Ordnung, A 10
24 12/13 HBM, Gruppenführer/in, A 9

2014

25 11/14 OBM, Rettungsassistent, Truppführer, A 8

2015

26 04/15 HBM, Gruppenführer/in, A 9
27 10/15 MA Außendienst, E 8 ku E 6
28 10/15 OBM, Rettungsassistent, Truppführer, A 8

FB 4 Kreisaufgaben

2011

1 NN SB Waffen, Sprengstoff, Jagd, E 9
2 NN Ltd. SB Haushalt Soziales, E 9
3 NN Disponent IRLS, E 6/8
4 NN Systemadministrator Digitalfunk IRLS, E 10
5 NN SB Kinder- und Jugendförderung, E 8
6 NN Sozialpädagoge/in, E 9
7 NN Sekretär/in VHS, E 5
8 bis 14 7 x NN Jobcenter

1 03/11 Gesundheitsfürsorger/in Infektionsschutz, E 9

2012

2 05/12 SB Finanzierung Hilfen zur Erziehung, E 9
3 03/12 SB Ausländer, E 8
4 10/12 Fachberater/in Kindertagesbetreuung, E 9
5 10/12 HBM, SB Leitstelle, Schichtleiter, A 10
6 11/12 Fachbetreuer/in VHS, E 11
7 11/12 SB Ausländer, E 8
8 09/12 Sozialpädagoge/in, E 9
9 03/12 SB Amtsärztlicher Dienst, E 8

2013

10 11/13 Sekretärin FS Sprache/Abendgymnasium, E 5
11 01/13 Lebensmittelchemiker/in, E 10

2014

12 05/14 kw SB Naturschutz, E 9
13 11/14 SB Abfallwirtschaft, E 6, kw 10/19
14 12/14 Sekretärin Einstein-Gymnasium, E 5

FB 8 Kultur, Stadtmarketing, Schule & Sport

2011

1 NN StVD Leiter/in FB 8, A 15
2 NN SB Stadtmarketing, E 9

1 02/11 SB Kunstsammlung, E 5
2 10/11 Museumspädagoge/in, E 9, kw 03/15
3 11/11 Diplombibliothekar/in Sachliteratur, E 9, kw 10/15

2012

4 06/12 SB Verwaltung, E 10, kw 12/14
5 10/12 Bibliotheksassistent/in, E 5, kw 03/16
6 10/12 Museumspädagoge/in, E 9, kw 08/15
7 11/12 Diplombibliothekar/in, E 9, kw 10/15

2013

8 01/13 SB Haushalt, E 8/9
9 07/13 Bibliotheksassistent/in, E 5
10 07/13 StVOAR, SG Sport, A 13
11 10/13 SB Kulturförderung
12 10/13 Leiter/in Regionalbibliothek, E 13/14
13 10/13 Diplombibliothekar/in Bestandsmanagement, E 9, kw 09/17

	Neubrandenburg		Schwerin		Stralsund		Greifswald		Wismar		Durchschnitt			Stellenausstattung	
Einwohner per 30.09.2009		65.150		95.182		57.721		53.751		44.429			Vorjahr	SOLL NB bei/im	
Verwaltungseinheit	VZÄ insg.	VZÄ je 10.0	VZÄ insg.	VZÄ je 10.0	VZÄ insg.	VZÄ je 10.0	VZÄ insg.	VZÄ je 10.0	VZÄ insg.	VZÄ je 10.0	VZÄ je 10.0	(%) NB	(%) NB	Benchmark	Ø
OB - Bereich															
0.10 Beteiligungmanagement	3,00	0,46					3,00	0,56	1,50	0,34	0,45			2,20	2,95
0.20 Büro OB	13,08	2,01	14,33	1,51	11,37	1,97	13,30	2,47	11,50	2,59	2,11	95%	91%	9,81	13,74
0.40 Rechnungsprüfungsamt	5,75	0,88	7,70	0,81	4,93	0,85	5,00	0,93	5,00	1,13	0,92	96%	95%	5,27	6,00
0.50 Recht ~~und Vergaben~~	5,00	0,77	4,83	0,51	4,79	0,83	5,75	1,07	2,50	0,56	0,75	103%		3,30	4,87
FB 1															
1.10 Zentrale Steuerung	7,00	1,07	9,55	1,00	6,58	1,14	3,00	0,56	1,00	0,23	0,80	134%	131%	1,47	5,21
1.20 Personalservice	13,08	2,01	15,68	1,65	8,58	1,49	12,50	2,33	8,81	1,98	1,89	106%	102%	9,68	12,31
1.30 Organisation und IT	13,60	2,09			14,27	2,47	18,00	3,35	7,94	1,79	2,42	86%	99%	11,64	15,79
1.40 Finanzservice	32,00	4,91	49,36	5,19	30,03	5,20	31,22	5,81	24,00	5,40	5,30	93%	94%	32,00	34,54
FB 2															
2.10.10 Bauaufsicht	11,50	1,77	11,48	1,21	8,08	1,40	10,00	1,86	9,50	2,14	1,67	105%	87%	7,85	10,91
2.20 Stadtplanung	20,50	3,15	30,63	3,22	15,97	2,77	16,00	2,98	18,50	4,16	3,25	97%	99%	18,03	21,20
2.30 Umwelt,Natursch.(ohneAbfall)	7,50	1,15	18,95	1,99			8,00	1,49	6,50	1,46	1,52	76%	94%	7,50	9,92
2.40 Wirtschaft, Stadtentw. u. Arbeit	16,50	2,53													
2.50 Soziales	36,50	5,60	46,23	4,86	26,90	4,66	27,83	5,18	18,25	4,11	4,88	115%	124%	26,76	31,80
2.50.50 Jobcenter (ARGE)	35,08	5,38	89,95	9,45	23,26	4,03	41,88	7,79	34,00	7,65	6,86	78%	78%	26,25	44,70
FB 3															
3.10 Ordnung und Gewerbe	31,53	4,84	66,23	6,96	32,79	5,68	29,00	5,40	21,00	4,73	5,52	88%	94%	30,79	35,96
3.30 Brandschutz- und Rettungsdienst	105,00	16,12	169,78	17,84	96,22	16,67	75,53	14,05			16,17	100%	99%	91,55	105,34
3.50 Straßenverkehr	17,00	2,61					11,00	2,05	9,75	2,19	2,28	114%	110%	13,33	14,88
3.60 Einwohnerservice															
davon Pass,- Meldebereich	10,00	1,53					7,50	1,40	9,00	2,03	1,65	93%	103%	9,09	10,76
davon Ausländer,Staatsang.	4,00	0,61	8,48	0,89			5,00	0,93	5,50	1,24	0,92	67%	97%	4,00	5,98
davon Standesamt	5,00	0,77	7,63	0,80	4,61	0,80	3,00	0,56	4,00	0,90	0,77	100%	100%	3,64	4,98
3.70 Gesundheitsamt	22,00	3,38	15,43	1,62	11,64	2,02	16,76	3,12			2,53	133%	139%	10,56	16,50
3.80 Veterinär- u. Lebensm.ÜA	10,00	1,53	0		3,86	0,67	0		0						
FB 4															
4.00.20 SG Kulturförderung	4,00	0,61	7,05	0,74	2,83	0,49	3,70	0,69	2,75	0,62	0,63	97%	97%	3,19	4,11
4.20 Schule (ohne Sekretärinnen)	4,95	0,76	4,85	0,51	6,08	1,05	3,40	0,63	4,50	1,01	0,79	96%	107%	3,32	5,17
4.30 Jugendamt	40,08	6,15	52,75	5,54	31,99	5,54	39,97	7,44	29,13	6,56	6,25	98%	101%	36,10	40,69
4.40 Sport	2,50	0,38	0,93	0,10	1,86	0,32	2,50	0,47	1,00	0,23	0,30	128%	121%	0,63	1,95
FB 8															
8.40 Regionalbibliothek	22,89	3,51	20,05	2,11	19,05	3,30	17,39	3,23	12,88	2,90	3,01	117%	120%	13,72	19,61
8.50 Städtische Museen	14,50	2,23	3,78	0,40	13,47	2,33			6,75	1,52	1,62	137%	131%	2,58	10,55
8.70 Stadtarchiv	4,00	0,61	4,63	0,49	6,35	1,10	5,00	0,93	6,00	1,35	0,90	69%	68%	3,17	5,84
8.80 Volkshochschule	4,75	0,73	3,85	0,40	4,61	0,80	5,00	0,93	4,00	0,90	0,75	97%	97%	2,64	4,90
insgesamt VZÄ verglichen	**503,27**		**664,05**		**385,50**		**404,72**		**246,75**						
in %	77%		68%		57%		44%		41%						
VZÄ lt. Stellenplan	**649,86**	**99,75**	**976,52**	**102,59**	**679,46**	**117,71**	**922,20**	**171,57**	**594,69**	**133,85**	**125,10**	**80%**	**83%**		
VZÄ/1000 EW:		9,97		10,26		11,77		17,16		13,39	12,51				

Angaben Stellenplanentwurf 2010		Plan 2010 (Basis)			SOLL Einsparung Plan 2011			IST auf Basis Einsparung Plan 2010*			Realisierung	
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	VZÄ Stpl	Personen	Personal-aufwand	ja nein tw. offen	Bemerkung, Begründung für Nichtrealisierung
OB-Bereich												
00.99.30.111	Est. ATZ, Beauftragte/r Beteiligungsman	0,500	0	49.737			**45.592**			**45.592**	ja	
FB 1: Innere Verwaltung												
01.10.00.106	SB Controlling	1,000	1	65.543	1,000	1	65.543		1		nein	NN ext. Nachbes. befristete Projektstelle Gesamtabschluss
01.40.20.006	SB Giro- und Abschlussbuchhaltung	1,000	1	27.500	0,500	1			1		offen	NN, Verlagert nach FB 4.00.10 HH/C
01.40.20.017	StVA, SB Vollstreckung	1,000	1	4.149	0,500	1			1		tw.	int. Nachbesetzung, Stellenstreichung Schuldnerberatung
01.20.00.211	SB Beihilfe, Heilfürsorge, Dienstreisen	0,500	1	26.364		1			1		ja	
01.99.30.105	ESt. ATZ, SB Steuern 01.40.30.002	0,500	0	17.354	0,500		17.354	0,500		17.354	ja	Stellenstreichung
01.99.30.106	ESt. ATZ, StVA, SGL Statistik,Wahlen 01.	0,500	0	45.268	0,500		45.268	0,500		45.268	ja	Stellenstreichung
01.99.30.108	ESt. ATZ, SB Buchhaltung,Kontoführung	0,500	0	11.431	0,500		11.431	0,500		11.431	ja	Stellenstreichung
01.99.30.109	Est. ATZ, Ing. für Arbeitssicherheit 01.20	0,500	0	29.146	0,500		29.146	0,500		29.146	ja	Stellenstreichung
01.99.30.110	ESt. ATZ, SB Buchhaltung 01.40.20.009	0,500	0	25.105	0,500		25.105	0,500		25.105	ja	Stellenstreichung
04.99.30.425	ATZ-B, Sachbearbeiter/in 06.99.20.208	0,500	0	32.374			2.698			225	ja	
06.99.30.107	ESt. ATZ, SB Druckerei 01.30.40.007	0,500	0	20.576	0,500		20.576	0,500		20.576	ja	Stellenstreichung
Weitere nicht geplante Einsparungen:												
01.40.20.007	SB Registratur	1,000	1					1,000				Stellenstreichung (Nachbesetzung Stellenpool/Stadtkasse)
06.99.20.203	Sachbearbeiter/in	0,625	1	28.437				0,625				Stellenstreichung (Nachbesetzung NN Regionalmuseum)
06.99.20.210	Sachbearbeiterin	1,000	1	38.517				1,000		38.517		Stellenstreichung (EU-Rente)
06.99.20.219	Sachbearbeiter/in	0,750	1	28.967				0,750				Stellenstreichung (Nachbesetzung NN Soziales)
06.99.20.218	Sachbearbeiter/in	1,000	1	40.204				1,000				Stellenstreichung (Nachbesetzung NN Schülerbeförderung)
				Summe	**5,000**	**4**	**217.122**	**7,375**	**4**	**187.623**		
FB 2: Stadtplanung, Umwelt, Wirtschaft & Soziales												
02.10.00.011	Sekretär/in	1,000	1	12.714	0,500	1			1		offen	NN, int. Nachbesetzungskette offen
02.10.10.101	SB Registratur	1,000	1	40.126			23.407			23.407	ja	Stellenstreichung
02.10.10.110	Bauaufseher/in Bauaufsicht	1,000	1	35.767	0,500	1			1		tw.	Verlagerung Stelle 2.00.10 Wohnsitzgemeinde KITA, int. NB
02.20.10.104	StBauR, Ltd. SB Verkehrsplanung	1,000	1	15.903	0,500	1			1		offen	NB-Kette im FB noch offen
02.40.20.003	SB Unternehmensförderung	1,000	1	33.731	0,500							
02.50.20.001	StVA, SGL Besondere soziale Leistungen	1,000	1	40.125	0,500	1		1,000	1		ja	i. V. m. kw Stelle 02.50.20.009
02.50.30.004	SB Wohngeld	1,000	1	9.167	0,500	1			1		nein	Nachbesetzung Nachwuchskraft
02.50.30.005	SB Wohngeld	1,000	1	2.292	0,500	1			1		nein	Nachbesetzung Nachwuchskraft
02.30.00.100	StVOR, ABL Umwelt, Naturschutz u. Abf	0,500	1	63.143		1			1		ja	
02.40.20.007	Beauftragter für Wirtschaft und Arbeit	0,500	1	36.121		1			1		ja	
02.50.10.007	StVHS, SB SH GSi, a.v.E.	0,400	1	12.605		1			1		ja	

Angaben Stellenplanentwurf 2010		Plan 2010 (Basis)			SOLL Einsparung Plan 2011			IST auf Basis Einsparung Plan 2010*			Realisierung	
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	VZÄ Stpl	Personen	Personal-aufwand	ja nein tw. offen	Bemerkung, Begründung für Nichtrealisierung
02.50.20.009	SB SH i.v.E., Heimaufsichtsbehörde, Asyl	1,000	1	33.011	*Einsparung bei kw-P der Stelle 02.50.20.001 ausgev						ja	
02.50.30.003	SB Wohngeld	1,000	1	22.917	0,500	1			1		nein	Rücknahme kw, Fallzahlensteigerung, NB Nachwuchskraft
02.99.30.204	ESt. ATZ, SB Stadtsanierung 02.30.00.01	0,500	0	25.239	0,500		25.239	0,500		25.239	ja	Stellenstreichung
02.99.30.205	ATZ-B, Sachbearbeiter/in 02.20.00.007	0,500	0	5.480	0,500		5.480	0,500		5.480	ja	Stellenstreichung
02.99.30.206	ATZ-B, Sekretär/in 02.50.00.003	0,500	0	9.431	0,500		9.431	0,500		9.431	ja	Stellenstreichung
02.99.30.207	ESt. ATZ, StVA SB Untere Naturschutzbe	0,500	0	50.944			12.736			12.736	ja	
02.99.30.219	Est. ATZ, SB Haushalt 05.00.10.006	0,500	0	18.260	0,500		18.260	0,500		18.260	ja	Stellenstreichung
Weitere nicht geplante Einsparungen:												
02.20.10.107	SB Stadtplaner/Verbindliche Bauleitplan	1,000	1	39.245				1,000		39.245		Stellenstreichung
02.50.10.003	Schuldnerberater/in	1,000	1	54.510				1,000				Stellenstreichung, NB Vollstreckung
02.50.10.009	Schuldnerberater/in	1,000	1	57.599				1,000				Stellenstreichung, NB Wohnsitzgemeinde KITA
				Summe	**6,000**	**10**	**94.553**	**6,000**	**10**	**133.798**		
FB 3: Sicherheit und Ordnung												
03.30.30.424	BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Mas	1,000	1	14.834	0,500	1			1		offen	NN, Nachbesetzung Nachwuchskraft
03.30.30.501	StBOI, Zugführer/in II	1,000	1	3.209	0,500	1			1		offen	NN, Nachbesetzung Nachwuchskraft
03.30.30.514	OBM, Rettungsassistent, Truppführer	1,000	1	53.746	1,000	1	53.746		1		offen	NN, Nachbesetzung Nachwuchskraft
03.30.30.620	BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Mas	1,000	1	56.609			42.456				offen	NN, Nachbesetzung Nachwuchskraft
03.60.20.008	StVS, SB Melde- und Passangelegenheit	1,000	1	9.298	0,500	1			1		nein	Nachbesetzung Nachwuchskraft
03.70.10.003	SB Gebühren, Statistik	1,000	1	19.039	0,500	1			1		offen	int. Nachbesetzung; Kette offen
03.70.30.003	Gesundheitsfürsorger/in	1,000	1	3.190	0,500	1			1		offen	Stellenverlagerung Standesamt, NN int. Nachbesetzung
03.10.00.011	SB Reise-, KFZ-, weiteres Gewerbe	1,000	1	45.394			22.697			11.348	offen	Rücknahme kw, int. NB
03.99.30.307	ESt. ATZ, SB KfZ-Zulassung 03.50.00.014	0,500	0	11.431	0,500		11.431	0,500		11.431	ja	Stellenstreichung
03.99.30.310	ATZ-B, Zuarbeiter/in 03.10.00.020	0,500	0	25.368	0,500		25.368	0,500		25.368	ja	Stellenstreichung
03.99.30.311	ESt. ATZ, OBM Rettungsassistent, Truppe	0,500	0	41.600	0,500		41.600	0,500		41.600	ja	Stellenstreichung
03.99.30.312	ESt. ATZ, OBM, Rettungsassistent, Trupp	0,500	0	27.593			13.797			13.797	ja	
03.99.30.313	ESt. ATZ, SB Haushalt 03.70.10.002	0,500	0	32.014			2.668			2.668	ja	
03.99.30.314	ESt. ATZ, Sekretär/in 03.80.00.109	0,500	0	28.381			18.921			18.921	ja	
03.99.30.315	Est. ATZ, OBM, SB Leitstelle 03.30.20.00	0,500	0	46.273			42.417			42.417	ja	
03.99.30.316	Est., ATZ, OBM, SB Leitstelle 03.30.20.00	0,500	0	48.191			24.096			24.096	ja	
03.99.30.318	ATZ-B, SB Staatsangehörigkeitsangelege	0,500	0	43.671			10.918			10.918	ja	
Weitere nicht geplante Einsparungen:												
03.80.00.108	Geflügelfleischkontrolleur/in	1,000	1	23.668				1,000	1	23.668		
				Summe	**5,000**	**6**	**310.114**	**2,500**	**7**	**226.231**		

Angaben Stellenplanentwurf 2010		Plan 2010 (Basis)			SOLL Einsparung Plan 2011			IST auf Basis Einsparung Plan 2010*			Realisierung	
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	VZÄ Stpl	Personen	Personal-aufwand	ja nein tw. offen	Bemerkung, Begründung für Nichtrealisierung
FB 4: Schule, Kultur, Jugend und Sport												
04.20.00.002	SB Schulen	1,000	1	17.904	0,500	1			1		nein	Nachbesetzung Nachwuchskraft
04.20.00.108	Verwaltungsangestellte/r Int. GS	0,800	1	22.432	0,400	1		0,400	1		ja	Stellenstreichung 04.20.00.111/130 BSWHI (0,6-0,2 neu RS
04.20.00.109	Verwaltungsangestellte/r Einstein-Gymn	0,500	1	4.921	0,500	1	4.921	0,175	1	4.921	ja	Nord), i.V.m. Stundenverändeurngen RS Nord/Mitte
04.30.10.103	SB Verwaltung, Finanzen	1,000	1	28.116	0,500	1			1		offen	NN, int. Nachbesetzung
04.30.20.022	SB Amt für Ausbildungsförderung	1,000	1	29.820	0,500	1		0,500	1		ja	Stellenstreichung, Est 04.99.00.428
04.30.20.202	Sozialpädagoge/in Familiengerichtshilfe	1,000	1	21.560	0,500	1			1		offen	int. Nachbesetzungskette offen
04.30.10.009	SB Betreuungsentgelte	0,500	1	27.413		1			1		offen	Rücknahmen kw, NN, int. Nachbesetzungskette offen
04.99.00.424	ATZ-B, Erzieher/in 04.30.30.105	0,400	0	26.848	0,400		26.848	0,400		26.848		Stellenstreichung
				Summe	**3,300**	**7**	**31.769**	**1,475**	**7**	**31.769**		
Kulturbetrieb												
08.50.00.005	Sammlungsleiter/in hist. Musealien	1,000	1	53.942	1,000	1	53.942		1	53.942	tw.	Stellenverlagerung 4.20 int. Nachbesetzung
08.50.00.009	Sammlungsbetreuer/in Archivgut, Fotog	1,000	1	30.259	0,500	1			1		tw.	Stellenverlagerung 8.70 Nachbesetzung Nachwuchskraft
08.50.00.021	SB Kunstsammlung	1,000	1	25.428	0,500	1					nein	Stelle wird erst in 02/11 frei
08.40.00.510	Bibliotheksassistent/in	0,438	1	21.553		1			1		ja	
08.99.00.409	ATZ-BLeiter/in Zweigbibliothek Oststadt	0,475	0	2.975	0,475		2.975	0,475		2.975	ja	Stellenstreichung
08.99.00.410	ATZ-B Leiter/in Fahrbibliothek 04.10.40	0,475	0	10.987	0,475		10.987	0,475		10.987	ja	Stellenstreichung
08.99.00.412	Est. ATZ, Bibliotheksassistent/in 04.10.40	0,375	0	18.806			4.702			4.702	ja	
				Summe	**2,950**	**4**	**72.606**	**0,950**	**3**	**72.606**		
Gesamt				**Summe**	**22,250**	**31**	**771.755**	**18,300**	**31**	**697.618**		
				Differenz IST - SOLL				**-3,950**	**0**	**-74.137**		

*** Die Minderung des Personalaufe´wandes errechnet sich aus den geplanten Personalaufwendungen des Planes 2010 ohne Steigerung.**

Angaben Stellenplanentwurf 2011			Planentwurf 2011 (Basis)			Einsparung zum Plan				
						2012	2013	2014	2015	2016
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	Stellen-vermerk	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)
OB-Bereich		**4**	**2,250**	**4**	**104.360**	**4.282**	**68.257**	**69.557**	**87.851**	**104.360**
00.40.00.007	Sekretär/in	07/15	0,75	1	28.300	0	0	0	11.792	28.300
00.99.00.024	Est.ATZ, StVOR, Leiter/in RPA 00.40.00.001	12/12	0,5	1	63.975	0	63.975	63.975	63.975	63.975
00.99.00.025	Est. ATZ, Justiar/in 00.50.00.005	10/14	0,5	1	7.803	0	0	1.300	7.803	7.803
00.99.00.111	Est. ATZ, Beauftragte/r Beteiligungsmanagement 01.10.00.103	01/11	0,5	1	4.282	4.282	4.282	4.282	4.282	4.282
	kw gesamt	**4**	**2,250**	**4**	**104.360**	**4.282**	**68.257**	**69.557**	**87.851**	**104.360**
FB 1: Innere Verwaltung		**14**	**8,875**	**14**	**488.086**	**123.685**	**185.461**	**287.017**	**416.917**	**467.498**
01.10.00.108	SB Controlling	11/13	1	1	52.171	0	4.348	52.171	52.171	52.171
01.20.00.203	StVOI, SB Personal	04/14	1	1	60.963	0	0	40.642	60.963	60.963
01.30.20.102	StVA, SB Organisation	06/15	0,5	1	50.856	0	0	0	25.428	50.856
01.30.30.016	SB Nachrichtentechnik	07/16	0,5	1	35.294	0	0	0	0	14.706
01.99.00.113	Est. ATZ, SB Haushaltspl.,-abrechnung 01.40.10.004	12/11	0,5	1	35.707	35.707	35.707	35.707	35.707	35.707
01.99.00.115	Est.ATZ, StVA. SB Vollstreckunh 01.40.20.017	01/13	0,5	1	52.956	0	48.543	52.956	52.956	52.956
01.99.00.117	ATZ-B, SB Beihilfe, Heilfürsorge, Dienstreisen, 01.20.00.211	04/12	0,5	1	26.656	17.771	26.656	26.656	26.656	26.656
01.99.00.118	Est. ATZ, SB Giro- und Abschlussbuchhaltung 01.40.20.006	12/14	0,5	1	27.830	0	0	0	27.830	27.830
	kw gesamt	**8**	**5,000**	**8**	**342.433**	**53.478**	**115.254**	**208.133**	**281.711**	**321.845**
06.99.20.220	Sachbearbeiter/in	06/11	0,875	1	17.086	17.086	17.086	17.086	17.086	17.086
06.99.30.112	Est. ATZ, Drucker/in 01.30.40.009	12/11	0,500	1	23.250	23.250	23.250	23.250	23.250	23.250
06.99.30.425	ATZ-B, Sachbearbeiter/in 06.99.20.208	11/11	0,500	1	29.871	29.871	29.871	29.871	29.871	29.871
06.99.20.200	Sachbearbeiter/in	08/14	0,500	1	26.033	0	0	8.678	26.033	26.033
06.99.20.221	Sachbearbeiter/in	04/15	1,000	1	25.318	0	0	0	16.879	25.318
06.99.20.223	Sachbearbeiter/in	01/15	0,500	1	24.095	0	0	0	22.087	24.095
	kw gesamt	**6**	**3,875**	**6**	**145.653**	**70.207**	**70.207**	**78.885**	**135.206**	**145.653**
FB 2: Stadtplanung, Wirtschaft & Soziales		**24**	**13,000**	**21**	**767.924**	**56.096**	**329.529**	**498.471**	**669.211**	**757.608**
02.00.10.010	SGL Dezentrale Steuerung und Soziales	07/15	0,5	1	52.815	0	0	0	22.006	52.815
02.10.10.101	SB Registratur	05/11	1	1	17.256	17.256	17.256	17.256	17.256	17.256
02.10.10.106	Technische/r Sachbearbeiter/in	07/14	1	1	61.688	0	0	25.703	61.688	61.688
02.10.20.008	SB Abwasser	03/16	0,5	1	41.267	0	0	0	0	30.950
02.20.10.103	SB Stadtgestaltung	10/12	0,5	0	13.395	2.233	13.395	13.395	13.395	13.395
02.20.10.105	SB Stadtplanung	01/15	0,5	0	3.588	0	0	0	3.289	3.588
02.20.10.106	Planungsingenieur/in Projektierung	07/15	0,5	0	23.253	0	0	0	9.689	23.253

Angaben Stellenplanentwurf 2011			Planentwurf 2011 (Basis)			Einsparung zum Plan				
						2012	2013	2014	2015	2016
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	Stellen-vermerk	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)
02.20.20.102	Technische/r Zeichner/in	11/14	0,5	1	27.878	0	0	2.323	27.878	27.878
02.99.00.210	ATZ-B, SB Recht und Verträge 02.10.20.002	12/12	0,5	1	49.477	0	49.477	49.477	49.477	49.477
02.99.00.211	Est.ATZ, StBauR, Ldt. SB Verkehrsplanung 02.20.10.104	03/13	0,5	1	67.194	0	50.395	67.194	67.194	67.194
02.99.00.217	Est.ATZ, SB Wohngeld 02.50.30.004	04/13	0,5	1	27.709	0	18.473	27.709	27.709	27.709
02.99.00.218	Est.ATZ, SB Wohngeld 02.50.30.005	01/12	0,5	1	27.764	25.450	27.764	27.764	27.764	27.764
02.99.00.220	Est.ATZ, SB Haushalt 02.00.10.005	09/14	0,5	1	7.723	0	0	1.931	7.723	7.723
02.99.00.221	Est.ATZ, Sachbearbeiter/in 02.10.10.102	05/14	0,5	1	20.637	0	0	12.038	20.637	20.637
02.99.00.222	Est.ATZ, Ltd. Technische/r Sachbearbeiter/in 02.10.10.103	02/14	0,5	1	31.746	0	0	26.455	31.746	31.746
02.99.00.223	Est.ATZ, Bauaufseher/in Bauaufsicht 02.10.10.110	09/13	0,5	1	35.989	0	8.997	35.989	35.989	35.989
02.99.00.224	Est.ATZ, StBauD, ABL Stadtplanung 02.20.00.100	11/12	0,5	1	80.920	6.743	80.920	80.920	80.920	80.920
02.99.00.225	Est.ATZ, Sekretär/in 02.20.00.101	04/14	0,5	1	17.142	0	0	11.428	17.142	17.142
02.99.00.226	Est.ATZ, SB Wohnraumerfassung 02.40.10.007	05/14	0,5	1	17.524	0	0	10.222	17.524	17.524
02.99.00.227	Est.ATZ, Planungsingenieur/in Projektierung 02.20.10.105	01/15	0,5	1	37.792	0	0	0	34.642	37.792
02.99.00.228	Est.ATZ, Planungsingenieur/in Projektierung 02.20.10.106	07/15	0,5	1	16.500	0	0	0	6.875	16.500
02.99.00.229	Est.ATZ, Stadtbildpfleger/in 02.20.10.103	10/12	0,5	1	26.485	4.414	26.485	26.485	26.485	26.485
02.99.00.231	ATZ-B, Sekretär/in	12/13	0,5	1	25.814	0	0	25.814	25.814	25.814
02.99.00.234	ATZ-B, Beauftragter für Wirtschaft und Arbeit, 02.40.20.007	12/12	0,5	1	36.367	0	36.367	36.367	36.367	36.367
	kw gesamt	**24**	**13,000**	**21**	**767.924**	**56.096**	**329.529**	**498.471**	**669.211**	**757.608**

FB 3: Sicherheit und Ordnung		**12**	**6,000**	**12**	**289.965**	**94.465**	**187.281**	**220.780**	**255.649**	**289.965**
03.10.00.018	StVHS, SB Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten	11/15	0,5	1	37.435	0	0	0	3.120	37.435
03.60.20.004	StVS, SB Melde- und Passangelegenheiten	04/14	0,5	1	36.160	0	0	24.107	36.160	36.160
03.99.00.312	ESt. ATZ, OBM, Rettungsassistent, Truppführer 03.30.30.088	06/11	0,5	1	14.046	14.046	14.046	14.046	14.046	14.046
03.99.00.316	Est., ATZ, OBM, Rettungsassistent, Truppführer 03.30.20.009	06/11	0,5	1	27.970	27.970	27.970	27.970	27.970	27.970
03.99.00.317	Est. ATZ, SB Melde- und Passangelegenheiten 03.60.20.010	05/12	0,5	1	30.501	17.792	30.501	30.501	30.501	30.501
03.99.00.319	Est.ATZ, Zugführer/in II 03.30.30.501	01/13	0,5	1	38.979	0	35.731	38.979	38.979	38.979
03.99.00.320	Est.ATZ, StVS, SB Melde- und Personalangelegenheiten 03.60.20.00	09/12	0,5	1	40.420	10.105	40.420	40.420	40.420	40.420
03.99.00.323	Est.ATZ, BM, Rettungssanitäter, Truppmann, Maschinist 03.30.30.42	04/12	0,5	1	36.827	24.551	36.827	36.827	36.827	36.827
03.99.00.324	Est.ATZ, StVS, SB Registratur 03.10.00.022	10/14	0,5	1	3.367	0	0	561	3.367	3.367
03.99.00.325	Est.ATZ, SB Haushalt 03.30.10.002	11/14	0,5	1	2.690	0	0	224	2.690	2.690
03.99.00.326	Est.ATZ, Sekretär/in 03.50.00.002	09/13	0,5	1	7.144	0	1.786	7.144	7.144	7.144
03.99.00.327	Est.ATZ, Kundenberater/in 03.60.10.007	12/14	0,5	1	14.424	0	0	0	14.424	14.424
	kw gesamt	**12**	**6,000**	**12**	**289.965**	**94.465**	**187.281**	**220.780**	**255.649**	**289.965**

Angaben Stellenplanentwurf 2011			Planentwurf 2011 (Basis)			Einsparung zum Plan				
						2012	2013	2014	2015	2016
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	Stellen-vermerk	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)
FB 4: Kreisaufgaben		**27**	**13,675**	**27**	**998.128**	**419.598**	**675.368**	**974.312**	**998.128**	**998.128**
04.60.00.002	SB Naturschutz	05/14	1	1	57.158	0	0	33.342	57.158	57.158
04.99.00.207	ESt. ATZ, StVA SB Untere Naturschutzbehörde 02.99.00.207	09/11	0,5	1	46.156	46.156	46.156	46.156	46.156	46.156
04.99.00.208	ATZ-B, SB Betreuungsbehörde 02.99.00.028	12/11	0,375	1	23.019	23.019	23.019	23.019	23.019	23.019
04.99.00.209	Est.ATZ, StVA, SB Abfallwirtschaft 02.99.00.209	04/12	0,5	1	55.256	36.837	55.256	55.256	55.256	55.256
04.99.00.215	Est.ATZ, StVA. SGL Besondere soziale leistungen 02.99.00.215	10/13	0,5	1	51.361	0	8.560	51.361	51.361	51.361
04.99.00.232	ATZ-B, StVHS, SB SH GSi, a.v.E., 02.50.10.007	01/12	0,4	1	37.873	34.717	37.873	37.873	37.873	37.873
04.99.00.233	ATZ-B, StVOR, ABL 02.30.00.100	06/13	0,5	1	66.952	0	33.476	66.952	66.952	66.952
04.99.00.313	ESt. ATZ, SB Haushalt 03.99.00.313	11/11	0,5	1	29.627	29.627	29.627	29.627	29.627	29.627
04.99.00.314	ESt. ATZ, Sekretär/in 03.99.00.314	04/11	0,5	1	9.674	9.674	9.674	9.674	9.674	9.674
04.99.00.315	Est. ATZ, OBM, SB Leitstelle 03.99.00.315	01/11	0,5	1	17.925	17.925	17.925	17.925	17.925	17.925
04.99.00.318	ATZ-B, SB Staatsangehörigkeitsangelegenheiten 03.99.00.318	09/11	0,5	1	33.247	33.247	33.247	33.247	33.247	33.247
04.99.00.321	Est.ATZ, SB Gebühren, Statistik 03.70.10.003	08/13	0,5	1	30.501	0	10.167	30.501	30.501	30.501
04.99.00.322	Est.ATZ, Gesundheitsfürsorger/in 03.70.30.003	01/13	0,5	1	38.785	0	35.553	38.785	38.785	38.785
04.99.00.414	Est. ATZ, ABL Schule 04.20.00.001	12/11	0,5	1	46.516	46.516	46.516	46.516	46.516	46.516
04.99.00.416	Est. ATZ, StSozOI, Adoptionsvermittl., Pflegekinderw. 04.30.20.010	12/11	0,5	1	48.913	48.913	48.913	48.913	48.913	48.913
04.99.00.417	Est.ATZ, StVA, SB Unterhaltsangelegenheiten 04.30.20.101	10/12	0,5	1	52.168	8.695	52.168	52.168	52.168	52.168
04.99.00.418	Est. ATZ, Sozialpäd.Familiengerichtshilfe 04.30.20.201	05/12	0,5	1	42.193	24.612	42.193	42.193	42.193	42.193
04.99.00.419	ATZ-B, Verwaltungsangestellte/r 04.20.00.117	12/11	0,5	1	25.805	25.805	25.805	25.805	25.805	25.805
04.99.00.420	Est.ATZ, SB Schulen 04.20.00.002	12/13	0,5	1	35.949	0	0	35.949	35.949	35.949
04.99.00.422	ATZ-B, Verwaltungsangestellte/r BS W/Verw. 04.20.00.120	12/12	0,5	1	25.753	0	25.753	25.753	25.753	25.753
04.99.00.423	ATZ-B, Pädagogischer SB Tagespflege 04.30.10.010	11/12	0,5	1	37.013	3.084	37.013	37.013	37.013	37.013
04.99.00.426	Est.ATZ, Sozialpäd.Familiengerichtshilfe 04.30.20.202	07/13	0,5	1	37.074	0	15.447	37.074	37.074	37.074
04.99.00.427	ATZ-B, SGL Kita-Betreuung 04.30.10.001	03/12	0,5	1	41.028	30.771	41.028	41.028	41.028	41.028
04.99.00.428	ATZ-B, SB Ausbildungsförderung 04.30.20.022	12/13	0,5	1	30.108	0	0	30.108	30.108	30.108
04.99.00.429	Est.ATZ, Verwaltungsangestellter/in Int.GS 04.20.00.108	12/13	0,4	1	21.846	0	0	21.846	21.846	21.846
04.99.00.430	Est.ATZ, SB Kinder- und Jugendförderung 04.30.10.103	12/13	0,5	1	28.454	0	0	28.454	28.454	28.454
04.99.00.431	Est. ATZ, SB Betreuungsentgelte 04.30.10.009	12/13	0,5	1	27.775	0	0	27.775	27.775	27.775
	kw gesamt	**27**	**13,675**	**27**	**998.128**	**419.598**	**675.368**	**974.312**	**998.128**	**998.128**

Angaben Stellenplanentwurf 2011			Planentwurf 2011 (Basis)			Einsparung zum Plan				
						2012	2013	2014	2015	2016
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	Stellen-vermerk	VZÄ Stpl.	Personen	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)	Personal-aufwand (TEUR)
FB 8: Kultur, Stadtmarketing, Schule,und Sport		**11**	**5,138**	**11**	**323.557**	**60.565**	**116.344**	**121.821**	**208.863**	**317.104**
08.00.10.005	SB Verwaltung	12/14	0,5	1	38.717	0	0	0	38.717	38.717
08.40.00.406	Diplombibliothekar/in Kunst- und Musik	10/15	0,475	1	34.403	0	0	0	5.734	34.403
08.40.00.408	Diplombibliothekar/in Sachliteratur	10/15	0,475	1	34.412	0	0	0	5.735	34.412
08.40.00.509	Bibliotheksassistent/in	03/16	0,5	1	25.814	0	0	0	0	19.360
08.50.00.012	Museumspädagoge/in	03/15	0,5	1	33.743	0	0	0	25.307	33.743
08.60.00.005	Museumspädagoge/in	08/15	0,5	1	34.646	0	0	0	11.549	34.646
08.99.00.412	Est. ATZ, Bibliotheksassistent/in 04.10.40.309	09/11	0,375	1	14.334	14.334	14.334	14.334	14.334	14.334
08.99.00.413	Est. ATZ, Museumspädagoge/in 04.10.50.024	01/12	0,5	1	33.783	30.968	33.783	33.783	33.783	33.783
08.99.00.421	ATZ-B, SB Haushalt 04.10.40.005	12/12	0,375	1	21.273	0	21.273	21.273	21.273	21.273
08.99.00.801	ATZ-B, Bibliotheksassistent/in 08.40.00.510	03/13	0,438	1	21.906	0	16.429	21.906	21.906	21.906
08.99.00.803	Erst. ATZ, Sammlungsbetreuer/in 08.50.00.009	06/12	0,5	1	30.525	15.263	30.525	30.525	30.525	30.525
	kw gesamt	**11**	**5,138**	**11**	**323.557**	**60.565**	**116.344**	**121.821**	**208.863**	**317.104**

Einsparpotenzial aus kw gesamt										
	OB-Bereich	4	2,250	4	1.552.700	4.282	68.257	69.557	87.851	104.360
					100,0%	0,3%	4,4%	4,5%	5,7%	6,7%
	FB 1	14	8,875	14	4.451.100	123.685	185.461	287.017	416.917	467.498
					100,0%	2,8%	4,2%	6,4%	9,4%	10,5%
	FB 2	24	13,000	21	3.111.700	56.096	329.529	498.471	669.211	757.608
					100,0%	1,8%	10,6%	16,0%	21,5%	24,3%
	FB 3	12	6,000	12	7.404.200	94.465	187.281	220.780	255.649	289.965
					100,0%	1,3%	2,5%	3,0%	3,5%	3,9%
	FB 4	27	13,675	27	8.998.600	419.598	675.368	974.312	998.128	998.128
					100,0%	4,7%	7,5%	10,8%	11,1%	11,1%
	FB 8	11	5,138	11	3.044.500	60.565	116.344	121.821	208.863	317.104
					100,0%	2,0%	3,8%	4,0%	6,9%	10,4%
	Summe	**92**	**48,938**	**89**	**28.562.806**	**758.691**	**1.562.241**	**2.171.959**	**2.636.621**	**2.934.663**
					100,0%	2,7%	5,5%	7,6%	9,2%	10,3%
	Summe ohne FB 4	**65**	**35,263**	**62**	**19.564.206**	**339.093**	**886.873**	**1.197.647**	**1.638.492**	**1.936.534**
					100,0%	1,7%	4,5%	6,1%	8,4%	9,9%
	Entwicklung Personalaufwand (ohne Rückstellungen) gesamt				**28.562.800**	**27.804.115**	**27.000.565**	**26.390.847**	**25.926.185**	**25.628.143**
	Entwicklung Personalaufwand (ohne Rückstellungen) gesamt ohne FB 4				**19.564.206**	**19.225.113**	**18.677.333**	**18.366.559**	**17.925.714**	**17.627.672**

NEUBRANDENBURG
Stadt der vier Tore am Tollensesee

Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL)

2011 – 2016

Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg

Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobiliemanagement der Stadt Neubrandenburg 2011 – 2016

1. Grundlage:

Gemäß §§ 64, 43 Abs. 3 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) besteht auch für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg bei einem nicht ausgeglichenen Erfolgsplan die Verpflichtung ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen.

Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern hat mit den rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2010 und Haushaltssicherungskonzept 2010-2015 der Stadt Neubrandenburg vom 12. November 2010 die Anordnung getroffen, das Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement fortzuschreiben. Gleichwohl der bisherigen positiven Bemühungen, wurde auf die besondere Bedeutung einer weiteren Stärkung der Wirtschaftlichkeit des SIM für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung hingewiesen. Der Eigenbetrieb kommt diesem Erfordernis durch die Fortschreibung des KSfL für die Jahre 2011 - 2016 im Zusammenhang mit der angeordneten Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) der Stadt Neubrandenburg nach.

Wie in vorangegangen Berichtsjahren wurden die Standards der Aufgabenerfüllung und der von der Stadtverwaltung in Anspruch genommene Leistungsumfang überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass im Berichtsjahr wie auch in den Vorjahren, aufgrund der Haushaltslage keine laufende Instandhaltung der Hochbauten, Straßen und Grünanlagen durchgeführt werden konnte, sondern lediglich Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Reparaturen. Demzufolge erweist sich eine weitere Absenkung dieses Standards als schwierig.

Die Inanspruchnahme der Leistungen der Stadtverwaltung regelt sich nach der Dienstsanweisung zur internen Leistungsverrechnung zwischen den Teilhaushalten der Verwaltung und zur Leistungsverrechnung mit den Eigenbetrieben der Stadt Neubrandenburg (DA ILV/LV EB 1.10.05) und dem Katalog der Querschnittsaufgaben. Im Leistungsgebiet Vermietung ist entsprechend einer Weisung des Innenministeriums wegen des nicht ausgeglichenen Haushaltes der Stadt die Kalkulation der Kaltmieten und Nutzungsentschädigungen der öffentlich genutzten Immobilien weiterhin ohne Abschreibungen und Eigenkapitalverzinsung vorgenommen worden. Damit ist dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement auch im Jahr 2011 nicht die Möglichkeit eines ausgeglichen Erfolgsplanes gegeben. Im Wirtschaftsplan 2011 wird ein Jahresverlust in Höhe von rund 6,9 Mio. Euro prognostiziert.

Im Landesvergleich zeigt die Stadt Neubrandenburg jedoch ein durch den Eigenbetrieb sehr gut geführtes Gebäudemanagement. Dies wurde zuletzt in der vorgelegten Studie des Institutes für angewandte Informatik im Bauwesen e.V. Wismar in Zusammenarbeit mit der Hochschule Wismar (gefördert durch das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern) vom November 2008 und dem daraus resultierenden Leitfaden zum kommunalen Gebäudemanagement in Mecklenburg-Vorpommern vom 28. Oktober 2009 bestätigt. Die Studie wies den Zusammenhang zwischen den Kosten und der Organisation der Gebäudebewirtschaftung nach und beschäftigte sich eingehend mit den zugrundeliegenden Prozessen. Im Ergebnis wurde der Stadt Neubrandenburg der professionellste Organisationsstand aller Beteiligten bescheinigt. Durch das vorhandene gute Gebäudemanagement wurden vor allem Einsparungspotentiale bei den Kosten genutzt. Im Städtevergleich zeigte Neubran-

denburg in den Bereichen Instandhaltung und Bauunterhaltung sowie Reinigungsbewirtschaftung sehr niedrige Kosten. Im Bereich des Energiemanagements konnte auf ein zentrales Energiemanagement und ein fortgeschrittenen Vertragsmanagement verwiesen werden.

Damit konnte der Nachweis erbracht werden, dass sich beginnend mit rein organisatorischen Maßnahmen das Immobilienmanagement nachhaltig verbessern lässt. Alle bisherigen Schwachstellen, bspw. die dezentralen Strukturen, unbekannte Geschäftsprozesse, nicht vorhandene geeignete Softwarelösungen, schlechte Konditionen bei externen Dienstleistern durch mangelndes Vertragsmanagement, Reinigungsbewirtschaftung, Energiemanagement und wirkliche Kostenkontrolle konnten mit der Eigenbetriebsbildung beseitigt werden. Es wurden transparente und verbesserte Abläufe und Strukturen geschaffen, Steuerungsmöglichkeiten entwickelt, Kostentransparenz geschaffen und bereits nachhaltige Kosteneinsparungen erzielt. Auf dieser Basis wird weiter gearbeitet und nach weiteren Möglichkeiten gesucht, das wirtschaftliche Ergebnis weiter nachhaltig zu verbessern. Insgesamt hat sich die Zentralisierung unter kaufmännischen Bedingungen bereits als ein erfolgreiches Modell für die Immobilienbewirtschaftung erwiesen.

2. Ausgangs- und Entwicklungslage:

2.1. Erfolgsplan

Erfolgsplan	2008	2009	2010	2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
geplantes Jahresergebnis	-3.438	-4.918	-3.906	-6.946
Jahresergebnis IST	-2.321	-3.522		
Jahresergebnis voraussichtlich				
Umsatzerlöse	16.663	17.229	17.069	18.101
Bestandsveränderung	-713	381	-300	-200
Sonstige betriebliche Erträge	25.555	19.234	17.858	9.822
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.265	3.138	3.500	3.500
Zinserträge	117	143	50	35
Erträge aus Beteiligungen	494	564	450	363
Summe Erträge/Einnahmen	**45.381**	**40.689**	**38.627**	**31.621**
Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.925	11.728	12.708	12.249
Personalaufwand	9.119	7.899	8.741	8.397
Abschreibungen	8.862	8.548	8.765	8.719
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.716	11.886	8.461	5.222
Zinsaufwand	3.939	4.028	3.696	3.854
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30	-2	95	57
Sonstige Steuern	111	124	67	69
Summe Anwendungen/Ausgaben	**47.702**	**44.211**	**42.533**	**38.567**
Jahresgewinn/Jahresverlust	**-2.321**	**-3.522**	**-3.906**	**-6.946**

Die Jahresergebnisse der Geschäftsjahre 2008 bis 2010 enthalten Auflösungsbeträge für in Vorjahren gebildete Rückstellungsbeträge, deren Grundlage im Planjahr 2011 entfallen ist.

2.2. Personalentwicklung

Die Personalentwicklung der Planjahre 2011 und Nachfolgende zeigt einen stetigen Rückgang der Personalstellen. In Erfüllung der Vorgaben des Landesrechnungshofes (hier überörtliche Prüfung der Stadt Neubrandenburg, Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes vom November 2010) werden die geforderten Einsparungen im Vergleich zum Basisjahr 2009 in der mittelfristigen Personalplanung durch den Abbau aufgrund von Altersteilzeit und Altersrente erfüllt. Wir verweisen auf Anlage 1 zum KSfL 2011-2016.

2.3. Übersichten der Kw-Vermerke 2011 - 2016

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl in VzÄ	3,0	6,5	3,0	1,44	1,0	0,5

3. Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit aus dem KSfL für die Finanzplanungsjahre:

Mit dem Wirtschaftsplan 2011 kann der Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg aufgrund der immer noch fehlenden vollständigen Einbeziehung von Abschreibungen in die Mietkalkulationen selbstgenutzter Hochbauten und fehlender Nutzungsentgelte für die Bewirtschaftung von Straßen, Verkehrs- und Grünanlagen einen ausgeglichenen Erfolgsplan nicht erreichen. Das KSfL trägt dazu bei, das Defizit zu verringern und weitere Optimierungsmaßnahmen zur allgemeinen Sicherung der Haushaltslage beizusteuern. Ein wesentlicher Beitrag des Eigenbetriebes besteht darin, die kontinuierlich steigenden Aufwendungen für bezogene Leistungen von Dritten für die Immobilienbewirtschaftung so weit wie möglich durch eigene Rationalisierungsmaßnahmen zu kompensieren.

Insgesamt ergeben sich gegenüber dem Wirtschaftsplan 2011 aus dem KSfL folgende Verbesserungen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg:

3.1. Darstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit zum Erfolgsplan 2011

Erfolgsplan

für **2011**

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg

Angaben in TEUR

	Bezeichnung	Plan 2010 (Vorjahr)	Plan 2011 (Planjahr)	Plan 2011 mit KSfL	Plan 2012 (1. Folgejahr)	Plan 2012 mit KSfL	Plan 2013 (2. Folgejahr)	Plan 2013 mit KSfl	Plan 2014 (3. Folgejahr)	Plan 2014 mit KSfL
1.	Umsatzerlöse	17.069	18.101	18.101	13.507	13.507	13.980	13.980	14.635	14.635
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-300	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	17.858	9.822	9.837	12.756	12.771	13.129	13.144	13.393	13.408
5.	Materialaufwand	12.708	12.249	12.249	9.994	9.994	10.394	10.394	11.017	11.017
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.708	12.249	12.249	9.994	9.994	10.394	10.394	11.017	11.017
6.	Personalaufwand	8.741	8.397	8.397	7.813	7.813	7.735	7.405	7.658	7.328
	a) Löhne und Gehälter	6.325	6.364	6.364	5.950	5.950	5.891	5.643	5.832	5.584
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.416	2.033	2.033	1.863	1.863	1.844	1.761	1.826	1.743
	- davon für Altersversorgung	970	627	627	621	621	615	615	608	608
7.	Abschreibungen auf	8.765	8.719	8.719	7.306	7.306	7.379	7.379	7.453	7.453
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.765	8.719	8.719	7.306	7.306	7.379	7.379	7.453	7.453
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Angaben in TEUR

	Bezeichnung	Plan 2010 (Vorjahr)	Plan 2011 (Planjahr)	Plan 2011 mit KSfL	Plan 2012 (1. Folgejahr)	Plan 2012 mit KSfL	Plan 2013 (2. Folgejahr)	Plan 2013 mit KSfl	Plan 2014 (3. Folgejahr)	Plan 2014 mit KSfL
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	3.500	3.500	3.500	3.035	3.035	3.065	3.065	3.096	3.096
9.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.461	5.222	5.222	4.326	4.326	4.456	4.456	4.634	4.634
11.	Erträge aus Beteiligungen	450	363	363	363	363	363	363	363	363
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	50	35	35	35	35	35	35	35	35
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.696	3.854	3.854	2.934	2.934	2.998	2.998	3.067	3.067
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**-3.744**	**-6.820**	**-6.805**	**-2.878**	**-2.863**	**-2.590**	**-2.245**	**-2.507**	**-2.162**
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	95	57	57	57	57	57	57	57	57
23.	Sonstige Steuern	67	69	69	69	69	69	69	69	69
24.	**Jahresgewinn / Jahresverlust**	**-3.906**	**-6.946**	**-6.931**	**-3.004**	**-2.989**	**-2.716**	**-2.371**	**-2.633**	**-2.288**

4. Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit

In den folgenden Anlagen werden die Sachstandsberichte aus den Maßnahmen des KSfL 2011 – 2016 und der Konsolidierungsbedarf für den Wirtschaftsplan 2011 – 2016 dargestellt.

Ergebnisjahr 2010 (vorbehaltlich dem Jahresabschluss)

Maßnahme - Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Erlöse	Kosten-einsparungen
		in EUR	in EUR
2007/3	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau	0	0
2007/16	Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)	0	0
2007/19	Zinsmanagement - Zinssicherung	0	59.100
2008/2	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes Grünflächen und Spielplätze	0	0
2009/1	Prüfung der Übergabe von weiteren Parkflächen und Aufstellung von Parkscheinautomaten	0	0
2010/1	Optimierung von Anmietung- und Leasingmodellen	0	0
2010/2	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung	0	8.000
2010/3	Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten	0	900
2010/4	Prüfung von Förderungen nach SchwAV	0	14.520
2010/5	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise	0	0
		0	82.520
	Gesamt	82.520	

SIM - Zusammenstellung der Maßnahmen und deren wirtschaftlichen Auswirkungen									
		Ausgangsjahr		Wirtschaftliche Auswirkungen					
		2011		2011	2012	2013	2014	2015	2016
Maßnahme - Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Erlöse	Kosten	voraussichtliche Auswirkungen					
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2007/3	**Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau**								
	Personalaufwand	0	8.397.000						
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau			0	0	0	0	0	0
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün			0	0	0	0	0	0
	davon Ergebnisverbesserung SIM			0	0	-330.487	-330.487	-330.487	-330.487
2007/16	**Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)**								
	Personalaufwand	0	8.397.000						
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau								
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün								
	davon Ergebnisverbesserung SIM			0	0	0	0	0	0
2007/19	**Zinsmanagement - Zinssicherung**								
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	3.854.000						
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau			-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün								
	davon Ergebnisverbesserung SIM								
2010/2	**Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung**								
	Personalaufwand	0	8.397.000						
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau			-47.900	-47.900	-47.900	-47.900	-47.900	-47.900
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün								
	davon Ergebnisverbesserung SIM								

		Ausgangsjahr		Wirtschaftliche Auswirkungen					
		2011		2011	2012	2013	2014	2015	2016
Maßnahme - Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Erlöse	Kosten	voraussichtliche Auswirkungen					
2010/3	**Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten**								
	Materialaufwand	0	12.249.000						
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau			-32.000	-32.000	-32.000	-32.000	-32.000	-32.000
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün								
	davon Ergebnisverbesserung SIM								
2010/4	**Prüfung von Förderungen nach SchwAV**								
	Sonstige betriebliche Erträge	11.904.000	0						
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau								
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün								
	davon Ergebnisverbesserung SIM			15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
2010/5	**Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise**								
	Prüfauftrag								
2011/1	**Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün**								
	Prüfauftrag								
2011/2	**Ergebnisverbesserungen aus Parkraumbewirtschaftung**								
	Prüfauftrag								
Insgesamt	**Zusammenfassung aller Maßnahmen**								
	Gesamtvolumen der Einsparungen aller Maßnahmen			**-114.900**	**-114.900**	**-445.387**	**-445.387**	**-445.387**	**-445.387**
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau			**-99.900**	**-99.900**	**-99.900**	**-99.900**	**-99.900**	**-99.900**
	davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	davon Ergebnisverbesserung SIM			**-15.000**	**-15.000**	**-345.487**	**-345.487**	**-345.487**	**-345.487**

Maßnahme Nr.: 2007/3

Maßnahme-bezeichnung: Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau

Erläuterung: Prüfung von weiteren Einsparungspotentialen im Personalbereich und damit erzielbaren Minderungen beim Personalaufwand

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2010

Durch bestätigte Altersteilzeitverträge wurden im Berichtsjahr 2010 Einsparungen für Personalkosten in Höhe von erzielt, die im Erfolgsplan des Wirtschaftsjahres dargestellt sind.

0,00 EUR

Die mittelfristige Erfolgsplanung des Eigenbetriebes berücksichtigt bis zum Jahr 2019 die Umsetzung von 18,94 VzÄ mit kw-Vermerken.
Für die weitere Einsparung von Personalaufwendungen sind:
1. die Umsetzung der nicht mit kw-Vermerken untersetzten Zielstellenplanung in allen Bereichen des Eigenbetriebes
2. die zeitnahme Umsetzung der Zielstellenplanung bis zum Berichtsjahr 2014
zu prüfen.

Weitere Einsparpotentiale sollen durch die Prüfung der Stellenreduzierungen von Overheadpersonal aufgrund der Aufgabenentwicklung nach dem Aufgaben- und Personalübergang im Zuge der Kreisgebietsreform erschlossen werden.

Die Maßnahme wird weitergeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2011-2016

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2011	2011	2012	2013	2014	2015	2016
(Angaben in EUR)							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 6) Personalaufwand	8.397.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
Reduzierung Mieten Sparte Hochbau		0	0	0	0	0	0
Reduzierung Zuschuss Sparte Straße/Grün		0	0	0	0	0	0
Ergebnisverbesserung SIM		0	0	-330.487	-330.487	-330.487	-330.487

Maßnahme Nr.:	2007/16
Maßnahme-bezeichnung:	Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)
Erläuterung:	Nach den Strukturveränderungen im Eigenbetrieb sind neue Ansätze der Tätigkeitsmerkmale und Aufgaben zu prüfen und zu bewerten.
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2010 Im Rahmen der Umstrukturierung und Neubesetzung wurden in 2010 für 7 Mitarbeiter die Aufgaben neu bewertet und bei Neubesetzung angepasst. Die Veränderungen flossen in die berechneten Einsparungen zu Maßnahme 2007-3 ein. Probleme gibt es in der Umsetzung ohne Stellenneubesetzung aufgrund arbeitsrechtlicher Regelungen. Dabei bergen insbesondere betriebsbedingte Kündigungen bzw. Änderungskündigungen unkalkulierbare Risiken. Aufgrund der vorzunehmenden Sozialauswahl nach den Kriterien Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltsverpflichtungen und Schwerbehinderung ist die Einflussnahme darauf, wem gekündigt wird, nur sehr begrenzt gegeben und birgt das Risisko, dass die leistungsfähigsten und besser qualifizierten Beschäftigten dazugehören. Maßnahme wird fortgesetzt und fand bereits rechnerische Berücksichtigung in den Einsparungen zu 2007-3.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2011-2016

Wirtschaftsjahr	**Basis Plan 2011**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**
(Angaben in EUR)							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 6) Personalaufwand	8.397.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
Reduzierung Mieten Sparte Hochbau							
Reduzierung Zuschuss Sparte Straße/Grün							
Ergebnisverbesserung SIM		0	0	0	0	0	0

Maßnahme Nr.: 2007/19

Maßnahme-bezeichnung: Zinsmanagement - Zinssicherung

Erläuterung:

Durch eine weitere Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements sollen insbesondere im Hinblick auf eine Sicherung der Zahlungsfähigkeit die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Krediten gesenkt werden.

Umsetzungsstand:

Berichtsjahr 2010

Im Berichtsjahr konnten durch Absenkungen der Zinssätze und Laufzeitanpassungen bei KAF- Krediten insgesamt Einsparungen bei der Bedienung langfristiger Darlehen in Höhe von

59.100 EUR

erzielt werden.

Die Maßnahme wird fortgeführt.

Wir verweisen auf die HSK Maßnahme 2006/1/4, in deren Erfüllung die Einführung eines Cashmanagements der Stadt Neubrandenburg mit den Eigengesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt angestrebt wird.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2011-2016

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2011	2011	2012	2013	2014	2015	2016
(Angaben in EUR)							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 13) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.854.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
Reduzierung Mieten Sparte Hochbau		-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
Reduzierung Zuschuss Sparte Straße/Grün							
Ergebnisverbesserung SIM							

Maßnahme Nr.: 2008/2

Maßnahmebezeichnung:

Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes Grünflächen und Spielplätze

Erläuterung:

1. Prüfung einer Teilvergabe der Bewirtschaftung im Kulturpark
2. Überprüfung der künftigen Notwendigkeit der Umfänglichkeit und des Ausbaugrades der Spielplätze

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2010

Im Berichtsjahr wurde die Vergabe der Pflegearbeiten für Grünflächen unter der genauen Festlegung von Pflegeklassen und Leistungsumfängen für 2011 und ff neu ausgeschrieben.

Die vergebenen Leistungen sichern den derzeitigen Pflegestand der Flächen und Objekte ab.
Weitere Einsparungen sind nur durch die Absenkung von Standard in der Pflegeleistung oder durch die Schließung bzw. Teilschließung von Flächen zu erzielen.

Einsparung insgesamt EUR **0**

Die Maßnahme wird beendet und geht über in die Maßnahme 2011/1.

Maßnahme Nr.: 2009/1

Maßnahmebezeichnung: Prüfung der Übergabe von weiteren Parkflächen und Aufstellung von Parkscheinautomaten

Erläuterung:

1. mögliche Übertragung von Teilflächen
2. zusätzliche Bewirtschaftung von öffentlichen Flächen mit Parkscheinautomaten

Umsetzungsstand:

Berichtsjahr 2010

Im Berichtsjahr 2010 wurden mögliche Übertragungen weiterer Teilflächen und die zusätzliche Bewirtschaftung von öffentlichen Flächen mit Parkscheinautomaten geprüft.

Die Prüfung ergab keine weiteren Einsparpotentiale.

Einsparung insgesamt EUR **0**

Die Maßnahme wird beendet und geht über in die Maßnahme 2011/2.

Maßnahme Nr.: 2010/1

Maßnahme-bezeichnung: Optimierung von Anmietung- und Leasingmodellen

Erläuterung:

Prüfung von Anmiet- und Leasingverträgen für Immobilien hinsichtlich eines möglichen Erwerbes und der Finanzierung des Kaufpreises vor dem Hintergrund zinsgünstiger Kapitalaufnahmen

Umsetzungsstand:

Berichtsjahr 2010

Leasingverträge für Immobilien (Schulen) und Anmietverträge (Sportstätten, Turnhallen) sind hinsichtlich der Konditionen im Vergleich mit einem möglichen Erwerb und einer zinsgünstigen Finanzierung der am Kapitalmarkt aufzunehmenden Finanzierungsmittel zu prüfen.

Die Prüfung ergab keine Einsparpotentiale.

Einsparung insgesamt EUR **0**

Die Maßnahme wird beendet.

Maßnahme Nr.: 2010/2

Maßnahme-bezeichnung:

Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung

Erläuterung:

Die Leistungen der Druckerei sowie der zentralen Beschaffung werden im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinsichtlich der Einsparungspotentiale bei Fremdvergabe der Aufträge untersucht.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2010

Im Sachgebiet Verwaltungsdienste wurde die Beschaffung von Büromaterialien im Berichtsjahr umorganisiert und nunmehr über eine Internetbestellplattform abgewickelt. Durch die im 4. Quartal 2010 erfolgte Umstellung konnten bereits in der Einführungsphase hohe Personalkosten und sonstige Sachkosten (kalkulatorische Mieten) eingespart werden.

Weitere Einsparungen sind im laufenden Jahr 2011 zu erwarten.

Personalkosten	EUR	7.600
sonstige Sachkosten	EUR	400
Einsparung insgesamt	**EUR**	**8.000**

Für den Bereich Druckerei werden weitere Einsparpotentiale durch Fremdvergabe der Leistung oder Teilen der Leistung geprüft. Die Maßnahme bleibt bestehen.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2011-2016

Wirtschaftsjahr	**Basis Plan 2011**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**
(Angaben in EUR)							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 6) Personalaufwand	8.397.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
Liquiditätsverbesserung KV Reduzierung Mieten Sparte Hochbau		-47.900	-47.900	-47.900	-47.900	-47.900	-47.900
Ergebnisverbesserung SIM							

Maßnahme Nr.: 2010/3

Maßnahme-bezeichnung:

Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten

Erläuterung:

Die Nutzungszeiten und Auslastungen von Sportstätten und Sportkomplexen werden hinsichtlich einer möglichen Optmierung und damit verbundenen Kostenersparnis untersucht.

Umsetzungsstand:

Berichtsjahr 2010

Mit den derzeit vorgehaltenen Sportstätten und Sportplätzen werden der Schulsport sowie umfangreiche Angebote im Vereins- und Leistungssport abgesichert. Mittels einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde vor dem Hintergrund steigender Energie- und Bewirtschaftungskosten und unter Erhalt des derzeitigen Angebotsniveaus eine optimale Auslastung aller vorhandenen Kapazitäten erreicht.

Im Ergebnis konnten in Folge der Schließung von 2 Turnhallen (Ost II Leibnizstraße und TH Krämerstraße) zum Ende 2010 die Auslastung optimiert und Kosten der Bewirtschaftung bereits anteilig für das Berichtsjahr 2010 eingespart werden.

TH Ost II	EUR	900
TH Krämerstraße	EUR	0
Einsparung insgesamt	**EUR**	**900**

Die Maßnahme wird fortgeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2011-2016

Wirtschaftsjahr	**Basis Plan 2011**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**
(Angaben in EUR)							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 5) Materialaufwand	12.249.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
Reduzierung Mieten Sparte Hochbau		-32.000	-32.000	-32.000	-32.000	-32.000	-32.000
Reduzierung Zuschuss Sparte Straße/Grün							
Ergebnisverbesserung SIM							

Maßnahme Nr.: 2010/4

Maßnahme-bezeichnung: Prüfung von Förderungen nach SchwAV

Erläuterung:

Nach SchwAV werden vom Integrationsamt Förderungen für Mitarbeiter mit Behinderungen und bei Vorliegen bestimmter Anspruchsvoraussetzungen gewährt.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2010

Im Bereich des Kulturparkes wurden in vorangegangenen Geschäftsjahren bereits Förderungen aus Förderprogrammen für die Eingliederung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen gewährt. Die weitere Förderung durch enstprechende Anschlussprogramme und die mögliche Förderung weiterer Mitarbeiter durch ähnliche oder neuaufgelegte Förderprogramme ist unter Abprüfung der erforderlichen Anspruchsvoraussetzungen zu ermitteln.

Ensprechende Förderanträge wurden gestellt und in Teilen für das Berichtsjahr bewilligt. Die Bewilligung der Mittel hängt neben einer positiven Antragsprüfung und Bescheidversendung auch von der Höhe der von Land und Bund bereitsgestellten Fördersumme und Förderquote ab.

Einsparung insgesamt EUR **14.520**

Die Maßnahme wird weitergeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2011-2016

Wirtschaftsjahr	**Basis Plan 2011**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**
(Angaben in EUR)							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 4) sonstige betriebliche Erträge	11.904.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
Reduzierung Mieten Sparte Hochbau							
Reduzierung Zuschuss Sparte Straße/Grün							
Ergebnisverbesserung SIM		15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000

Maßnahme Nr.:	2010/5
Maßnahme-bezeichnung:	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise
Erläuterung:	Durch Fremdvergabe der Bewirtschaftung für zwei weitere Anschlussgleise an einen Betreiber werden Bewirtschaftungskosten gemindert.
Umsetzungsstand:	Im Geschäftsjahr 2009 wurde das Anschlussgleis Weitin an einen Betreiber unter Abschluss entsprechender Entgeltverträge übergeben. Für zwei weitere Anschlussgleise ist daher ebenfalls eine Fremdvergabe unter der Zielvorgabe einer Reduzierung von Bewirtschaftungsaufwendungen zu prüfen. Eine entsprechende Anfrage des bereits bestehenden Vertragspartners besteht. Hierzu werden Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt und entsprechende Gespräche und Vertragsverhandlungen vorbereitet.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2011-2016

Maßnahme Nr.:	2011/1
Maßnahme-bezeichnung:	Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün
Erläuterung:	Prüfung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün und möglicher Einsparungen durch Absenkungen bisheriger Standarts und Leistungsumfänge
Umsetzungsstand:	Im Bereich Straße/Grün ist das bisherige Leistungs- und Pflegeniveau zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und der Wohnqualität der Stadt geboten. Weitere Einsparungen sind nur durch die Absenkung der bisherigen Standard möglich. Hierzu werden Prüfungen und die Abstimmung mit allen Interessenspartnern u.a. zu den nachfolgenden Sachverhalten durchgeführt. - Prüfung von Reinigungsklassen Straßenreinigung/Winterdienst - Bewirtschaftung von Strandbädern - Bewirtschaftung von Schiffsanlegern/Stegen - Bewirtschaftung von Grünflächen, Spielplätzen, Wanderwegen
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2011-2016

Maßnahme Nr.:	2011/2
Maßnahme-bezeichnung:	Ergebnisverbesserungen aus Parkraumbewirtschaftung
Erläuterung:	Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumbewirtschaftung und daraus erzielbarer Mehrerlöse
Umsetzungsstand:	Neben der Prüfung der Erschließung weiterer Flächen zur Parkraumbewirtschaftung erfolgt eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bereits bewirtschafteter Parkräume. Die Prüfung beinhaltet bestehende Tarifstrukturen, Parkgebühren und weitere Nutzungsbedingungen der Parkraumbewirtschaftung.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2011-2016

Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement

PERSONALENTWICKLUNGSKONZEPT 2011 Folgejahre

Ermittlung Sollstellenausstattung (alle Angaben in VzÄ)

Mittelfristige Planung über altersbedingtes Ausscheiden von MA
(unberücksichtigt sind Vergaben mit Betriebsübergängen nach § 613a BGB)

			Planungsstand WP 2011 - 1. Lesung			
Abteilung (Legende siehe unten)	WP 2009 **BASIS** (Grundlage für VEBERAS)	Prüfung LRH Gutachten Veberas	Planung WP 2011	Planung WP 2012	Planung WP 2013	Planung WP 2014
BL	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
SEK	4,00	2,00	3,00	3,00	3,00	3,00
CON	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
REW	9,50	2,13	9,00	9,00	9,00	8,00
LS	4,00	3,06	4,00	4,00	4,00	4,00
GDS	14,00	12,04	12,00	11,00	11,00	11,00
BWH	9,00	7,48	7,00	7,00	7,00	7,00
SGV	11,00	7,34	10,00	10,00	10,00	10,00
UBG	11,00	8,92	11,00	10,00	9,00	9,00
PMT	14,50	14,28	16,50	14,50	14,50	13,50
SER	97,37	85,07	86,63	81,63	79,63	78,63
VWD *	0,00	5,41	5,75			
ATZ (nachrichtlich)	*7,00*		*10,50*	*8,50*	*5,50*	*2,50*
SIM insg. mit ATZ	**185,37**	**151,73**	**179,38**	**162,63**	**156,63**	**150,63**
SIM insg. ohne ATZ ***(nachrichtlich)***	***178,37***		***168,88***	***154,13***	***151,13***	***148,13***
Einsparung Basis						
in VzÄ		33,64	5,99	22,74	28,74	34,74
in Prozent		18%	3%	12%	16%	19%

* laut Gutachten VEBERAS 146,32 VzÄ - unter Verlagerung von 5,41 VzÄ Beschaffung, Druckerei, Poststelle in 8/09 insgesamt 151,73

Herausgeber:

Stadt Neubrandenburg
Der Oberbürgermeister

Friedrich-Engels-Ring 53
17033 Neubrandenburg

www.neubrandenburg.de
stadt@neubrandenburg.de